

Bayern vor der Wahl: Analysen im Vorfeld der Landtagswahl am 28. September 2008

Juhász, Zoltán; Kimmel, Johannes

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Juhász, Z., & Kimmel, J. (2008). *Bayern vor der Wahl: Analysen im Vorfeld der Landtagswahl am 28. September 2008*. (BACES Discussion Paper, 14). Bamberg: Bamberger Centrum für Empirische Studien (BACES). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-195854>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Bayern vor der Wahl

- Analysen im Vorfeld der Landtagswahl am 28. September 2008 -

von Zoltán Juhász und Johannes Kimmel



Inhalt

Bayern vor der Landtagswahl 2008	2
Stoiber-Rücktritt ohne langfristige Nachteile für die CSU	5
Politikerskalometer: Christian Ude beliebtester Politiker in Bayern	8
Parteienskalometer: Bessere Bewertungen für Landes- als für Bundesparteien	13
Ausgeprägte regionale Unterschiede bei der Verbundenheit mit Bayern	18
Strukturschwache Regionen fühlen sich von der Landespolitik vernachlässigt/ unterschiedliche Erwartungen an einen Ministerpräsidenten aus Franken	22
Zufriedenheit und Optimismus bei der Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Bayern	26
Arbeitslosigkeit und Bildungspolitik als wichtigste politische Themen in Bayern/ Zustimmung zu einer Reihe von Vorhaben der Staatsregierung	32
Bewertung der Spitzenkandidaten: Vorsprung für Beckstein	49
Beckstein bei Direktwahl des Ministerpräsidenten klar in Führung	55
Zukünftige Landesregierung: Wünsche sind anders als die Erwartung	57
Wahlabsicht: CSU muss um absolute Mehrheit kämpfen	61
Wählerbewegungen: CSU verliert an fast alle anderen Parteien	67
Schlussfolgerungen	71

Bayern vor der Landtagswahl 2008

Am 28. September 2008 finden die Wahlen zum bayerischen Landtag statt. Gut neun Millionen Wahlberechtigte sind dazu aufgerufen, über die Verteilung der Abgeordnetensitze im Münchner Maximilianeum neu zu entscheiden. Eine der zentralen Fragen wird dabei sein, ob sich die jahrzehntelange Erfolgsgeschichte der CSU als der Partei fortsetzt, die den Freistaat seit nunmehr 46 Jahren mit absoluten Mehrheiten regiert. Nur einer der zehn bayerischen Ministerpräsidenten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gehörte einer anderen Partei an, und die Namen von CSU-Politikern wie Alfons Goppel, Franz Josef Strauß und Edmund Stoiber sind eng verbunden mit der Entwicklung Bayerns vom Agrarstaat zu einem der wirtschaftsstärksten deutschen Bundesländer. Der CSU gelang es mit der Zeit, sich als die Partei zu profilieren, die vor allen anderen das bayerische Lebensgefühl verkörpert und bayerische Interessen in Deutschland und Europa vertritt. Stets schaffte sie es, die Oppositionsparteien im Freistaat auf Distanz zu halten und über ihre Stammwählerschaft hinaus Wähler anzusprechen. Als vorläufiger Höhepunkt in der politischen Bilanz einer der „erfolgreichsten Parteien Europas“ stand vor fünf Jahren die in Deutschland bis dato einzigartige parlamentarische Zwei-Drittel-Mehrheit zu Buche nach einer Landtagswahl, bei der die CSU mit über 60 Prozent der Stimmen ein glänzendes Ergebnis erzielt hatte.

Die erste Landtagswahl nach diesem Triumph von 2003 steht für die CSU indes unter veränderten Vorzeichen. Mit Günther Beckstein als Ministerpräsident und Erwin Huber als Parteivorsitzendem hat eine neue CSU-Führung die Nachfolge von Edmund Stoiber angetreten, der seine Spitzenfunktionen auf parteiinternen Druck hin im September 2007 abgegeben hatte. Unter Edmund Stoiber hatte die bayerische Staatsregierung in der zu Ende gehenden Legislaturperiode noch umfangreiche Reformen auf zahlreichen Politikfeldern durchgesetzt, die in ihrer Ausführung beispielsweise im Bildungsbereich auf teils heftigen Widerstand in der Bevölkerung gestoßen waren. Korrekturen, die in der jüngeren Zeit wie bei der Einführung eines Rauchverbots in Gaststätten angekündigt wurden, erhielten eine überwiegend negative Presseberichterstattung. Hinzu kommt, dass die CSU 2008 eine Landtagswahl als Regierungspartei im Bund zu bestehen hat und im Wahlkampf auch Beschlüsse zu verteidigen haben wird, die in der Großen Koalition in Berlin gefallen sind. Ein weiteres Novum ist schließlich, dass die CSU mit Günther Beckstein mit einem protestantischen Franken als Spitzenkandidat ins Rennen geht, von dem bei seiner Wahl einige Medienvertreter glaubten, dass er als Protestant wie schon Angela Merkel als Unions-Kanzlerkandidatin beim katholischen Teil der Parteibasis und als Franke in Altbayern¹ auf Vorbehalte stoßen könne.

¹ Unter „Altbayern“ werden in dieser Studie die Regierungsbezirke Ober- und Niederbayern verstanden.

Nachdem die CSU zu Beginn des Jahres in Landtagswahl-Umfragen noch stabil über der Marke von 50 Prozent gelegen hatte, fielen die Umfrageergebnisse in den folgenden Monaten und insbesondere seit dem durchwachsenen CSU-Ergebnis bei der bayerischen Kommunalwahl Anfang März uneinheitlich aus. Je nach Institut wurden für die CSU im April zwischen 40 und 51 Prozent gemessen und auch die Werte für die kleinen Parteien wichen voneinander ab.² Sowohl für den Fortbestand der absoluten Mehrheit der CSU als auch für die Zahl der im Landtag vertretenen Parteien gaben seit Frühjahr alle Umfragen unterschiedliche Zwischenstände aus. Dennoch war als gemeinsamer Trend der veröffentlichten Zahlen erkennbar, dass die Staatsregierung in den vergangenen Monaten merklich an Zustimmung verloren hatte und die Unterstützung der Wähler für die CSU in einem Maß abnahm, das bei der Landtagswahl im Herbst ein CSU-Ergebnis von unter 50 Prozent zumindest in den Bereich des Möglichen rücken ließ. Meinungsforscher und Kommentatoren sahen neben den Reformen der Legislaturperiode auch eine kritischere Haltung der bayerischen Bevölkerung gegenüber der neuen Führungsspitze der CSU als Gründe für diese Entwicklung.

Insgesamt deuteten die Umfragedaten an, dass sich in Bayern ein Trend durchsetzen könnte, der bereits bei Landtagswahlen in anderen Bundesländern zu beobachten war: Eine zunehmende Wechselbereitschaft der Wähler und immer kurzfristigere Wahlentscheidungen garantieren Parteien auch in ihren vermeintlichen Hochburgen keine sicheren Stimmergebnisse mehr. Nachdem die SPD in den letzten Jahren empfindliche Verluste in früheren Stammländern wie Nordrhein-Westfalen und Hamburg hinnehmen musste, schien nun auch in Bayern die Vormachtstellung der CSU zumindest nicht mehr von vornherein gegeben. Der Landtagswahl 2008 und dem Wahlkampf in den Sommermonaten kommt unter diesem Gesichtspunkt insoweit eine besondere Bedeutung zu, als die CSU als langjährige Regierungspartei um ihr Ziel einer Alleinregierung kämpfen muss, die im Rest der Bundesrepublik mittlerweile die politische Ausnahme darstellt.

Die folgenden Auswertungen beruhen auf Daten, die im Rahmen eines Forschungsprojekts des Bamberger Centrums für Empirische Studien (BACES) und des Lehrstuhls für Politikwissenschaft II an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg erhoben wurden. Die Studie „Bayern vor der Wahl“ betrat politikwissenschaftliches Neuland, da Einstellungen im Vorfeld von Landtagswahlen abseits der kommerziellen Wahlforschung vergleichsweise selten untersucht werden. Dass der Ausgang einer Landtagswahl aber nicht nur auf die Zukunft des Bundeslandes, sondern auch auf bundespolitische Entwicklungen Einfluss haben kann, wurde im Jahr 2008 an den Folgen deutlich, die die Wahlen in Hessen, Niedersachsen und

² Die CSU lag bei GMS bei 51, bei Infratest dimap bei 48 und beim Münchner Institut für Marktforschung bei 40 Prozent der Stimmen. Die Werte der Grünen bewegten sich zwischen 10 und 12, die der FDP zwischen 6 und 11, die der Freien Wähler zwischen 4 und 11 und die der Linken bei knapp unter 5 Prozent.

Hamburg hatten: Sowohl der Einzug der Linken in alle drei Landesparlamente als auch die Bildung der ersten schwarz-grünen Koalition auf Landesebene fanden überregional Beachtung. Und von bundespolitischer Relevanz ist die bayerische Landtagswahl schon deshalb, weil die CSU auch aus ihrer Stärke im Freistaat den Anspruch auf Mitsprache in der nationalen Politik ableitet.

Das Forschungsprojekt „Bayern vor der Wahl“ hatte zwei Ziele: Zum einen sollten die politischen Einstellungen in der bayerischen Bevölkerung im Vorfeld der Landtagswahl erfasst werden. Dazu wird neben der hier berichteten Erhebung eine weitere Befragung kurz vor der Wahl im September durchgeführt. Zum anderen wurde im Rahmen eines Methodenversuchs ein Vergleich zwischen telefon- und online-basierter Erhebungsarbeit angestellt. An dieser Stelle wird auf die Darlegung von Ergebnissen dieses Experiments allerdings verzichtet; die Analysen behandeln ausschließlich die Wahrnehmung von politischen Themen, Parteien und Kandidaten durch die bayerische Bevölkerung ein gutes halbes Jahr vor der Landtagswahl. Sie stützen sich auf die Auswertung von 1.011 Interviews mit zufällig ausgewählten wahlberechtigten Personen aus ganz Bayern, die im Erhebungsstudio des Bamberger Centrums für Empirische Studien zwischen dem 8. Januar und 19. Februar 2008 geführt wurden. Die Ergebnisse sind repräsentativ für alle bayerischen Wahlberechtigten. Die Formulierung der eingesetzten Fragen war eng an das Erhebungsinstrumentarium der Nationalen Wahlstudie angelehnt, bei der anlässlich von Bundestagswahlen regelmäßig Daten zu politischen Einstellungen in der Bundesrepublik erhoben werden. Dieses Vorgehen ermöglicht einerseits eine gewisse Vergleichbarkeit von Resultaten für mögliche Arbeiten über politische Unterschiede zwischen dem Freistaat und den übrigen Bundesländern, stellt andererseits aber auch eine hohe Qualität des Datenmaterials sicher.

Stoiber-Rücktritt ohne langfristige Nachteile für die CSU

Als Edmund Stoiber zu Beginn des Jahres 2007 bekannt gab, sich acht Monate später von seinen Ämtern als bayerischer Ministerpräsident und Parteivorsitzender der CSU zurückziehen zu wollen, bedeutete dies für den Freistaat wie für seine Partei eine Zäsur. Sowohl in der Landespolitik wie innerparteilich war Stoiber über lange Jahre eine stets präzente Führungspersönlichkeit gewesen, die politische Entwicklungen angestoßen oder nachhaltig vorangetrieben hat. Einer der Höhepunkte seiner Karriere war die Kanzlerkandidatur für die Unionsparteien bei der Bundestagswahl 2002, die ihn endgültig auf Augenhöhe mit Franz Josef Strauß brachte. Doch knapp zwei Jahre vor der Landtagswahl drängte die CSU-Landtagsfraktion Edmund Stoiber trotz seiner unbestrittenen landespolitischen Verdienste zum Rücktritt, wobei eine gewachsene Unzufriedenheit über einen bisweilen als autoritär beschriebenen Führungsstil ebenso eine Rolle spielte wie das Zögern des Ministerpräsidenten, 2005 in das Kabinett Angela Merkels einzutreten. Ungeachtet dieser Kritik an Edmund Stoiber schien indes keinesfalls sicher, dass sein Nachfolger Günther Beckstein das gleiche Ansehen in der bayerischen Bevölkerung erreichen würde, wie es Edmund Stoiber lange Zeit genoss.

Edmund Stoiber wird ein Jahr nach der Ankündigung seines Rückzugs von der bayerischen Bevölkerung sehr viel nüchterner gesehen als noch vor einigen Jahren. Dies schlägt sich im Antwortverhalten bei der Frage nieder, ob ein Teilnehmer Edmund Stoibers Rücktritt begrüßt oder bedauert: Rund jeder Zweite begrüßt den Rücktritt und nur jeder Fünfte bedauert diesen Schritt ausdrücklich (Abbildung 1). Ein Viertel der Befragten äußert hierzu keine klare Meinung. Die Zustimmung zum Rücktritt Edmund Stoibers ist in Altbayern mit 45 Prozent erwartungsgemäß niedriger als in Franken, wo 59 Prozent diese Entwicklung begrüßen.

Der Anteil derjenigen, die die personellen Veränderungen an der Spitze der Staatsregierung und der CSU positiv bewerten, ist unter Männern und Frauen vergleichbar hoch. Größere Unterschiede lassen sich aber zwischen Alters- und Bildungsgruppen feststellen. Den Rücktritt befürworten vor allem Personen mittleren Alters (56%) sowie formal höher gebildete Befragte (62%). Auffällig ist, dass mit einem Abstand von einem Jahr der Rückzug Edmund Stoibers auch unter den Anhängern seiner eigenen Partei kein besonderes Bedauern mehr auslöst. Fast die Hälfte der CSU-Sympathisanten (42%) hält den Rücktritt für den richtigen Schritt. Zwar ist auch knapp ein Viertel der CSU-Sympathisanten bei dieser Frage unentschieden, doch ausdrücklich bedauert wird der Rückzug nur von jedem Dritten und damit einer Minderheit.

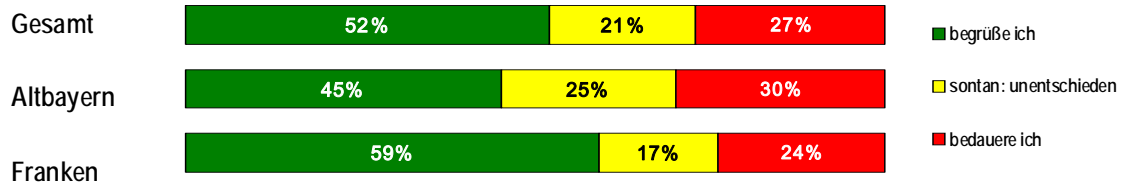
Abbildung 1



Stoiber-Rücktritt

Begrüßen oder bedauern Sie es, dass Edmund Stoiber als Ministerpräsident und Parteivorsitzender zurückgetreten ist?

Basis: alle Befragte – Prozentangaben



	Landtagswahlabsicht				
	Gesamt	CSU	SPD	FDP	B90/Grüne
begrüße ich	52%	39%	61%	61%	69%
sonst: unentschieden	21%	34%	12%	21%	3%
bedauere ich	27%	27%	27%	18%	28%

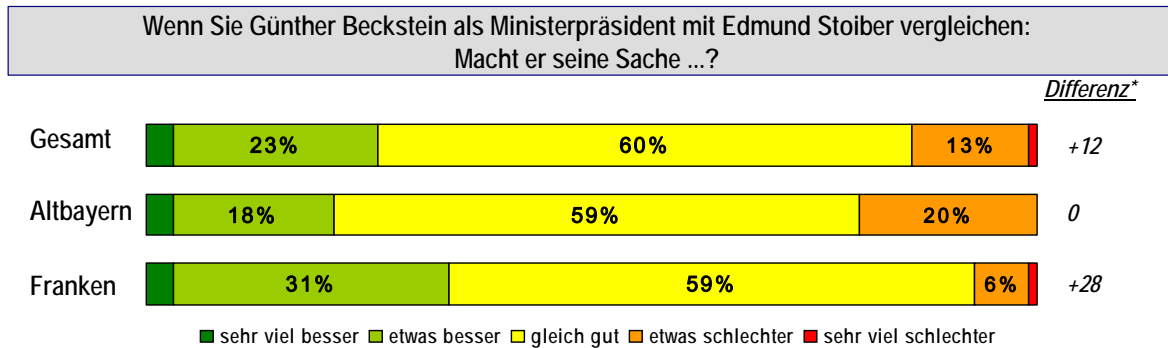
Auch wenn der Befragungszeitpunkt zu Beginn des Jahres 2008 lag, wird aus den Daten ersichtlich, dass die Teilnehmer mehrheitlich nicht glauben, dass Günther Beckstein seine Sache als Ministerpräsident schlechter macht als Edmund Stoiber. Über die Hälfte sieht zwischen beiden Politikern keinen Unterschied, und ein Viertel findet sogar, dass Beckstein „sehr viel besser“ oder zumindest „besser“ arbeite als Stoiber (Abbildung 2). Die Unterschiede im Antwortverhalten verlaufen bei dieser Frage nicht so sehr entlang der Lagergrenzen zwischen den politischen Parteien, sondern hängen von der regionalen Herkunft der Befragten ab: Über ein Drittel der fränkischen Befragten denkt, dass Günther Beckstein ein besserer Ministerpräsident ist als Edmund Stoiber. In Altbayern äußert eine solche Ansicht dagegen nur jeder Fünfte, und ein ebenso großer Prozentsatz gibt an, Beckstein mache seine Sache als Regierungschef schlechter als sein Amtsvorgänger aus Oberbayern.

Abbildung 2



Vergleich Beckstein-Stoiber

Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Differenzen*



Landtagswahlabsicht

	Gesamt	CSU	SPD	FDP	B90/Grüne
sehr viel besser	3%	4%	6%	0%	0%
etwas besser	23%	15%	33%	18%	23%
gleich gut	60%	65%	53%	58%	69%
etwas schlechter	13%	16%	8%	22%	6%
sehr viel schlechter	1%	0%	0%	2%	2%
<i>Differenzen*</i>	+12%	+3%	+31%	-6%	15%

*Differenz: („sehr viel besser“ + „etwas besser“) – („etwas schlechter“ + „sehr viel schlechter“)

Zusammenfassung: Eine Mehrheit der Bayern bedauert den Rücktritt Edmund Stoibers ein Jahr nach dessen Ankündigung, seine Ämter als Ministerpräsident und CSU-Parteivorsitzender niederzulegen, nicht. Auch die meisten CSU-Anhänger sind bei dieser Frage unentschieden oder begrüßen den Führungswechsel. Die vergleichsweise niedrigen Beliebtheitswerte für den ehemaligen Ministerpräsidenten bedeuten indes nicht, dass seine Leistungen nicht anerkannt würden. Sie spiegeln aber zum einen eine nach wie vor große Ablehnung bei den politischen Gegnern wieder und sind zum anderen auch ein Beleg dafür, dass Edmund Stoiber den Bayern eher als „Technokrat“ denn als warmherziger Landesvater in Erinnerung ist.

Die ersten Monate der Arbeit Günther Becksteins als Ministerpräsident treffen bei den Befragten auf positive Urteile. Nur sehr wenige Teilnehmer geben an, dass Günther Beckstein seine Sache schlechter mache als Edmund Stoiber. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass der Ministerpräsident zum Zeitpunkt der Befragung erst seit rund 100 Tagen im Amt war.

Politikerskalometer: Christian Ude beliebtester Politiker in Bayern

Neben Spitzenpolitikern wie Günther Beckstein, Erwin Huber und Franz Maget spielen in der bayerischen Landespolitik zahlreiche andere Parteivertreter eine Rolle. Die Wahrnehmung ihrer Eigenschaften, die für Beckstein, Huber und Maget separat abgefragt wurden, bündelt sich in einem Gesamtbild, das die Bürger von diesen Politikern haben und das ihre Wahlentscheidung mehr oder weniger beeinflusst. Eine Voraussetzung dafür ist freilich, dass ihnen die Repräsentanten der bayerischen Parteien überhaupt bekannt sind und dass sie sich eine Meinung zu den jeweiligen Politikern gebildet haben.

Ein Gesamturteil über Politiker lässt sich am besten mit Hilfe der sogenannten Skalometer erfassen. Dabei werden die Befragten gebeten, namentlich genannte Politiker auf einer Skala von -5 bis +5 zu bewerten. Skalometer lassen zwar keine Rückschlüsse darauf zu, welche Imagefaktoren für die allgemeine Bewertung der Politiker im Einzelnen verantwortlich sind, doch sie geben einen sehr guten Eindruck wieder, welcher Politiker durch seine Persönlichkeit und Kompetenz die Wähler am meisten überzeugt.

Der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude ist in der bayerischen Bevölkerung unter den untersuchten Politikern der mit Abstand beliebteste Politiker (Abbildung 3). Der Sozialdemokrat ist den meisten Befragten bekannt: Nur 14 Prozent konnten oder wollten ihn auf dem Skalometer nicht einschätzen. Von den 86 Prozent der Befragten, die eine Meinung äußern, erhält er eine mittlere Bewertung von +2,1. Seine Bekanntheit und Beliebtheit unterliegt dabei nachvollziehbaren regionalen Schwankungen. Als Münchner ist er in Altbayern bekannter und wird mit einem Wert von +2,4 besser bewertet als in Franken (+1,8). Besonders bemerkenswert an den Einschätzungen von Christian Ude ist indes, dass er von den Anhängern aller Parteien im Durchschnitt gute bis sehr gute Bewertungen erhält. Offenkundig kann der Münchner Oberbürgermeister die Bürger über Parteigrenzen hinweg überzeugen. Dass er von den SPD-Anhängern mit +2,6 sehr gut bewertet wird, kann dabei nicht überraschen. Er gehört aber auch bei den Sympathisanten von Bündnis 90/ Die Grünen (+2,3) und sogar bei den Anhängern von CSU (+2,0) und FDP (+1,7) zu den beliebtesten Politikern.

An zweiter Stelle der Beliebtheit steht der bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein, der ebenfalls beinahe allen Befragten bekannt ist (96%). Sein Skalometerwert liegt mit +1,7 klar unter dem für Christian Ude gemessenen Wert, aber gleichzeitig vor den Werten der anderen der Ministerpräsident von Teilnehmern aus Franken erwartungsgemäß etwas positiver bewertet (+1,8) als von Ober- und Niederbayern (+1,6). Ähnlich wie Christian Ude erhält auch Günther Beckstein von den Anhängern aller Parteien insgesamt positive Urteile, doch die Streuung seiner Skalometerwerte ist wesentlich größer als für den Münchner

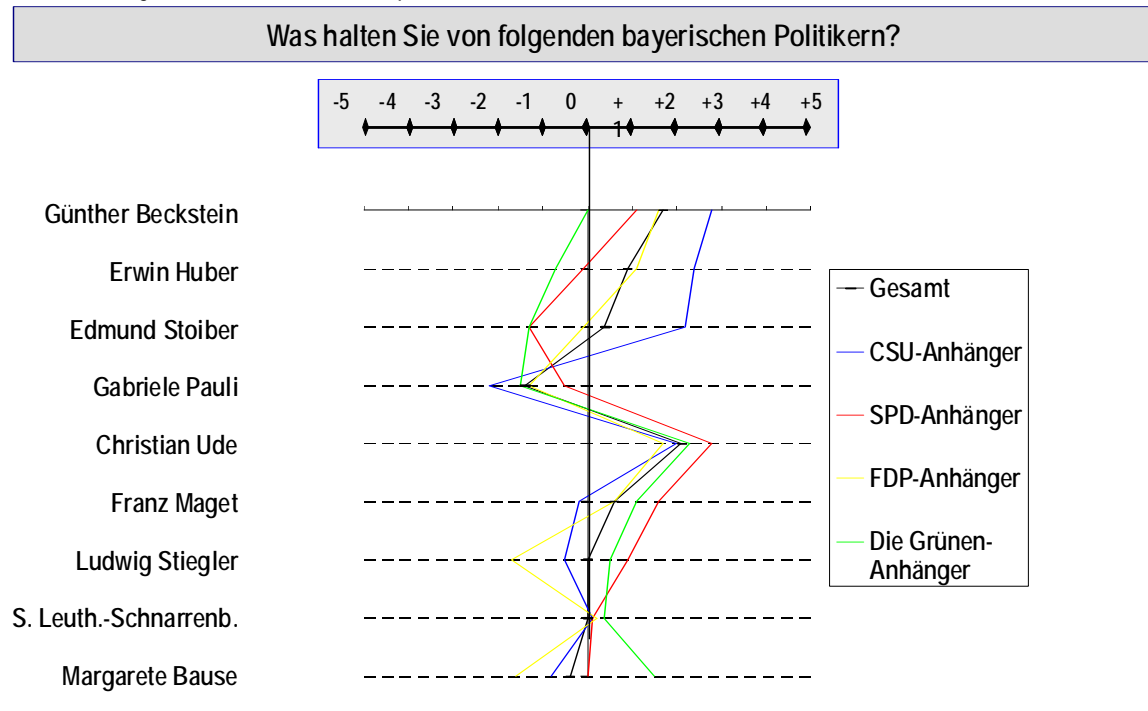
Oberbürgermeister. Günther Beckstein kann aber für sich in Anspruch nehmen, unter den untersuchten Politikern bei den Anhängern der eigenen Partei am beliebtesten zu sein (+2,8). Dafür schneidet er bei den FDP- und SPD-Sympathisanten weniger gut ab, auch wenn er in diesen Gruppen noch positive Einstufungen erreicht (+1,5 beziehungsweise +1,0). Schließlich wird Günther Beckstein auch von den Anhängern von Bündnis 90/ Die Grünen insgesamt noch knapp im positiven Bereich (+0,1) bewertet. Dies ist insofern bemerkenswert, als er sich in seiner Zeit als Landesminister durch eine konsequente Linie in der Innen- und Asylpolitik profilierte und dadurch viele Anhänger der Oppositionsparteien verärgerte.

Abbildung 3



Personenskalometer

Basis: alle Befragte – Mittelwerte von -5 „überhaupt nichts“ bis +5 „sehr viel“



Erwin Huber erhält in Bayern einen respektablen Wert von +0,9 auf der Beliebtheitsskala. Trotz seiner Herkunft aus Niederbayern und betont bayerischem Auftreten unterscheidet sich seine Beliebtheit in Altbayern und im Franken kaum – bei ihm spielt die Herkunft somit eine geringere Rolle als beim bayerischen Ministerpräsidenten oder dem Münchner Oberbürgermeister. Dafür zeigen sich klare Unterschiede zwischen den Bewertungen der Anhänger der unterschiedlichen Parteien, was auch darauf zurückzuführen ist, dass Erwin Huber als ehemaliger CSU-Generalsekretär und neuer CSU-Parteivorsitzender stärker polarisiert als Günther Beckstein oder Christian Ude. Von den CSU-Sympathisanten erhält er

den sehr guten Wert von +2,3. Auch die Anhänger der FDP haben noch einen insgesamt positiven Eindruck von ihm. Die Bewertung der Sympathisanten von SPD beziehungsweise von Bündnis 90/ Die Grünen liegen hingegen im negativen Bereich (-0,1 beziehungsweise -0,7).

Hinsichtlich seiner Beliebtheit schneidet der Spitzenkandidat der Bayern-SPD, Franz Maget, im Vergleich zur CSU-Doppelspitze unter mehreren Gesichtspunkten schlechter ab. Zunächst kannte rund ein Viertel der Befragten Franz Maget nicht oder sah sich nicht in der Lage, ihn überhaupt auf dem Skalometer zu bewerten. Besonders kritisch ist diese Tatsache, da der Anteil derjenigen, die keine Bewertung abgeben konnten oder wollten, bei den SPD-Anhängern noch wesentlich höher ist (31%) als im Durchschnitt aller Befragten (26%). Der niedrige positive Wert von +0,5, den Franz Maget auf der Beliebtheitsskala erreicht, lässt sich zumindest teilweise durch die absolute Schwäche der SPD in Bayern erklären. Allerdings schneidet er auch unter den Anhängern der SPD mit einem Mittelwert von +1,6 weniger gut ab als beispielsweise Erwin Huber unter den CSU-Anhängern – auch wenn er weniger polarisiert. Der SPD-Spitzenkandidat erhält von den CSU-Anhängern einen neutralen Wert (-0,1) auf der Beliebtheitsskala, wird aber von den Sympathisanten von Bündnis 90/ Die Grünen und den Unterstützern der FDP vergleichsweise positiv bewertet (+1,1 beziehungsweise +0,5). Schließlich ist der gebürtige Münchner in Franken (+0,7) geringfügig beliebter als in seiner Heimatregion (+0,5), was zunächst unerwartet ist, durch die höhere Zustimmung zur SPD im nördlichen Teil des Freistaats aber begründet werden könnte.

Auch der bayerischen SPD-Vorsitzende Ludwig Stiegler hat mit dem Problem einer geringen Bekanntheit zu kämpfen. 37 Prozent der Teilnehmer geben auf die Bitte, den SPD-Landesvorsitzenden auf dem Skalometer zu verorten, keine Antwort. Dieser Anteil ist unter den Anhängern der einzelnen Parteien erneut bei den SPD-Sympathisanten am höchsten (43%), was nahe legt, dass die landespolitische Arbeit Stieglers wenig Eingang in die öffentliche Wahrnehmung findet. Ludwig Stiegler ist dabei in Bayern weniger beliebt als Franz Maget. Er erhält von allen Befragten einen leicht negativen Wert (-0,1) und von den Anhängern der SPD lediglich einen Wert von +0,9. Der bayerische SPD-Vorsitzende genießt im eigenen Lager also schwächeren Rückhalt als der CSU-Vorsitzende in den eigenen Reihen. Ludwig Stiegler gelingt es außerdem kaum, Sympathien über die Parteigrenzen hinweg für sich zu gewinnen: Die Unterstützer der CSU und der Grünen stufen Stiegler (-0,5 beziehungsweise +0,5) etwa einen halben Skalenpunkt schlechter ein als Franz Maget. Bei den FDP-Anhängern ist Stiegler mit einem Mittelwert von -2,1 ausgesprochen unbeliebt.

Im Rahmen der Studie wurden auch die Beliebtheitswerte der FDP-Landesvorsitzenden Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/ Die Grünen im bayerischen Landtag, Margarete Bause, erhoben. Zu Sabine Leutheusser-Schnarrenberger äußern sich aufgrund ihrer öffentlichkeitswirksamen Funktion als ehemalige Bundesministerin deutlich mehr Befragte (84%) als zu Margarete Bause (49%). Die FDP-Politikerin (+0,1) wurde von den Befragten auch etwas besser bewertet als Margarete Bause (-0,3). Bei den Anhängern der jeweils eigenen Partei allerdings schneidet Margarete Bause (+1,6) dann deutlich besser ab als Leutheusser-Schnarrenberger (+0,3). Dies könnte unter anderem daran liegen, dass Margarete Bause im Gegensatz zu Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in der bayerischen Politik aktiv ist und die FDP-Landesvorsitzende ihren Posten erst nach dem Sturz ihres Amtsvorgängers infolge innerparteilicher Auseinandersetzungen antrat.

Die Befragten waren schließlich aufgerufen, zwei weitere politische Akteure aus der CSU hinsichtlich ihrer Beliebtheit zu bewerten: den ehemaligen Ministerpräsidenten und CSU-Parteivorsitzenden Edmund Stoiber sowie die ehemalige Fürther Landrätin Gabriele Pauli, die den Machtwechsel an der Parteispitze beförderte. Beide politischen Akteure sind den allermeisten Befragten bekannt, was angesichts der intensiven Berichterstattung über ihren Konflikt im Januar 2007 zu erwarten war. Lediglich drei Prozent der Teilnehmer wollen oder können Edmund Stoiber nicht bewerten, bei Gabriele Pauli sind es sechs Prozent.

Berücksichtigt man, wie lange Edmund Stoiber Bayern als Politiker und vor allem als Ministerpräsident geprägt hat und dass seine Arbeit in den Augen vieler Wähler durchaus positive Ergebnisse für den Freistaat brachte, ist seine Beliebtheit (+0,4) in der Bevölkerung vergleichsweise gering. Fünf Jahre nach seinem Triumph bei der letzten Landtagswahl haben die Diskussionen um Edmund Stoibers Rückzug von einem Ministeramt in der Bundesregierung und die Ereignisse um seinen Rücktritt als Ministerpräsident und Parteivorsitzender sein Image in Bayern offenbar beschädigt. Nach wie vor spielt für die Beurteilung Edmund Stoibers die Region, aus der die Befragten kommen, eine Rolle. In Altbayern ist er immer noch beliebter (+0,6) als in Franken (-0,1). Die für einen ehemaligen Ministerpräsidenten eher niedrigen Werte lassen sich teilweise dadurch erklären, dass er bei den Anhängern der SPD und von Bündnis 90/ Die Grünen immer noch unbeliebt ist (-1,4 beziehungsweise -1,3). Von den Sympathisanten der CSU erhält Stoiber zwar einen hohen positiven Wert (+2,1), dieser deutet aber auf eine geringere Beliebtheit hin, als sie seine Amtsnachfolger Günther Beckstein und Erwin Huber erreichen.

Dass die ehemalige Fürther Landrätin Gabriele Pauli hinsichtlich der Beliebtheit in der Bevölkerung das Schlusslicht unter den abgefragten Politikern bildet, ist nachvollziehbar, da sie mit der CSU als ihrer früheren Partei im Konflikt lag und bei den Anhängern ihrer

ehemaligen eigenen Partei ausgesprochen unbeliebt ist (-2,1). Darüber hinaus hat sie ihre Glaubwürdigkeit und Seriosität vermutlich durch Medienauftritte und politische Vorschläge wie dem einer „Ehe auf Zeit“ in großen Teilen der Bevölkerung verspielt. Sie erhält eine mittlere Gesamtbewertung von -1,4 und stößt nicht nur unter den CSU-Sympathisanten (-2,1), sondern auch bei den Anhängern der Landtagsopposition (-0,6 bei den Unterstützern der SPD und -1,7 bei den Wählern der Grünen) auf überwiegende Ablehnung. Dass Gabriele Paulis neues politisches Engagement bei den Freien Wählern und ihre Landtagskandidatur in Nürnberg dazu beitragen könnten, die Freien Wähler bei den Anhängern der etablierten Landesparteien attraktiver zu machen, muss bei solchen Werten stark bezweifelt werden. In Franken fallen die Sympathiewerte Gabriele Paulis zwar noch etwas besser aus als im Rest des Freistaats, aber auch im Norden Bayerns erhält sie von einer Mehrheit der Befragten negative Beurteilungen (-1,0) – allein von einem Viertel die schlechtestmögliche Bewertung von „-5“.

Zusammenfassung: Der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude ist der beliebteste Politiker in Bayern. Er ist allerdings der einzige SPD-Politiker, der die Popularität von Ministerpräsident Günther Beckstein noch übertrifft. Das landespolitische Spitzenpersonal der Sozialdemokraten wird ansonsten eher neutral bewertet, ist einem gewissen Prozentsatz der Befragten nicht einmal bekannt und stößt selbst in den eigenen Reihen nicht auf uneingeschränkte Zustimmung. Die Beliebtheit von Günther Beckstein zeichnet sich neben hohen positiven Werten insbesondere bei den eigenen Anhängern dadurch aus, dass er von den Anhängern der Oppositionsparteien insgesamt ebenfalls positiv eingeschätzt wird. Dieser Umstand ist nicht zuletzt dem Umstand zuzuschreiben, dass er als neugewählter Ministerpräsident einen Bonus hat. Erwin Huber ist als CSU-Parteivorsitzenden etwas weniger beliebt als der Ministerpräsident und polarisiert stärker in der Bevölkerung. Edmund Stoiber hat gegenüber 2003 viel von seinem Ansehen verloren und ist auch unter den CSU-Sympathisanten weniger beliebt als die neue Doppelspitze. Die ehemalige Fürther Landrätin Gabriele Pauli wird mittlerweile von allen relevanten Teilgruppen der Wählerschaft mehrheitlich negativ wahrgenommen.

Parteienskalometer: Bessere Bewertungen für Landes- als für Bundesparteien

Eines der Hauptmerkmale der CSU als dominierender politischer Kraft in Bayern ist ihr Status als Regionalpartei, die in ihrer Wählerschaft zwar auf den Freistaat begrenzt ist, aber nicht zuletzt aus ihren starken Wahlergebnissen heraus einen klaren politischen Gestaltungsanspruch im Bund und in Europa ableitet. Die CSU hat es geschafft, sich in der Wahrnehmung vieler Wähler als diejenige politische Kraft zu profilieren, die bayerische Interessen über die Landesebene hinaus vertritt. Von Relevanz für diese Positionierung war dabei stets, ob die CSU parallel zu ihrer landespolitischen Vormachtstellung an einer Bundesregierung in Bonn beziehungsweise Berlin beteiligt war. Tatsächlich markierte der Einzug von zwei CSU-Ministern ins Kabinett von Angela Merkel nach der Bundestagswahl 2005 eine gewisse Änderung der strategischen Ausgangsposition für die Christsozialen: Kampagnen, in denen wie etwa im Landtagswahlkampf 2003 auch die eigene Opposition gegen Entscheidungen der Bundesregierung thematisiert wurden, waren nun nicht mehr unmittelbar möglich. Für die Landtagswahl im Herbst 2008 gelten unter diesem Gesichtspunkt demnach andere Voraussetzungen als noch vor fünf Jahren.

In Bayern erhält die CSU nach wie vor eine bessere Gesamtbewertung als die anderen Parteien. Die Befragten wurden auch im Falle der Parteien gebeten, auf einer Skala von -5 bis +5 ganz allgemein anzugeben, was sie von ihnen halten, wobei -5 die schlechtestmögliche und +5 die bestmögliche Bewertung war. Die CSU in Bayern erreicht im Mittel eine Beurteilung von +1,2 und damit einen Wert, der deutlich höher ist als der der bayerischen SPD (+0,6; Abbildung 4). Insgesamt leicht negativ beurteilt werden die bayerischen Grünen mit einem Wert von -0,2, was insbesondere auf schlechte Einstufungen durch die CSU-Anhänger zurückzuführen ist. Die vorsichtige Offenheit für eine Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien, die sich bei den Koalitionswünschen eines Teils der Sympathisanten der Grünen zeigt, wird von den Unterstützern der CSU demnach kaum geteilt.

Die Bewertungen für die drei anderen Parteien, die Umfragen zufolge Chancen auf einen Einzug ins Maximilianeum haben, fallen unterschiedlich aus: Mit einem Durchschnittswert von +0,4 positiv gesehen werden die Freien Wähler, wobei auffällt, dass vor allem Anhänger der CSU gute Einschätzungen über die Konkurrenz im bürgerlichen Lager treffen – über die Hälfte vergibt an die Freien Wähler Werte zwischen +1 und +5. Die FDP erzielt mit -0,1 ein neutrales Urteil, wobei hier auch eine Rolle spielen dürfte, dass die Liberalen in Bayern in den letzten Jahren weder landes- noch kommunalpolitisch besonders in Erscheinung getreten sind. Am schlechtesten beurteilt wird von den Befragten Die Linke in Bayern mit einem Mittelwert von -2,5, wenngleich eingeschränkt werden muss, dass die Wahrnehmung der Partei im Freistaat angesichts ihrer bisher fast nicht gegebenen Präsenz vermutlich sehr stark von ihrem bundespolitischen Agieren und ihrem dortigen Führungspersonal abhängt.

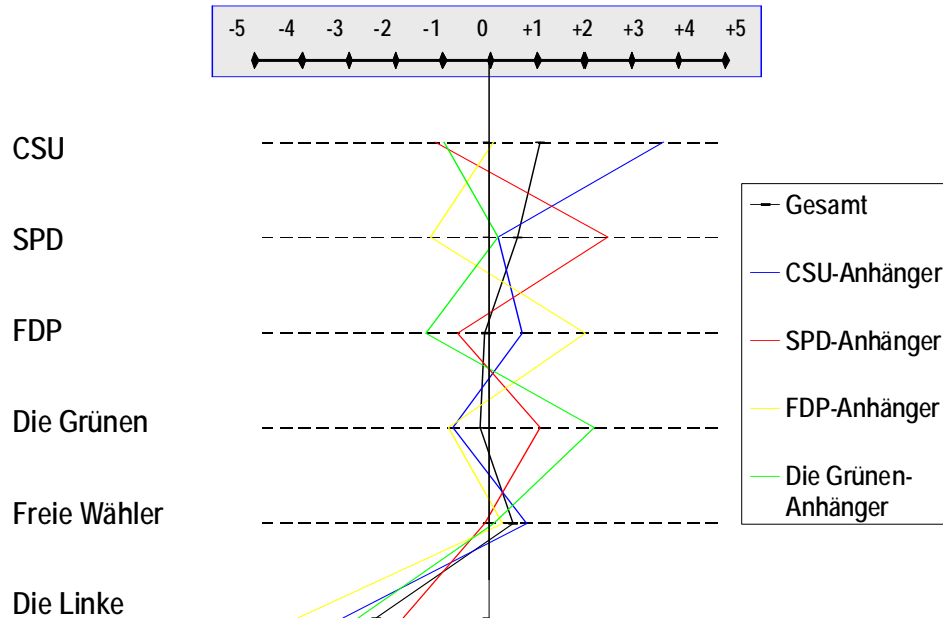
Abbildung 4



Parteiskalometer Land

Basis: alle Befragte -Mittelwerte von -5 "überhaupt nichts" bis +5 "sehr viel"

Was halten Sie so ganz allgemein von den politischen Parteien in Bayern?



Besonders in ihrer eigenen Anhängerschaft hat die CSU in Bayern trotz des absoluten Verlustes an Zustimmung in der Gesamtwählerschaft weiterhin ein hohes Ansehen. Ihre Sympathisanten geben ihr auf der Skala von -5 bis +5 mit einem Mittelwert von 3,8 mit Abstand die beste Bewertung, die eine Partei von ihren Wählern zugeschrieben bekommt. Die Vergleichswerte für SPD, Grüne und FDP liegen etwa zwischen +2,0 und +2,5. Die Anhänger der anderen Parteien sehen die CSU in Bayern dafür eher kritisch, und während das Lager von SPD und Grünen negative Bewertungen abgibt (-1,1 beziehungsweise -1,0), sind auch die Urteile der FDP-Sympathisanten über die langjährige bayerische Regierungspartei nur eher schwach positiv (+0,9). Der Niveau-Unterschied bildet ab, dass die CSU die meisten der Wechselwähler von 2003 wieder verloren hat und bei ihr momentan vor allem die Urteile derjenigen Anhänger ins Gewicht fallen, die der Partei ohnehin sehr nahe stehen.

Während sich ansonsten das erwartete Bild fortsetzt, dass Parteien eines politischen Lagers jeweils von den eigenen Wählern besser bewertet werden als die des gegnerischen Lagers, ergibt sich für die Bayern-SPD eine bemerkenswerte Ausnahme: Außer von ihren eigenen Anhängern wird sie von den Sympathisanten aller anderen Parteien durchweg mäßig

beurteilt, und zwar auch von Wählern der Grünen (+0,3) als der zweiten Oppositionspartei im Landtag. Ein Grund könnte in der Unzufriedenheit mit dem Erscheinungsbild der Partei liegen, welches in der Vergangenheit von den meisten Medien als ausgesprochen schwach eingestuft wurde. Gemeinsam mit den schlechten Wahlergebnissen der SPD in Bayern beeinträchtigte dies indirekt auch die Chancen der Grünen, nicht nur selbst ein gutes Resultat bei Wahlen zu erzielen, sondern gemeinsam mit den Sozialdemokraten den Wechsel von der Oppositions- auf die Regierungsbank zu schaffen. Denkbar ist hier, dass ein gewisser Teil der Grünen-Anhänger die bayerische SPD für diese Situation in die Verantwortung nimmt.

Der Vorsprung in der Gesamtbewertung durch die Befragten, den die CSU auf der bayerischen Landesebene hat, bleibt auch bei einer Bewertung der Parteien auf der Bundesebene bestehen. Die Abstände zu und zwischen den anderen Parteien sind allerdings deutlich geringer. Die CSU im Bund wird mit einem Wert von durchschnittlich +0,6 beurteilt und liegt damit auf gleicher Höhe mit ihrer Schwesterpartei CDU (+0,6; Abbildung 5). Auch der Vorsprung auf die SPD als Koalitionspartner im Bund ist nicht sehr groß; die Sozialdemokraten erhalten einen Wert von +0,5. Bei der Frage nach der Einschätzung der Parteien im Bund können die kleinen Parteien nicht von einer gewissen Unzufriedenheit mit der Arbeit der Großen Koalition profitieren, die andere Umfragen anzeigen. Die FDP erreicht mit einer Beurteilung von -0,2 im Bund von allen drei Oppositionsparteien noch das beste Ergebnis. Dieser Wert unterscheidet sich kaum von dem, den die Liberalen in Bayern zugeschrieben bekommen (-0,1). Auch Die Linke im Bund erzielt mit -2,4 einen nahezu identischen Wert wie Die Linke in Bayern (-2,5), was die Vermutung unterstreicht, dass die Befragten zum Erhebungszeitpunkt noch nicht recht zwischen dem Auftreten der Partei auf Landes- und auf Bundesebene unterscheiden konnten. Schließlich fällt das Gesamturteil über Bündnis 90/ Die Grünen im Bund mit -0,5 etwas schlechter aus als das im Freistaat (-0,2).

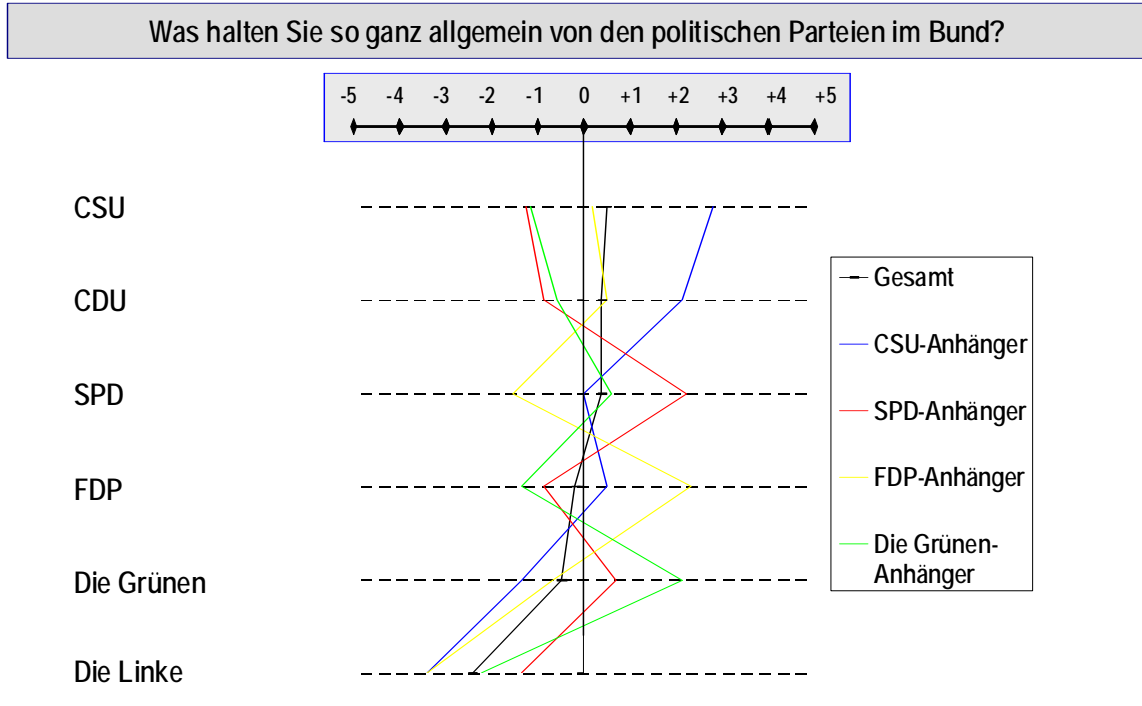
Die für Bayern beobachtete Lagerbildung zwischen Unterstützern der CSU und der FDP auf der einen und von SPD und Grünen auf der anderen Seite kommt auch zum Tragen, wenn die Befragten die Parteien auf der Bundesebene bewerten sollen. Wiederum werden die Parteien vor allem innerhalb der jeweiligen politischen Lager gut und die Parteien auf der anderen Seite des politischen Spektrums schlecht eingestuft. Die in anderen Erhebungen gemessene Unzufriedenheit mit den derzeitigen Leistungen der deutschen Bundespolitik wird allerdings auch hier sichtbar: Absolut betrachtet erhalten die Parteien auf der Bundesebene schwächere Bewertungen als die Parteien auf der bayerischen Landesebene.

Abbildung 5



Parteienskalmeter Bund

Basis: alle Befragte – Mittelwerte von -5 "überhaupt nichts" bis +5 "sehr viel"



Die CDU im Bund wird von den Sympathisanten aller Parteien besser bewertet als die CSU – mit Ausnahme der CSU-Anhängerschaft, die offenbar auch im Bund stark zu ihrer Partei steht. Die Linke wiederum erzielt in fast allen Parteilagern nur schlechte Werte, und zwar übergreifend sowohl bei Union und FDP als auch bei den Grünen. Ihr bester, wenngleich immer noch negativer Wert wird der Linken indes von den Sympathisanten der SPD zugeschrieben und damit von den Unterstützern der Partei, an die die SPD bei vergangenen Wahlen mit die meisten Stimmen verloren hat. Ein knappes Drittel der Befragten, die den Sozialdemokraten nahe stehen, vergibt an die Linke im Bund Bewertungen im positiven Bereich zwischen +1 und +5. Zumindest bei einem Teil der SPD-Anhängerschaft stößt die Partei demnach auf eine gewisse Sympathie, trotz der offiziellen Linie der SPD, Kooperationen mit der Linken auf Bundesebene auszuschließen.

Über welche regionalen Hochburgen die bayerischen Parteien verfügen, lässt schließlich eine Differenzierung des Antwortverhaltens nach der Herkunft der Befragten erkennen. Während die Bewertungen der CSU in Ober- und Niederbayern (+1,4) besser ausfallen als in Franken (+1,0), stoßen SPD und Grüne im Norden des Freistaats mit Werten von +0,7 und -0,1 auf größere Sympathien als im Süden (+0,4 beziehungsweise -0,3). Die Wahl eines fränkischen Ministerpräsidenten hat für die CSU also keine unmittelbar messbaren Auswirkungen

dahingehend zur Folge, dass sich ihre Hochburgen komplett verschieben würden. Während für Die Linke praktisch keine regionalen Unterschiede erkennbar sind, fallen bei der FDP die Urteile aus Altbayern etwas besser aus als die aus Franken (0,0 beziehungsweise -0,2). Die Freien Wähler verdanken ihren insgesamt positiven bayernweiten Wert einer derzeit gleich guten Einschätzung im Norden wie im Süden des Freistaats.

Zusammenfassung: Die Parteien in Bayern werden durchgehend besser beurteilt als die entsprechenden Parteien im Bund. Im Freistaat erhält die CSU von den Befragten mit Abstand die besten Gesamturteile vor der SPD und den Freien Wählern, negativ gesehen werden Bündnis 90/ Die Grünen. Der Vorsprung der CSU ist insbesondere auf einen überdurchschnittlichen Rückhalt in der eigenen Anhängerschaft zurückzuführen. Die bayerische SPD wird von den Sympathisanten der Grünen als der zweiten Landesoppositionspartei unerwartet kritisch gesehen. Auch auf der Bundesebene erreicht die CSU bessere Bewertungen als SPD, Grüne und FDP. Allerdings sind die Abstände hier knapper, und außerhalb des Unionslagers erhält die CDU bessere Einstufungen als die CSU. Im Land wie im Bund vergeben die Teilnehmer die schlechtesten Urteile an Die Linke, deren Wahrnehmung vermutlich vor allem von der Bundespolitik bestimmt ist. Auf Zuspruch stößt die Partei trotzdem bei einem beachtlichen Teil der SPD-Anhängerschaft.

Ausgeprägte regionale Unterschiede bei der Verbundenheit mit Bayern

Regionale Befindlichkeiten haben das Potential, die Wahlchancen der Parteien zu beeinflussen. Berücksichtigt wird dies etwa dann, wenn Ministerpräsidenten bei der Vergabe von Ministerämtern auch den regionalen Proporz innerhalb ihres Bundeslandes berücksichtigen oder Parteien versuchen, Spitzenpolitiker aus allen Regionen vorzuweisen. Nach dem Amtsantritt Günther Becksteins kam entsprechend die Frage auf, ob er die Zustimmung zur CSU im Norden des Freistaats steigern könne. Voraussetzung ist allerdings, dass den Befragten ihre eigene regionale Herkunft und Identität wichtig ist. Innerhalb Bayerns ist es das Zusammentreffen von Bayern, Schwaben, Franken und Oberpfälzern, das lokale Gegebenheiten in der Tat zu einem Faktor in der Landespolitik macht. Noch dazu betonen führende Repräsentanten Bayerns in Deutschland und Europa immer wieder eine besondere Eigenständigkeit ihres Bundeslandes, das ja auch tatsächlich auf eine eigene Geschichte mit staatlicher Tradition zurückblicken kann.

Eine starke Verbundenheit mit Bayern ist unter den Befragten durchaus vorhanden, gleichzeitig ist der Freistaat aber nicht die einzige regionale Ebene, mit der sie sich identifizieren. 28 Prozent geben an, dass sie sich mit Bayern „sehr stark“ verbunden fühlen würden, und nur sieben Prozent sagen, dass diese Verbundenheit bei ihnen nur „schwach“ oder „gar nicht“ vorhanden sei (Abbildung 6). Geringfügig mehr Teilnehmer empfinden eine vergleichbar starke Bindung zu ihrer Gemeinde oder Stadt (30%), ihrem Regierungsbezirk (30%) oder Deutschland (26%).

Ein klar abweichendes Antwortverhalten ist erst bei der Frage feststellbar, wie sehr sich die Befragten mit Europa verbunden fühlen: Eine nur schwache oder gar keine Verbundenheit äußert zwar nur jeder Sechste, allerdings bezeichnet sich auch nur 14 Prozent als „sehr stark“ mit Europa verbunden. Die Ergebnisse bestätigen damit die Einschätzung, dass der Bezug zum unmittelbaren regionalen Umfeld der Befragten überdurchschnittlich stark ist. Insbesondere Europa ist dagegen für viele Teilnehmer offenbar nach wie vor noch ein eher abstrakter Bezugspunkt, mit dem darüber hinaus oft auch die Europäische Union in Verbindung gebracht werden dürfte, die nur ein recht durchwachsenes Ansehen hat.

Besonders ältere und niedrig gebildete Befragte zeigen eine emotionale Nähe zu ihrem Wohnort oder ihrer Region. Während etwa nur die Hälfte der unter 40-Jährigen angibt, „sehr stark“ oder „stark“ mit ihrer Gemeinde oder Stadt verbunden zu sein, sind es bei den über 60-Jährigen drei Viertel. Außerdem sagen niedrig Gebildete sehr viel öfter als mittel oder hoch Gebildete, dass sie zu ihrem Wohnort eine „sehr starke“ gefühlsmäßige Bindung hätten. Beide Resultate lassen sich gut mit einer eher begrenzten sozialen und beruflichen Mobilität dieser Teilgruppen der Bevölkerung erklären. Ältere leben in der Regel schon seit

vielen Jahren an ihrem Wohnort und wechseln im Ruhestandsalter auch nicht mehr die Arbeitsstätte. Niedrig Gebildete gehen überdurchschnittlich oft einfacheren Tätigkeiten in Betrieben und Einrichtungen in ihrer Nähe nach und behalten ihren Arbeitsplatz im täglichen Berufsleben in der Regel dort. Beides führt zu einer stärkere Identifikation mit der regionalen Umgebung als bei jungen Menschen und hoch Gebildeten, die viel eher ihre Heimat aus beruflichen Gründen verlassen oder öfter weitere Reisen antreten.

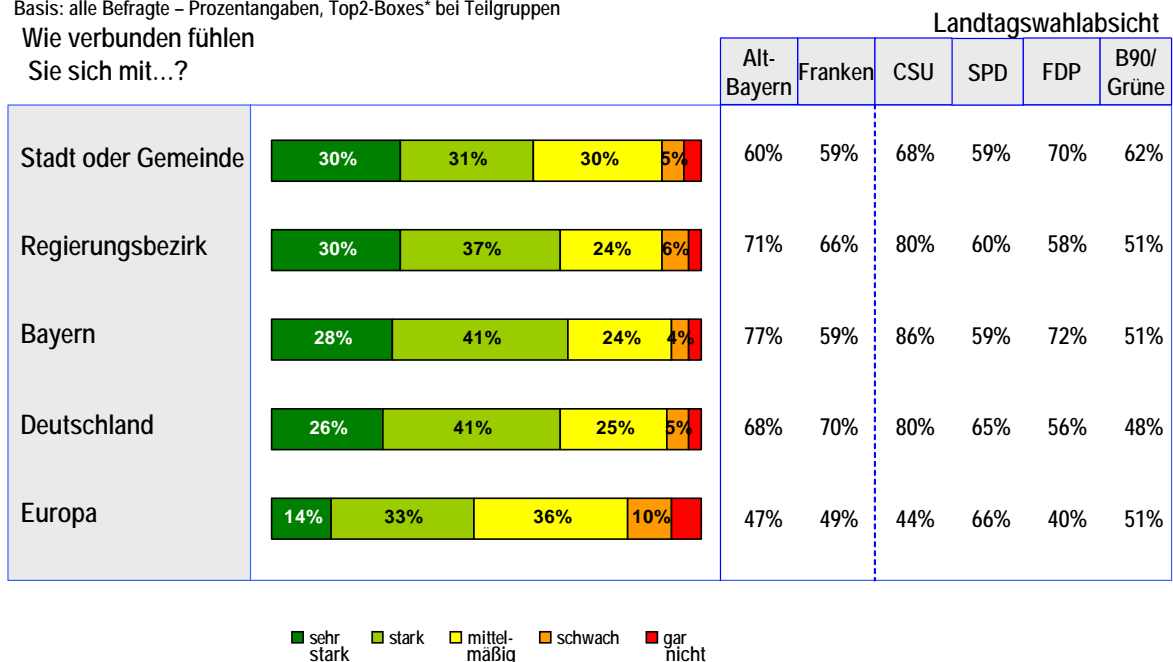
Abbildung 6



Verbundenheit

Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Top2-Boxes* bei Teilgruppen

Wie verbunden fühlen Sie sich mit...?



*Top2Box: "sehr stark, + "stark"

Ein Indiz für diese Interpretation sind auch die Ergebnisse, die sich bei einer Aufschlüsselung der Verbundenheit mit Europa nach Alter und Bildungsstand der Befragten zeigen. Die Niveauunterschiede zwischen den Altersgruppen sind nahezu ausgeglichen und der Anteil derer, die eine „sehr starke“ oder „starke“ Verbundenheit mit Europa angeben, liegt – anders als bei den übrigen regionalen Einheiten – jeweils bei etwas unter 50 Prozent. Bei einem Vergleich der Bildungsniveaus ist die gefühlsmäßige Bindung an Europa unter hoch Gebildeten deutlich stärker als bei niedrig Gebildeten, was einerseits mit der schon angesprochenen höheren Mobilität zusammenhängen könnte und andererseits mit einer insgesamt größeren Zustimmung zu „Europa“ als ideellem Projekt.

Zwischen Altbayern und Franken zeigen sich die deutlichsten Unterschiede im Hinblick auf die Verbundenheit mit bestimmten regionalen Einheiten, wenn die emotionale Nähe zu Bayern abgefragt. In Altbayern ist sie noch stärker als beispielsweise die Bindung an den Wohnort oder den Regierungsbezirk. In Franken wiederum fällt sie nur unwesentlich stärker aus als die Bindung an Europa und deutlich schwächer als die gefühlsmäßige Verbundenheit mit dem eigenen Wohnort oder dem eigenen Regierungsbezirk. Insgesamt geben 77 Prozent der Befragten aus Ober- und Niederbayern an, Bayern gefühlsmäßig „sehr stark“ oder „stark“ verbunden zu sein, in Franken sind es nur 59 Prozent. Umgekehrt sagen in Ober-, Mittel- und Unterfranken demnach 41 Prozent, sie fühlten sich Bayern nur „mittelmäßig“, „schwach“ oder „gar nicht“ verbunden. Zwar ist die Verbundenheit mit regionalen Einheiten in Franken generell etwas schwächer als in Altbayern, aber bei der Frage nach der emotionalen Nähe zu Bayern ist der Unterschied zwischen dem Norden und dem Süden des Freistaats mit Abstand am größten. Auch wenn eher durchschnittliche Werte bei der Frage nach der Verbundenheit mit dem eigenen Regierungsbezirk nicht darauf hindeuten, dass in Franken so etwas wie eine explizit „fränkische Identität“ besonders ausgeprägt wäre, ist doch immerhin eine gewisse Distanz zum Begriff „Bayern“ messbar, der neben einer politischen auch eine kulturelle Dimension hat.

Dafür, dass in Altbayern die emotionale Nähe zum eigenen Wohnort und zur Region größer ist als in Franken, könnte auch die dort höhere Zahl von CSU-Anhängern verantwortlich sein. Diese sind es nämlich, die stärker als die Unterstützer der anderen Parteien eine Verbundenheit mit ihrer Gemeinde oder Stadt, ihrem Regierungsbezirk oder insbesondere mit Bayern äußern. Eine Ausnahme ist der Bezug zu Europa, der bei Sympathisanten der CSU klar unterdurchschnittlich ausgebildet ist: 40 Prozent geben an, Europa nur „mittelmäßig“ verbunden zu sein, und jeder Sechste „schwach“ oder „gar nicht“. Für die Anhängerschaft von SPD und FDP gilt im Wesentlichen, dass sie sich stärker näher gelegenen oder bekannteren regionalen Einheiten wie dem Heimatort, der eigenen Region, Deutschland oder Bayern emotional verbunden fühlen als Europa. Etwas verschieden ist das Muster bei den Unterstützern der Grünen, die ihre stärkste Verbundenheit mit dem Wohnort, danach aber schon mit Europa haben. Der überdurchschnittliche Anteil hoch Gebildeter unter den Anhängern der Grünen sowie eine stärkere Zustimmung zum „Projekt Europa“ lassen hier einmal mehr einen Einfluss vermuten.

Zusammenfassung: Die starke emotionale Bindung zu einer regionalen Einheit steht in umgekehrtem Verhältnis zur Größe der betreffenden Region. So ist eine starke Verbundenheit vor allem mit dem Wohnort gegeben, die bei größeren Regionen abnimmt und bei der größten untersuchten Einheit – Europa – nur bei wenigen Befragten ausgeprägt ist. Dieses Muster gilt aber nicht, wenn man die Verbundenheit der Befragten nach den

Regionen innerhalb Bayerns differenziert. In Altbayern ist die Verbundenheit mit Bayern und mit dem Regierungsbezirk, der ja jeweils den Namen „Bayern“ enthält, noch besonders stark und auch deutlich stärker ausgeprägt als die gefühlte Nähe zum eigenen Wohnort. Demgegenüber ist der Anteil der Befragten in Franken, die eine sehr starke Verbundenheit mit Bayern bekunden, nur wenig größer als der Prozentsatz derjenigen, die zu Europa eine enge emotionale Bindung haben.

**Strukturschwache Regionen fühlen sich von der Landespolitik vernachlässigt/
unterschiedliche Erwartungshaltungen an einen Ministerpräsidenten aus Franken**

Trotz seiner absolut gesehen großen wirtschaftlichen Stärke bestehen in Bayern Unterschiede zwischen den einzelnen Regierungsbezirken bei der bestehenden Infrastruktur, den Wachstumschancen und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Ungleichheit zwischen einzelnen Gegenden Bayerns gehört zu den Vorwürfen, die die Landtagsopposition regelmäßig gegenüber der Staatsregierung erhebt. Erfolgreichen Standorten wie dem Münchner Umland oder dem Großraum Erlangen stehen nach wie vor Gebiete wie das östliche Oberfranken oder der Bayerische Wald gegenüber, in denen die Situation merklich schlechter ist als im bayerischen Durchschnitt. Zwar werden die Ergebnisse dieser Studie noch zeigen, dass der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre in den wirtschaftlich schwächeren Regionen besonders deutlich wahrgenommen wurde, aber dennoch sind die Unterschiede noch lange nicht verschwunden.

Gut die Hälfte der Befragten nimmt keine besondere Bevorzugung oder Benachteiligung des eigenen Regierungsbezirkes durch die Landespolitik wahr. Die übrigen Teilnehmer aus den sieben bayerischen Regierungsbezirken allerdings beantworten die Frage sehr unterschiedlich, ob ihre eigene Region von der Landespolitik eher bevorzugt oder benachteiligt wird. Auffällig ist dabei, dass sich in den meisten Regionen diejenigen in der Mehrheit befinden, die eine Benachteiligung ihrer Region durch die Landespolitik festzustellen meinen. Oberbayern ist der einzige Regierungsbezirk, in dem eine Mehrheit von 40 Prozent der Befragten sagt, dass ihre Region von der Landespolitik entweder „stark“ oder „etwas“ bevorzugt werde, und nur zehn Prozent fühlen sich „stark“ oder „etwas“ benachteiligt (Abbildung 7). Dem gegenüber steht Oberfranken als der Regierungsbezirk, in dem die Ansicht am häufigsten vertreten ist, dass die Landespolitik die Region vernachlässige. Über zwei Drittel der Befragten äußern eine solche Meinung, und praktisch niemand hält Oberfranken für eine von der Landespolitik bevorzugte Region. Dieses Ergebnis ist insofern bemerkenswert, als es in Oberfranken mit Bamberg, Bayreuth oder Coburg durchaus städtische Oberzentren gibt, in denen die aktuellen Wirtschaftsdaten und auch die sonstige Infrastruktur positiv bewertet werden können und die insgesamt eine bessere Entwicklung nehmen als eher strukturschwache Gegenden wie Hof oder Wunsiedel. Die Wahrnehmung einer Bevorzugung oder Benachteiligung des eigenen Regierungsbezirkes hängt demnach vermutlich nicht nur ab von der unmittelbaren Situation im lokalen Lebensumfeld eines Befragten. Vielmehr beziehen die Befragten die Lage in ihrem gesamten Bezirk mit in ihr Urteil ein.

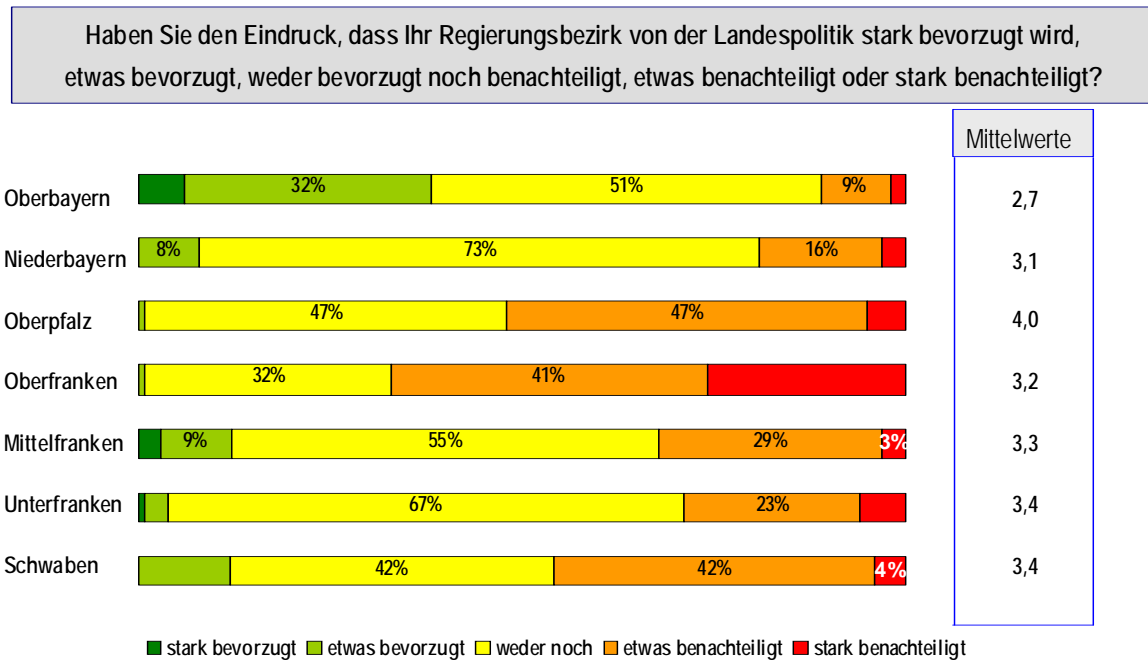
Einschätzungen, die ähnlich negativ ausfallen wie in Oberfranken, finden sich außerdem noch in der Oberpfalz. Auch hier glaubt kaum einer der Teilnehmer an eine Bevorzugung seines Regierungsbezirkes durch die bayerische Landespolitik, dafür aber knapp die Hälfte an eine Benachteiligung. Ebenfalls von der Landespolitik vernachlässigt fühlen sich schließlich Befragte aus Schwaben und in geringerem Umfang aus Unterfranken. Während in Unterfranken Angaben aus den eher strukturschwachen Gegenden der Rhön und des Spessarts ins Gewicht fallen dürften, wäre eine mögliche Erklärung für das Ergebnis in Schwaben, dass dort viele Befragte eine Konzentration der Landespolitik auf die Landeshauptstadt München empfinden und eine gewisse Vernachlässigung Schwabens und der Bezirkshauptstadt Augsburg. In der Summe immer noch als eher benachteiligt, aber nicht so stark wie in den bisher genannten Regierungsbezirken, sehen Teilnehmer aus Mittelfranken und Niederbayern ihre Regionen.

Abbildung 7



Bevorzugung und Benachteiligung einzelner Regierungsbezirke

Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Mittelwerte von 1 „stark bevorzugt“ bis 5 „stark benachteiligt“



Die Frage nach dem Einfluss und der Gewichtung der bayerischen Regierungsbezirke in der Landespolitik spielte bei der Wahl Günther Becksteins zum Ministerpräsidenten durchaus eine Rolle. Da mit ihm erstmals seit mehreren Jahrzehnten wieder ein Franke an die Spitze der Landesregierung trat, schien denkbar, dass sich die Gewichte in der Landespolitik nun stärker in Richtung Frankens verschieben könnten. Eine Mehrheit der Befragten hat diese

Erwartungshaltung allerdings nicht. 62 Prozent geben an, dass sich am Gewicht Frankens in der Landespolitik nach Günther Becksteins Wahl nicht viel verändern wird (Abbildung 8). Ein Drittel erwartet allerdings auch, dass der fränkische Einfluss zunehmen wird. Die Zuneigung zu einer bestimmten Partei ist bei der Beantwortung dieser Frage dabei weniger entscheidend als die regionale Herkunft und das Alter der Teilnehmer. Während auch CSU-Anhänger nicht signifikant häufiger oder seltener glauben als die Sympathisanten der anderen Parteien, dass Franken unter Günther Beckstein ein größeres Gewicht erhalten wird, tun dies, neben älteren Befragten über 60 Jahre, vor allem Teilnehmer aus Franken sehr wohl. Von ihnen glaubt mit 46 Prozent knapp die Hälfte an einen stärkeren fränkischen Einfluss auf die Landespolitik, der Vergleichswert für Altbayern liegt bei 31 Prozent.

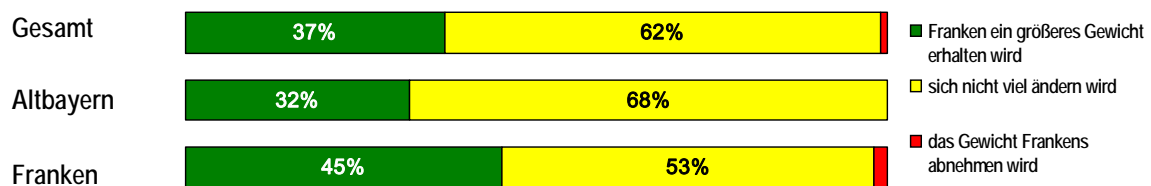
Abbildung 8



Gewicht Frankens in der Landespolitik

Mit Günther Beckstein regiert ein Franke in Bayern. Glauben Sie, dass dadurch in der Landespolitik...?

Basis: alle Befragte – Prozentangaben



Landtagswahlabsicht

	Gesamt	CSU	SPD	FDP	B90/Grüne
Franks ein größeres Gewicht erhalten wird	37%	36%	43%	37%	28%
sich nicht viel ändern wird	62%	63%	57%	62%	71%
das Gewicht Frankens abnehmen wird	1%	1%	0%	1%	1%

Zusammenfassung: Die Einwohner aus den meisten bayerischen Regierungsbezirken gehen mehrheitlich von keiner besonderen Behandlung des eigenen Regierungsbezirks durch die Landespolitik aus. Dies ist aus der Sicht der Politik zumindest auf den ersten Blick ein erfreuliches Ergebnis. Die Befragten, die eine differenzierte Behandlung der Regionen Bayerns erkennen, sind allerdings meistens der Ansicht, dass ihre Region von der Landespolitik vernachlässigt wird. Eine solche Wahrnehmung ist besonders häufig in den tatsächlich strukturschwächeren Bezirken wie etwa Oberfranken zu finden. Lediglich

Befragte aus Oberbayern sehen in ihrer Mehrheit eine Bevorzugung ihrer Region durch die Landespolitik. Dies deutet darauf hin, dass sich in den Antworten die Einschätzung der tatsächlichen Lage in den Regionen spiegelt. Kompensatorische Maßnahmen für die strukturschwächeren Regionen Bayerns haben nicht zur Folge, dass sich die Einwohner der geförderten Regierungsbezirke besonders bevorzugt fühlen.

Auch nach dem Amtsantritt von Günther Beckstein geht die Mehrheit der Befragten nicht davon aus, dass Franken ein stärkeres Gewicht in der Landespolitik erhalten wird. Allerdings haben Befragte aus Franken eine derartige Erwartungshaltung deutlich öfter als Befragte aus Altbayern.

Zufriedenheit und Optimismus bei der Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Bayern

Bayern gehört mit Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zu den drei wirtschaftsstärksten Bundesländern Deutschlands. Die Wirtschaftsstruktur des Freistaats zeichnet sich nach dem erfolgreichen Übergang vom Agrar- zum Technologiestandort durch eine hohe Leistungsfähigkeit, Wachstumsregionen im Bereich der großen Städte München, Nürnberg und Augsburg sowie eine niedrige Arbeitslosenquote aus. Das Wachstum der bayerischen Wirtschaftskraft übertraf im Jahr 2007 mit durchschnittlich 2,8 Prozent die Steigerungsraten in vierzehn der anderen fünfzehn deutschen Bundesländer. Als Regierungspartei schreibt sich die CSU diese langfristige positive Entwicklung als einen der größten Erfolge ihrer Politik auf die Fahnen.

Auch im Jahr 2008 besteht in der bayerischen Bevölkerung ein Grundvertrauen in die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihres Bundeslandes. 52 Prozent der Befragten geben an, die heutige wirtschaftliche Lage in Bayern sei „sehr gut“ oder „gut“, und weitere 33 Prozent halten sie für „teils gut und teils schlecht“ (Abbildung 9). Davon, dass die Wirtschaftslage in Bayern „schlecht“ oder „sehr schlecht“ sei, gehen nur 14 Prozent der Teilnehmer aus. Vierzig Prozent meinen dabei, dass sich die ökonomische Situation im vergangenen Jahr wesentlich oder zumindest etwas verbessert habe (Abbildung 10). Eine Verschlechterung im abgelaufenen Jahr 2007 sah nur jeder Fünfte. Auch wenn nach den Aussichten im kommenden Jahr gefragt wird, kommt diese insgesamt positive Grundstimmung bei der Bewertung der Wirtschaftslage in Bayern zum Tragen: Gut die Hälfte der Teilnehmer rechnet nicht damit, dass sie sich merklich verändern wird, und ein Viertel schätzt, dass es noch einmal zu einer weiteren Verbesserung kommen wird (Abbildung 11). Dieser deutlichen Mehrheit, die entweder eine Stagnation auf hohem Niveau oder sogar noch eine Verbesserung erwartet, stehen nur 27 Prozent der Befragten gegenüber, die glauben, dass es mit der bayerischen Wirtschaft im kommenden Jahr abwärts geht. Diese grundlegend positiven Bewertungen zeigen sich auch bei einem Vergleich der Wirtschaftslage mit der ökonomischen Situation in anderen deutschen Bundesländern. 83 Prozent geben an, in Bayern sei die wirtschaftliche Lage „sehr viel besser“ oder „etwas besser“, und weniger als zwei Prozent finden, die Lage sei schlechter als in den anderen deutschen Bundesländern (Abbildung 12).

Einiges spricht dafür, dass die Bewertung der Wirtschaftslage in Bayern auch mit der Einbindung der Befragten ins Berufsleben zusammenhängt. Diese ist in der Altersgruppe der Befragten zwischen 40 und 60 Jahren am stärksten. Dass genau in dieser Kohorte die Einschätzungen zur wirtschaftlichen Situation unterdurchschnittlich ausfallen, verweist auf die gegenwärtige Diskussion um die Auswirkungen des Aufschwungs auf die Beschäftigten. Andere Erhebungen zeigen, dass Arbeitnehmer trotz anhaltend positiver

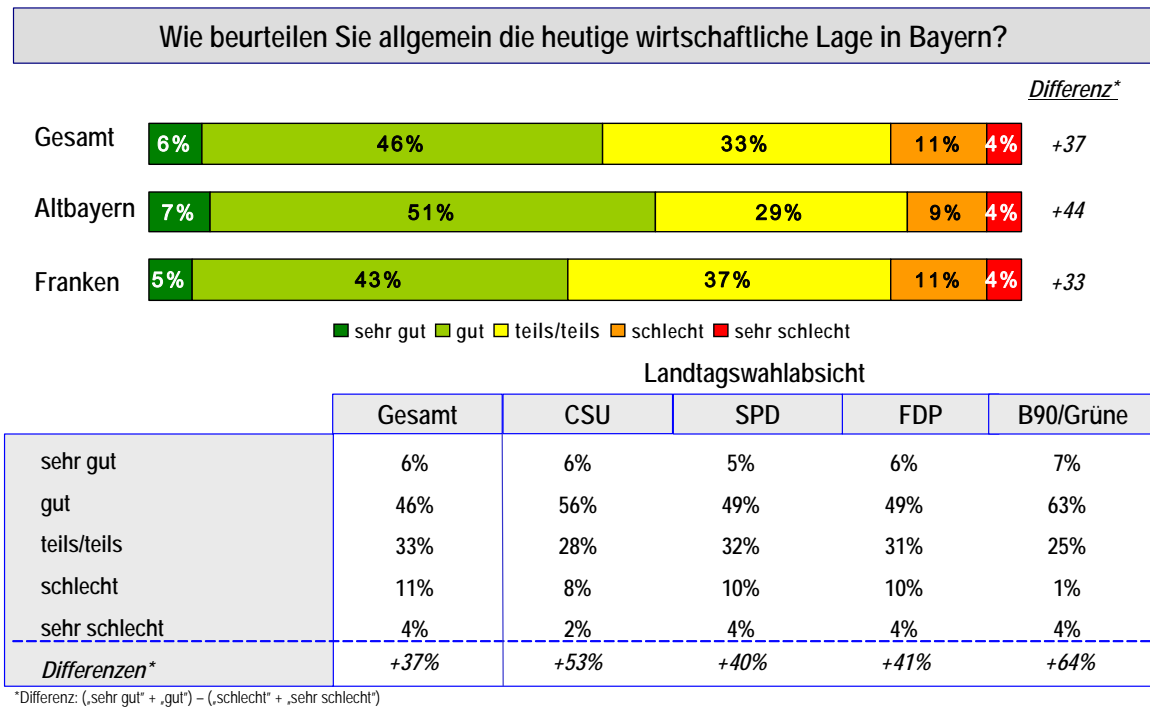
Wirtschaftsmeldungen nicht das Gefühl haben, von einer Verbesserung der Lage in Deutschland zu profitieren. Dies könnte erklären, warum Befragte, die sich vom Alter her in ihrer großen Mehrheit im Arbeitsprozess befinden, seltener als andere Teilnehmer eine gute Wirtschaftslage in Bayern wahrnehmen. Unterstützt wird diese Interpretation von der Unterteilung des Antwortverhaltens nach Geschlecht und Bildungsstand: Kritischer eingestellt sind mit den Frauen und den Niedriggebildeten die Gruppen, die überdurchschnittlich oft in den niedrigeren Einkommensklassen vertreten sind.³

Abbildung 9



Aktuelle wirtschaftliche Lage in Bayern

Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Differenzen*



Trotz der wirtschaftlichen Stärke Bayerns wurde von der Landtagsopposition immer wieder der Vorwurf thematisiert, dass der wirtschaftliche Aufschwung nicht alle bayerischen Regionen in gleichem Maße erreiche. Besonders grenznahe Gegenden etwa in Oberfranken und der Oberpfalz hinkten in ihrer Entwicklung prosperierenden Standorten wie der Landeshauptstadt München deutlich hinterher. Zwar wurde aufgezeigt, dass sich ein gewisser Prozentsatz der Bewohner mehrerer Regierungsbezirke in der Tat von der Landespolitik vernachlässigt fühlt – auf die Bewertung der wirtschaftlichen Gesamtsituation in Bayern hat dies aber offenbar wenig Einfluss. Stellt man in einem Vergleich Altbayern und

³ Im Juni 2008 legte die EU-Kommission Zahlen vor, denenzufolge Deutschland zu den fünf EU-Staaten gehört, in denen die Ungleichheit der Entlohnung von Männern und Frauen für die gleiche Arbeit am größten ist.

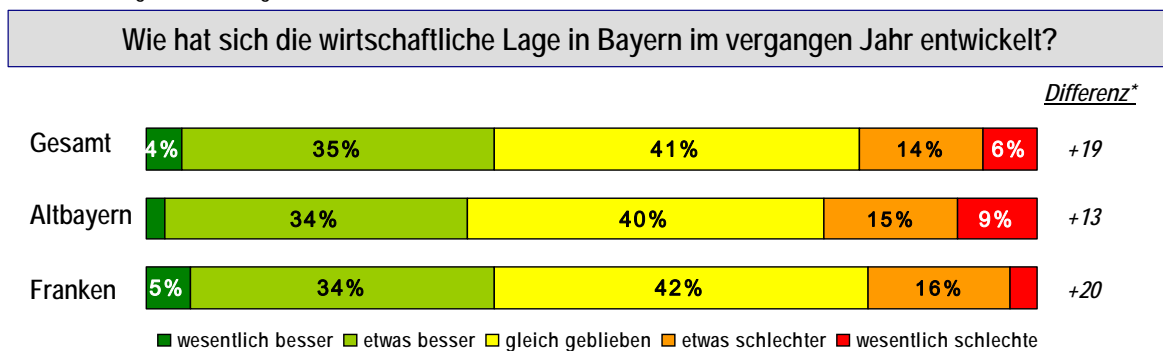
Franken als historisch gewachsene, unterschiedliche Kulturregionen gegenüber, bewerten die Teilnehmer aus Ober- und Niederbayern die Wirtschaftslage Bayerns etwas besser als Teilnehmer aus Unter-, Mittel- und Oberfranken. Die Differenz bleibt aber auf einem niedrigen Niveau und verschwindet ganz, wenn man nur die Einschätzungen heranzieht, die der bayerischen Wirtschaft derzeit eine „schlechte“ oder sogar „sehr schlechte“ Situation attestieren (13 beziehungsweise 15 Prozent).

Abbildung 10



Wirtschaftliche Lage in Bayern im Jahr 2007

Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Differenzen*



	Landtagswahlabsicht				
	Gesamt	CSU	SPD	FDP	B90/Grüne
wesentlich besser	4%	7%	2%	0%	4%
etwas besser	35%	41%	33%	49%	39%
gleich geblieben	41%	41%	43%	41%	49%
etwas schlechter	14%	11%	10%	6%	7%
wesentlich schlechter	6%	0%	12%	4%	1%
Differenzen*	21%	29%	22%	43%	32%

*Differenz: („wesentlich besser“ + „etwas besser“) – („etwas schlechter“ + „wesentlich schlechter“)

Es fällt auf, dass besonders in den vermeintlich wirtschaftsschwächeren Regierungsbezirken wie Oberfranken eine deutlich stärkere Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Bayern wahrgenommen wird als etwa in Oberbayern. Während dort nur ein Drittel glaubt, die Wirtschaftslage des Freistaats habe sich verbessert, denkt dies in Oberfranken jeweils knapp die Hälfte der Teilnehmer. Diese Beobachtung lässt sich auch bei der Gegenüberstellung Altbayerns und Frankens machen, bei der sich zeigt, dass im Norden des Freistaats eine durchschnittlich stärkere Verbesserung der ökonomischen Situation registriert wurde als im Süden. Befragte aus Franken sind schließlich auch optimistischer, wenn sie um einen Ausblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern im kommenden Jahr gebeten werden.

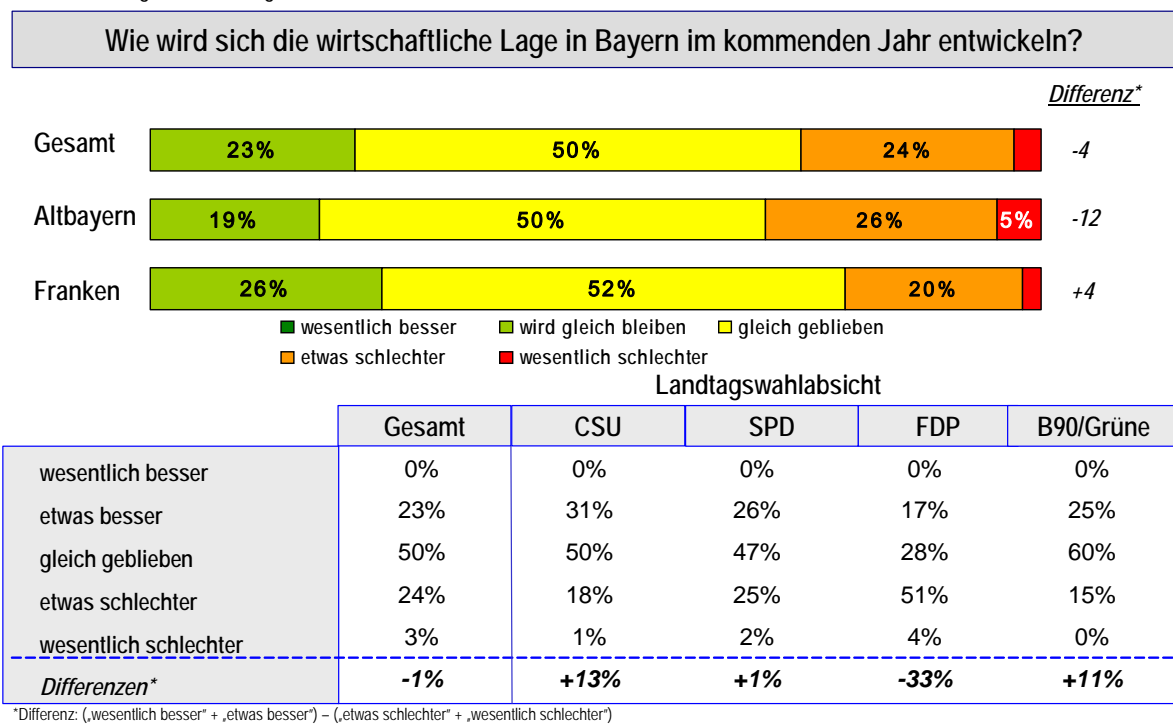
Insgesamt könnte eine Verbindung zur absoluten ökonomischen Leistungsfähigkeit der einzelnen bayerischen Regionen also zur Erklärung der Antwortunterschiede beitragen: Es ergibt sich das grobe Muster, dass eine Verbesserung der Wirtschaftslage vor allem dort wahrgenommen wird, wo sie vor Beginn des derzeitigen Aufschwungs noch unter dem bayernweiten Durchschnitt lag. In den schon seit längerem wirtschaftsstarke Gegenden wie Oberbayern wirkte sich die Verbesserung der Wirtschaftslage in der Wahrnehmung der Bevölkerung vermutlich deshalb nicht in vergleichbarem Maß aus, weil diese schon vorher als überdurchschnittlich gut empfunden wurde. Untermuert wird eine solche Interpretation der Daten beispielsweise vom Kontext der Arbeitslosenquote in den einzelnen Regierungsbezirken. Ihr Rückgang fiel zwischen Januar 2007 und Januar 2008, also dem Zeitpunkt der Erhebung, in Oberfranken und in der Oberpfalz mit einem Minus von über 20 Prozentpunkten deutlicher aus als in Oberbayern. Auch für die erwähnte getrennte Betrachtung von Franken und Altbayern lässt sich eine ähnliche Beobachtung machen.

Abbildung 11



Wirtschaftliche Lage in Bayern im Jahr 2009

Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Differenzen*



Der Zusammenhang zwischen dem Stimmverhalten eines Wählers und der Wahrnehmung der Wirtschaftslage wurde von der empirischen Wahlforschung wiederholt untersucht. Oft zeigt sich dabei das Bild, dass Anhänger einer Regierungspartei die wirtschaftliche Situation besser beurteilten als Sympathisanten von Oppositionsparteien. Für Bayern

bestätigt sich diese Beobachtung ein gutes halbes Jahr vor der Landtagswahl weitgehend: Anhänger der CSU (62%) glauben häufiger als Anhänger der SPD (54%), dass die Wirtschaftslage in Bayern „sehr gut“ oder „gut“ sei. Dieser absolut betrachtet hohe Wert unter den Sympathisanten der SPD legt allerdings auch nahe, dass die Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage in Bayern über Parteigrenzen hinweg gegeben ist und für die Oppositionsparteien, anders als in den meisten anderen deutschen Bundesländern, im Wahlkampf wenig Angriffsfläche bietet.

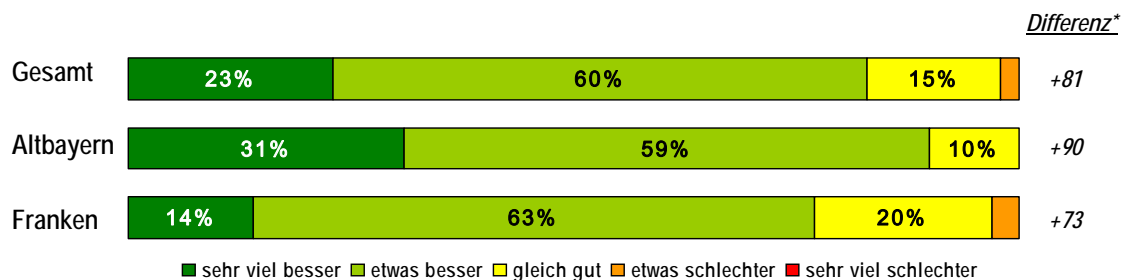
Abbildung 12



Vergleich Bayerns mit anderen Bundesländern

Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Differenzen*

Wie steht Bayern im Vergleich zu den anderen deutschen Bundesländern wirtschaftlich da?



Landtagswahlabsicht

	Gesamt	CSU	SPD	FDP	B90/Grüne
sehr viel besser	23%	31%	25%	33%	19%
etwas besser	60%	63%	56%	56%	73%
gleich gut	15%	5%	19%	11%	8%
etwas schlechter	2%	1%	0%	0%	0%
sehr viel schlechter	0%	0%	0%	0%	0%
Differenzen*	58%	62%	56%	56%	73%

*Differenz: („sehr viel besser“ + „etwas besser“) – („etwas schlechter“ + „sehr viel schlechter“)

Auffällig sind die Ergebnisse bei den Unterstützern der kleinen Parteien. Mit Abstand die besten Einschätzungen aller Parteianhänger sind im Lager der Grünen messbar: 70 Prozent finden hier, der bayerischen Wirtschaft gehe es gut. Dieses Resultat, das noch besser ausfällt als bei den CSU-Sympathisanten, bestätigt zum einen, dass auch bei der Landesopposition durchaus Zuversicht über Bayerns Wirtschaftslage besteht. Zum anderen wird die Einschätzung bekräftigt, dass sich eine gewisse individuelle ökonomische Sicherheit infolge höherer formaler Bildung und entsprechenden Berufschancen auch in der Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage niederschlägt: In der Anhängerschaft von Bündnis 90/Die Grünen finden sich überdurchschnittlich oft höher gebildete Befragte.

Dass die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage indes nicht ausschließlich vom Bildungsstand oder Einkommen eines Befragten abhängt, zeigen die Ergebnisse in der Anhängerschaft der FDP. Befragte, die sich bei der Landtagswahl im Herbst nach derzeitigem Stand für die Liberalen entscheiden wollen, zeigen sich am kritischsten. Nur 49 Prozent denken, die Wirtschaftslage in Bayern sei „sehr gut“ oder „gut“. Wie auch den Grünen gelingt es der FDP, ihre Unterstützer überdurchschnittlich unter hoch Gebildeten und Gutverdienern zu rekrutieren, und dennoch unterscheidet sich die Bewertung der gegenwärtigen Wirtschaftslage zwischen beiden Parteilagern stärker als bei anderen Parteien in Bayern. In abgeschwächter Form gelten diese Ergebnisse auch für die Frage nach der Wahrnehmung der Wirtschaftsentwicklung im vergangenen und nach der Prognose für die Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr.

Zusammenfassung: Eine große Mehrheit beurteilt die wirtschaftliche Lage in Bayern als gut. Die positiven Einschätzungen teilen insbesondere die Anhänger der regierenden CSU, aber auch Unterstützer der Oppositionsparteien. Eine Verbesserung der ökonomischen Situation im Freistaat wird vor allem in den strukturschwächeren Regierungsbezirken wahrgenommen. Zum Befragungszeitpunkt gingen die meisten Teilnehmer davon aus, dass Bayerns Wirtschaftslage absehbar gleich gut bleiben oder sich sogar noch verbessern wird. Weit verbreitet ist die Überzeugung, dass es dem Freistaat wirtschaftlich deutlich besser geht als den anderen deutschen Bundesländern.

Arbeitslosigkeit und Bildungspolitik als wichtigste politische Themen in Bayern/ Zustimmung zu einer Reihe von Vorhaben der Staatsregierung

Politische Sachthemen gehören neben Kandidatenorientierungen und langfristigen Parteibindungen zu den Größen, die eine Wahlentscheidung maßgeblich beeinflussen können. Ihr Gewicht verändert sich allerdings von Wahl zu Wahl. Unter den Landtagswahlen der letzten Zeit finden sich sowohl Beispiele für Ergebnisse, die stark von inhaltlichen Diskussionen um politische Probleme geprägt waren, als auch für Resultate, die einem besonders populären oder unpopulären Spitzenkandidaten zugeschrieben werden. In Bayern zählt dazu etwa die Landtagswahl von 2003, deren Ausgang nicht nur durch die positive Wahrnehmung der Regierungsbilanz durch die Wähler bestimmt wurde, sondern ein Stück weit auch durch die guten Bewertungen des damaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber. Damit Sachthemen eine Wirkung auf die Wahlentscheidung haben können, muss ein Wähler sie zunächst als solche wahrnehmen und ihnen ein Mindestmaß an Relevanz beimessen. Außerdem muss er in der Lage sein, zwischen den Kompetenzen der einzelnen Parteien zu unterscheiden und einer der zur Wahl stehenden Parteien mehr als den anderen zutrauen, ein bestimmtes Problem zu lösen.

Auf die offene Frage nach dem wichtigsten und zweitwichtigsten Problem in Bayern nennen die Befragten allgemeine Fragen des Arbeitsmarktes und die Arbeitslosigkeit am häufigsten (48%; Abbildung 13). Obwohl dieses Problem im Vergleich zu früheren Jahren an Bedeutung verloren hat, sind die Bürger über die Entwicklung des Arbeitsmarktes nach wie vor besorgt. Daran ändert offensichtlich auch die Tatsache nichts, dass in mehreren bayerischen Landkreisen mittlerweile wieder Vollbeschäftigung herrscht.

An zweiter Stelle steht die Bildungspolitik, die für 21 Prozent der Befragten die wichtigste politische Herausforderung im Freistaat darstellt. Größere Unzufriedenheit besteht bei diesem Problembereich vor allem mit der Umsetzung der Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre. Darüber hinaus sind viele Teilnehmer verunsichert über die Zukunft des Schulsystems und über den Bestand wohnortnaher Schulen. Insbesondere im ländlichen Raum sorgt die Schließung und Zusammenlegung von Grund- und Hauptschulen für Bedenken.

Am dritthäufigsten machen sich die Befragten über allgemeine sozialpolitische Fragestellungen Gedanken (19%). In der anhaltenden Diskussion um die Bewertung der Reformpolitik der Vergangenheit wird häufig eine soziale Schieflage bemängelt. Obwohl den umgesetzten Reformen zahlreiche positive Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung zugesprochen werden, gelten sie vielen Menschen auch als eine Ursache zunehmender sozialer Ungerechtigkeiten. So hat die Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt beispielsweise

nicht in jedem Fall dazu geführt, dass die Aufnahme einer Beschäftigung dem Betroffenen eine echte finanzielle Unabhängigkeit eröffnet hat. In diesem Zusammenhang sind die Angaben von weiteren sieben Prozent der Befragten aufschlussreich, die in den steigenden Lebenshaltungskosten und in der wahrgenommenen wachsenden Armut in Teilen der Bevölkerung ein wichtiges politisches Problem sehen. Dieser Trend dürfte sich durch den Anstieg der Preise für Lebensmittel und insbesondere für Kraftstoffe weiter verstärkt haben.

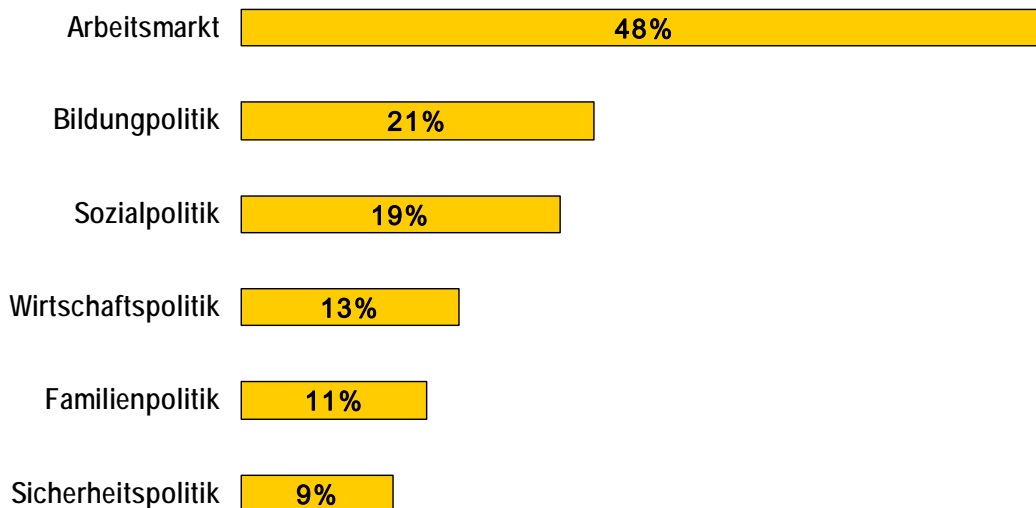
Abbildung 13



Wichtigste Probleme in Bayern

Basis: alle Befragte – Prozentangaben

Was ist Ihrer Meinung nach das wichtigste Problem, das es heute in Bayern zu lösen gilt?



Wirtschaftspolitische Fragestellungen nennen 13 Prozent der Befragten als besonders wichtige Aufgaben für die Staatsregierung. Fünf Prozentpunkte entfallen dabei auf Probleme der Infrastruktur in Bayern, die die wirtschaftliche Entwicklung behindern. Familienpolitische Fragen sehen elf Prozent der Befragten als besonders bedeutsam an. Dabei spielt die Familienförderung mit sieben Prozentpunkten eine etwas größere Rolle als die Probleme, die durch den Mangel an Kinderbetreuungsplätzen in Bayern entstehen (4%).

Fragen der inneren Sicherheit halten neun Prozent der Befragten für besonders wichtig. Vordringlich sehen die Befragten dabei die Bekämpfung der Jugendkriminalität (6%) als eine drängende politische Aufgabe an, was aber vermutlich auch dem Umstand geschuldet ist, dass das Thema zum Zeitpunkt der Befragung im hessischen Landtagswahlkampf kontrovers

diskutiert wurde. Ebenfalls neun Prozent halten Fragen für politisch besonders wichtig, die das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern in Bayern betreffen. Hierbei geht es mehr um Fragen der Integration der bereits hier lebenden Ausländer als um Fragen der Regelung einer weiteren Zuwanderung von Ausländern.

Umweltpolitische Probleme betrachten acht Prozent der Befragten als vordringlich. Ein geringer Anteil denkt hier auch an die knapper werdenden Energievorkommen. Energiepolitische Fragen spielen aber nicht nur aus umweltpolitischer Sicht eine Rolle. Die steigenden Energiekosten werden häufig für die höheren Lebenshaltungskosten verantwortlich gemacht, während die Versorgungssicherheit vor allem als wirtschaftspolitische Aufgabe verstanden wird.

Finanzpolitische Fragen erkennt nur jeder Zwanzigste als wichtige politische Aufgabe in Bayern. Dies dürfte an der soliden Lage der öffentlichen Finanzen liegen; entsprechend wird auch nur selten die weitere Konsolidierung der Haushalte spontan als Problem genannt. Vielmehr mahnen Befragte die Senkung von Steuersätzen und der Lohnnebenkosten an.

Drei weitere spezifische Themen sind erwähnenswert, auch wenn sie nur von vergleichsweise wenigen Teilnehmern angeführt wurden. Jeweils drei Prozent bezeichnen die regionalen Ungleichheiten in Bayern und die neue Regelung zum Raucherschutz in Bayern als besonders wichtige politische Probleme. Für immerhin zwei Prozent der Befragten stellte der geplante Bau des Transrapid eines der beiden wichtigen landespolitischen Probleme dar. Die Prozentsätze sind zwar absolut betrachtet gering, allerdings räumen diejenigen Befragten, die diese Probleme nannten, ihnen damit eine höhere Priorität ein als zum Beispiel dem Abbau der Arbeitslosigkeit oder der Stärkung des Bildungssystems in Bayern. Die Teilnehmer, welche die Gesetzgebung zum Raucherschutz als dringliches Problem wahrnehmen, sind dabei überwiegend Gegner der neuen Regelung, während die Nennungen zum Transrapid sowohl von seinen Befürwortern als auch Gegnern gemacht wurden.

Ein regionaler Vergleich bei der Frage nach den wichtigsten politischen Problemen zeigt kaum Unterschiede zwischen Altbayern und Franken bei Fragen der inneren Sicherheit sowie der Bildungs-, Umwelt- und Finanzpolitik. Nennenswerte Differenzen bestehen jedoch bei der Häufigkeit, mit der Probleme des Arbeitsmarktes, der Sozial- und der Familienpolitik sowie der Wirtschafts- und der Integrationspolitik genannt werden. Im Norden des Freistaats sorgen sich die Wähler häufiger um den Arbeitsmarkt und um die Sozial- und Familienpolitik, während in Altbayern Fragen der Wirtschaftspolitik und der Integration von Ausländern überdurchschnittlich häufig als wichtige politische Aufgaben genannt werden. Lokale Problemstrukturen spiegeln sich in der Unterteilung des Antwortverhaltens nach Regionen

also durchaus wieder – dies gilt für die höhere Arbeitslosigkeit im östlichen Franken ebenso wie für die Integration von Ausländern, die in der Großstadt München stärker ins Gewicht fallen dürften als in Regionen mit einem geringeren Ausländeranteil.

Probleme des Arbeitsmarktes werden, sehr wahrscheinlich aufgrund ihrer geringeren Betroffenheit und ihres im Mittel höheren sozialen Status, von den Sympathisanten der FDP (28%) und von Bündnis 90/ Die Grünen (32%) deutlich seltener genannt als von den Anhängern von CSU und SPD (45% beziehungsweise 38%). Bemerkenswert an diesen Ergebnissen ist der hohe Anteil von Nennungen bei Unterstützern der CSU. Trotz der im Bundesvergleich sehr guten Arbeitsmarktlage in Bayern werden arbeitsmarktpolitische Fragen bei den Anhängern der Regierungspartei als bedeutsam bewertet. Bei differenzierter Betrachtung wird noch klarer ersichtlich, dass insbesondere die CSU-Anhängerschaft nicht nur die Sicherung der erreichten niedrigen Arbeitslosenrate als wichtige politische Aufgabe erachtet, sondern von der Politik auch noch eine weitergehende Senkung der Quote verlangt.

Bildungspolitische Fragen zählen nicht nur zu den wichtigsten Themen in Bayern, sondern haben gegenüber früheren Erhebungen deutlich an Bedeutung gewonnen. Sie werden von der SPD-Anhängerschaft häufiger (27%) als wichtig bezeichnet als von CSU-Sympathisanten (20%). Besonders häufig wird die Notwendigkeit von Investitionen und Reformen im Bildungsbereich von den Unterstützern der Grünen angeführt (40%). Fragen der Wirtschaftspolitik (17%) und der inneren Sicherheit (12%) betrachten dagegen CSU-Anhänger öfter als wichtige politische Probleme als Sympathisanten anderer Parteien. Kriminalität spielt beispielsweise für die Anhänger von Bündnis 90/ Die Grünen so gut wie keine Rolle, und auch Fragen der Wirtschaftspolitik sind für diesen Personenkreis eher selten relevant (8%). Die Häufigkeit der Nennung dieser beiden Problembereiche liegt bei den SPD- und FDP-Anhängern zwischen den aufgezeigten Extremwerten, wobei die Einschätzungen der SPD-Anhängerschaft erwartungsgemäß näher an denen der Wähler von Bündnis 90/ Die Grünen liegen.

Sozialpolitische Aufgaben und die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit werden vor allem von SPD-Anhängern (21%) angeführt, während diese Problemfelder für CSU-Anhänger eine geringere Rolle spielen (13%). Auch die steigenden Lebenshaltungskosten kommen den Sympathisanten der SPD (12%) wesentlich häufiger als den CSU-Anhängern (5%) in den Sinn, wenn sie spontan die wichtigsten politischen Probleme in Bayern aufzeigen sollen. Bei Fragen zur Familienpolitik ist der Unterschied zwischen den beiden Lagern indes schwächer ausgeprägt.

Probleme, die einen Bezug zum Umweltschutz oder zur Integration von Ausländern haben, werden besonders häufig von den Unterstützern der Grünen als wichtig bezeichnet (31% beziehungsweise 14%). Für die CSU-Anhänger sind diese Themenbereiche wesentlich seltener bedeutsam (jeweils 6%), aber auch nur jeweils neun Prozent der SPD-Sympathisanten nehmen diese Problembereiche als besonders wichtige politische Aufgaben wahr. Berücksichtigt man auch noch die Erwartungshaltung der FDP-Anhängerschaft, wird deutlich, mit welcher unterschiedlichen thematischen Prioritäten der Parteibasen sich eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP auseinanderzusetzen hätte, wie sie der SPD-Spitzenkandidat Franz Maget anstrebt.

Neben den Themen, die ein Wähler individuell als wichtig ansieht, spielen im Umfeld einer Wahl oft bestimmte Sachfragen eine Rolle, die von Parteien oder Medien in die Diskussion eingebracht werden. Diese Studie hat daher neben der Wahrnehmung allgemeiner Probleme in Bayern die Zustimmung zu politischen Vorhaben abgefragt, die die Staatsregierung in der ablaufenden Legislaturperiode in Angriff genommen hat.

Die Profilierung Bayerns als High-Tech- und Technologiestandort gehört seit vielen Jahren zu den vorrangigen Zielen der CSU. Zu den Leuchtturmprojekten, die die Staatsregierung hier forcierte, zählte die Transrapidstrecke vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen. Die geplante 37 Kilometer lange Trasse gehörte gleichzeitig zu den umstrittensten Vorhaben von Ministerpräsident Edmund Stoiber, schien der Landeszuschuss von fast einer halben Milliarde Euro der Idee einer konsequenten Sparpolitik doch entgegenzulaufen. Bis kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt als Ministerpräsident setzte sich Stoiber dennoch für die Realisierung der Transrapidstrecke ein, die nach der Einstellung früherer Planungen eines „Metrorapids“ durch Nordrhein-Westfalen oder eine Verbindung zwischen Berlin und Hamburg als einziges deutsches Verkehrsprojekt übrig geblieben war, das die Magnetschwebetechnik genutzt hätte. In der Landeshauptstadt formierte sich rasch Widerstand gegen den Transrapid, und mit Unterstützung von SPD und Grünen sammelte eine Bürgerinitiative Unterschriften für ein Volksbegehren. Das Aus für den Münchner Transrapid kam Ende März 2008, als eine aktualisierte Kostenprognose andeutete, dass sich der Finanzbedarf für den Bau mehr als verdoppeln könnte. Ministerpräsident Günther Beckstein entschied sich kurz darauf, die Realisierung einer Transrapidstrecke in Bayern nicht weiter zu verfolgen. Der rot-grünen Landtagsopposition nahm er damit auch ein potentiell Wahlkampfthema.

Die Festlegung des Ministerpräsidenten, sich gegen den Bau des Transrapids auszusprechen, könnte durch die geringe Zustimmung in der Bevölkerung zu diesem Projekt begünstigt worden zu sein. Anfang des Jahres 2008 befürwortete es nur etwa jeder Vierte, 14 Prozent sahen ähnlich viele Vorteile wie Nachteile, aber knapp 60 Prozent waren mehr oder weniger

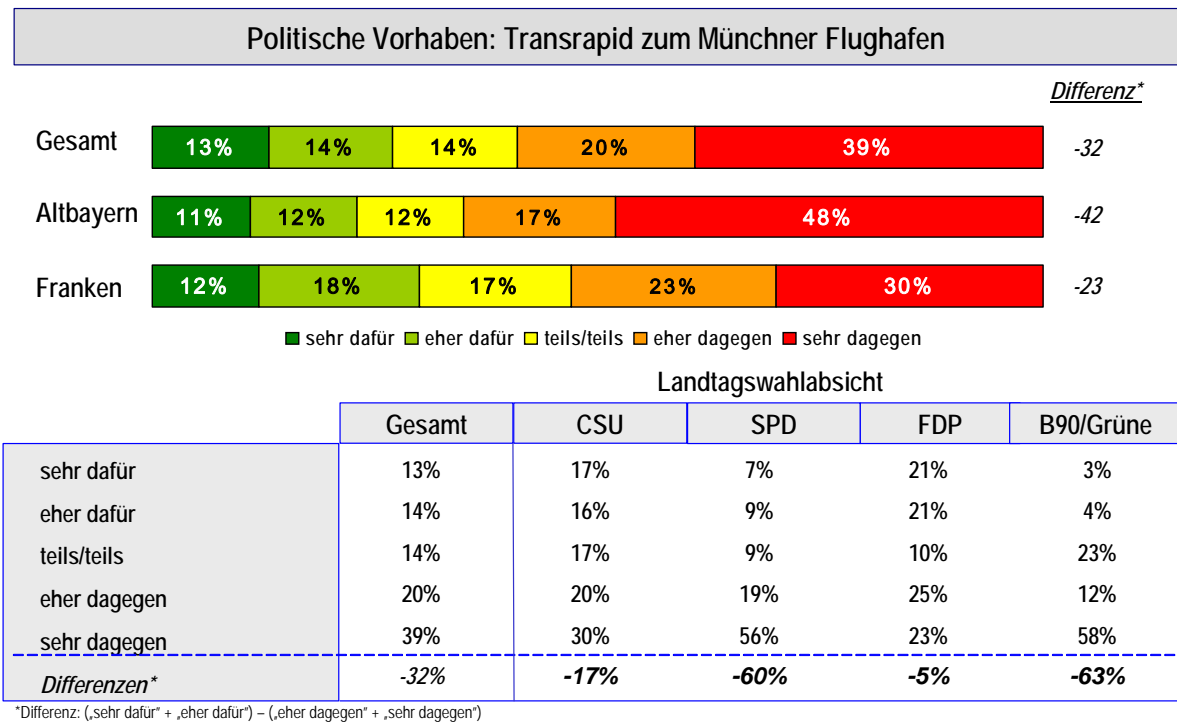
deutlich gegen die Realisierung der Transrapidstrecke in München (Abbildung 14). Die Befragten hatten mehrheitlich also eine eindeutig ablehnende Meinung zu diesem Vorhaben. Zwischen Alters- und Bildungsgruppen bestanden nur geringe Einstellungsunterschiede, allerdings waren Männer deutlich häufiger für den Bau des Transrapids als Frauen (35% gegenüber 19%).

Abbildung 14



Politische Vorhaben: Transrapid

Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Differenzen*



Die Zustimmung zum Bau der Magnetschwebbahn unterschied sich deutlich in den bayerischen Regionen. Obwohl es sich beim Transrapid um ein Projekt handelte, von dem in erster Linie München und Oberbayern profitieren sollten, war die Ablehnung dort besonders hoch. 51 Prozent sprachen sich „sehr“ und weitere 15 Prozent „eher“ gegen den Bau aus. In Franken lag die Ablehnung mit 54 Prozent ebenfalls auf einem hohen Niveau, aber unter dem Landesdurchschnitt.

Die frühere Entscheidung der CSU-Landesregierung für den Transrapid wurde auch von der Mehrheit der CSU-Anhängerschaft nicht mitgetragen. Jeder zweite CSU-Sympathisant war gegen den Bau und nur 33 Prozent befürworteten ihn. Eine knappe Mehrheit für die Realisierung des Projekts gab es nur bei den FDP-Anhängern, doch dafür war die Ablehnung unter den Unterstützern von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen (75% beziehungsweise 70%)

besonders hoch. Angesichts der weit verbreiteten Ablehnung in der Bevölkerung ist die Entscheidung der Landesregierung, die Transrapidstrecke nicht zu bauen, nicht nur aus finanzpolitischen, sondern auch aus strategischen Erwägungen heraus nachvollziehbar.

Obwohl der Stopp des Transrapids die Diskussion um die Magnetschwebetechnologie weitgehend zum Verstummen gebracht hat, wirkt das zugrunde liegende Problem nach. Die dringend benötigte Anbindung des Münchner Flughafens an die überregionalen Verkehrsnetze wird die Politik auch in der Zukunft beschäftigen, umso mehr, als für den Transrapid bewilligte Bundeszuschüsse nicht ohne Weiteres für den Bau einer Alternative zur Verfügung stehen. Zudem wird die Realisierung der Anbindung nun nach aller Voraussicht längere Zeit in Anspruch nehmen. Nichtsdestotrotz ist es der CSU durch ihre Entscheidung gegen den Bau des Transrapids gelungen, etwas aus der Schlusslinie der Gegner zu kommen. Viele Bürger dürften aber weiterhin von der Landesregierung, aber eben auch von der SPD – und hier insbesondere von den Münchner Sozialdemokraten – überzeugende Vorschläge zur Anbindung des Flughafens erwarten.

Eine der wesentlichen bundespolitischen Forderungen der CSU war in den vergangenen Jahren die Rücknahme des noch von der rot-grünen Bundesregierung gefassten Beschlusses, die deutschen Kernkraftwerke nach und nach stillzulegen. Führende Repräsentanten der Partei begründeten ihre Position damit, dass eine Unabhängigkeit von Energieimporten aus dem Ausland und die Sicherstellung einer kostengünstigen Energieversorgung eine Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum in Bayern wie der Bundesrepublik sei; zudem sei deutsche Atomtechnologie bis zum Ausstiegsbeschluss in der Welt führend gewesen.

Von den gegenwärtig noch siebzehn Standorten deutscher Atomkraftwerke liegen mit Grafenrheinfeld, Gundremmingen und Essenbach nahe Landshut drei in Bayern. Hinzu kommt der Forschungsreaktor der TU München in Garching. Zwar ist die Abschaltung der bayerischen Kernkraftwerke erst für die Zeit ab 2011 festgelegt, doch für die Forderung der CSU nach einer Laufzeitverlängerung wird vor allem die parteipolitische Zusammensetzung der Bundesregierung nach der nächsten Bundestagswahl entscheidend sein. Auch bei diesem politischen Vorhaben stieß die Landesregierung auf erheblichen Widerstand der Landtagsopposition, verlaufen bei der Frage nach der Nutzung der Kernkraft doch die Fronten entlang der klassischen politischen Lagergrenzen zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün.

Im Gegensatz zur Frage nach dem Bau des Transrapids gibt es bei der Frage nach einer Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke keine klaren Mehrheiten. Die in den vergangenen Jahrzehnten immer auch emotional geführte Diskussion um die friedliche Nutzung der Kernenergie in Deutschland spiegelt sich in den polarisierten Ansichten der

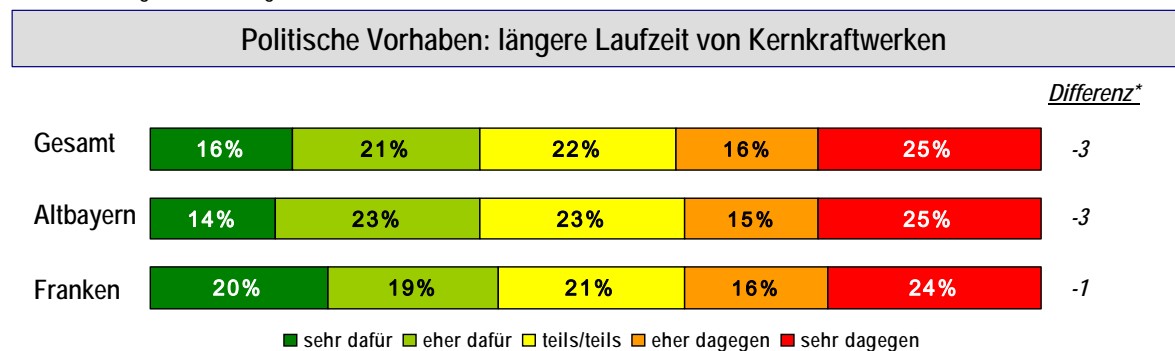
Befragten. Jeweils knapp 40 Prozent sind für beziehungsweise gegen die Verlängerung der Laufzeiten (Abbildung 15). Etwa jeder Fünfte ist bei dieser Frage unentschieden. Betrachtet man die Lager der Gegner und Befürworter einer Laufzeitverlängerung detaillierter, zeigt sich aber, dass unter den Gegnern eine starke Ablehnung etwas häufiger anzutreffen ist (25%) als unter den Befürwortern eine starke Zustimmung (16%). Damit ist in Bayern insgesamt also doch eine Tendenz gegen eine Laufzeitverlängerung festzustellen.

Abbildung 15



Politische Vorhaben: Laufzeit von Kernkraftwerken

Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Differenzen*



	Landtagswahlabsicht				
	Gesamt	CSU	SPD	FDP	B90/Grüne
sehr dafür	16%	26%	6%	34%	0%
eher dafür	21%	32%	8%	21%	8%
teils/teils	22%	24%	26%	6%	8%
eher dagegen	16%	12%	20%	11%	18%
sehr dagegen	25%	6%	40%	28%	66%
<i>Differenzen*</i>	-3%	+39%	-46%	+15%	-76%

*Differenz: („sehr dafür“ + „eher dafür“) – („eher dagegen“ + „sehr dagegen“)

Die Einstellungen zu einer verlängerten Betriebsdauer der Kernkraftwerke differieren stark entlang soziodemographischer Gruppen. Eine absolute Mehrheit der Männer (51%), aber nur ein Viertel der Frauen (27%) befürwortet eine Laufzeitverlängerung. Knapp die Hälfte der über 60-Jährigen ist für dieses politische Vorhaben, während bei den jüngeren Altersgruppen nur etwa jeder Dritte diese Bewertung teilt. Die Zustimmung für eine Laufzeitverlängerung nimmt mit höherer formaler Bildung stetig ab und beträgt bei der Gruppe der hoch Gebildeten nur noch 35 Prozent. Den verbleibenden Befürwortern stehen in dieser Teilgruppe der Wählerschaft 48 Prozent Gegner gegenüber, von denen 30 Prozent sogar „sehr gegen“ eine Laufzeitverlängerung sind.

Ähnlich wie bei der Frage nach dem Bau des Transrapid unterscheiden sich die einzelnen Parteilager sehr stark in Bezug auf ihre Zustimmung zur Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke. Am häufigsten wird dieses Vorhaben von den Anhängern der CSU (58%) und der FDP (55%) befürwortet. Beachtet man gleichzeitig den Anteil der Gegner dieses Vorhabens, der unter den CSU-Anhängern nur 18 Prozent beträgt, herrscht im Lager der Christsozialen im Mittel die größte Zustimmung zu diesem politischen Vorhaben vor. Demgegenüber wünschen sich nur 16 Prozent der SPD-Sympathisanten und acht Prozent der Anhänger von Bündnis 90/ Die Grünen eine Laufzeitverlängerung, während sich 60 beziehungsweise 84 Prozent eindeutig gegen eine solche Änderung des Ausstiegbeschlusses aussprechen. Eine parteipolitische Polarisierung entlang der konventionellen Lagergrenzen ist bei dieser Sachfrage also nach wie vor gegeben.

Obwohl Fragen des Ausstiegs aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie und der Laufzeitverlängerung nicht in München entschieden werden, hat dieses Thema durchaus das Potential, heftige landespolitische Diskussionen auszulösen. Zum einen befürwortet die Landesregierung die Verlängerung der Laufzeiten nicht nur, weil sie positive wirtschafts- und klimapolitische Folgen erwartet, sondern auch weil sie der Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernenergie durchaus positiv gegenübersteht.

Bayerns anhaltender wirtschaftlicher Erfolg äußerte sich in den letzten Jahren zunehmend in einem Problem, für das die Politik erst zögerlich, dann aber immer intensiver Lösungsansätze diskutierte. In mehreren Wirtschaftszweigen herrscht mittlerweile akuter Fachkräftemangel. Betroffen sind sowohl Stellen mit eher einfachen Tätigkeiten, die zum Beispiel im Gesundheits-, Pflege- und Gastronomiebereich nicht mehr besetzt werden können, als auch Arbeitsplätze im Maschinen- und Anlagenbau, für die Unternehmen nicht genug hoch qualifizierte Bewerber finden. Die Staatsregierung setzt hier zunächst auf eine bessere Ausbildungsförderung und Qualifizierung deutscher Arbeitnehmer. Ministerpräsident Günther Beckstein kündigte kurz nach seinem Amtsantritt allerdings auch an, gezielt ausländische Fachkräfte nach Bayern anwerben zu wollen. Für die Linie der CSU bedeutete dies eine gewisse Neuerung, da sich ihr Vorsitzender Erwin Huber in früheren Interviews einem solchen Vorgehen gegenüber vergleichsweise skeptisch gezeigt hatte. Versuche, hoch qualifizierte Arbeitnehmer aus dem Ausland nach Deutschland zu holen, waren in der Vergangenheit indes nur begrenzt erfolgreich: Auf die „Green Card“-Initiative der Bundesregierung gab es zwischen den Jahren 2000 und 2004 nur eine mäßige Resonanz, und viele der damals zugezogenen Fachkräfte sind mittlerweile wieder in ihre Heimatländer zurückgekehrt. Allerdings nahm auch ein Viertel der knapp 18.000 Arbeitnehmer, die im Rahmen des Programms nach Deutschland kamen, einen Arbeitsplatz in Bayern an.

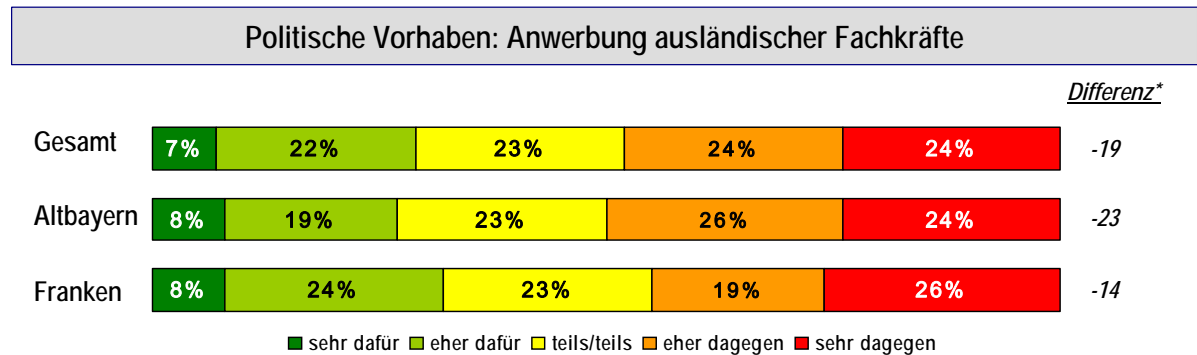
Bedingt durch den Fachkräftemangel in Bayern sehen sich führende Unternehmen bereits im „war for talents“ – eine Entwicklung, die durch den demographischen Wandel in Zukunft noch verstärkt werden dürfte. Ungeachtet dieser Aussichten lehnt derzeit noch fast die Hälfte der Befragten die Anwerbung von ausländischen Fachkräften ab (Abbildung 16). Nur knapp 30 Prozent sprechen sich für eine gezielte Anwerbung aus, allerdings sind diejenigen Befragten, die einen solchen Schritt sehr stark befürworten würden, mit acht Prozent eindeutig in der Minderheit.

Abbildung 16



Politische Vorhaben: Anwerbung ausländischer Fachkräfte

Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Differenzen*



	Landtagswahlabsicht				
	Gesamt	CSU	SPD	FDP	B90/Grüne
sehr dafür	7%	9%	7%	17%	15%
eher dafür	22%	21%	20%	36%	24%
teils/teils	23%	22%	25%	21%	45%
eher dagegen	24%	31%	21%	6%	9%
sehr dagegen	24%	17%	27%	20%	7%
<i>Differenzen*</i>	-19%	-18%	-21%	28%	23%

*Differenz: („sehr dafür“ + „eher dafür“) – („eher dagegen“ + „sehr dagegen“)

Obwohl Männer aufgrund ihrer stärkeren beruflichen Eingebundenheit vermeintlich eher in Konkurrenz zu ausländischen Arbeitskräften stehen würden als Frauen, sind sie gegenüber der Anwerbung von Fachkräften offener (32% zu 26%). Ein Verweis auf die berufliche Konkurrenzsituation kann aber zumindest die Unterschiede zwischen den Altersgruppen teilweise erklären. Bei Befragten mittleren Alters, die überwiegend berufstätig sind, findet sich der größte Anteil von Gegnern (58%) und der geringste Anteil von Befürwortern (22%). Befragte unter 40 Jahren begrüßen die Anwerbung ausländischer Fachkräfte deutlich häufiger (29%), und noch höher ist die Zustimmung bei den über 60-Jährigen (37%).

Mit steigender formaler Bildung wächst die Akzeptanz für eine Anwerbung ausländischer Fachkräfte.

Deutliche regionale Unterschiede zwischen dem Antwortverhalten in Altbayern und Franken sind bei dieser Frage nicht erkennbar. Ebenfalls nur geringe Unterschiede sind zwischen den Anhängern von CSU und SPD (Zustimmung 30% beziehungsweise 27%) zu beobachten. Die Anwerbung von ausländischen Fachkräften eignet sich somit weniger für einen Wahlkampf zwischen den beiden großen Parteien. Dagegen ist die Zustimmung zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte bei den Sympathisanten von Bündnis 90/ Die Grünen (39%) und vor allem bei den FDP-Anhängern (43%) deutlich größer.

Die Ähnlichkeit der Einstellungen, die die Unterstützer beider großer Parteien bei dieser Frage an den Tag legen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Zuzug ausländischer Fachkräfte in Zukunft zunehmend Bedeutung erlangen dürfte. Bereits heute werden zahlreiche Fachkräfte aus anderen Bundesländern nach Bayern abgeworben, und die weitere Öffnung des europäischen Arbeitsmarktes wird den Zuzug von Arbeitskräften in den Freistaat fördern.

Zu den politischen Prioritäten der Landesregierung zählte in der zu Ende gehenden Legislaturperiode auch das Ziel eines ausgeglichenen Landeshaushaltes. Edmund Stoiber hatte es in seiner ersten Regierungserklärung nach der Landtagswahl 2003 an zentraler Stelle aufgenommen und mehrere Reformen angekündigt, die seiner Realisierung dienen sollten. Im Zuge der Sparpolitik, die die Landesregierung anschließend verfolgte, kam es unter anderem zu einer umfangreichen Neustrukturierung der bayerischen Staatsverwaltung, etwa mit der umstrittenen Abschaffung des Bayerischen Obersten Landesgerichtes, der Einführung eines Büchergeldes für die Eltern von Schulkindern und Einschnitten im Sozialbereich, beispielsweise im Krankenhausbau oder bei der Zahlung des Blindengeldes. Die Maßnahmen hatten insoweit Erfolg, als Bayern für das Jahr 2006 als erstes deutsches Bundesland wieder einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorlegen und seitdem auf die Aufnahme neuer Schulden verzichten konnte. Die Pro-Kopf-Verschuldung in Bayern lag 2007 mit gut 1.800 Euro deutlich unter dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer, der fast 5.000 Euro betrug. Die Landtagsopposition stellte diesen grundsätzlichen Erfolg der bayerischen Haushaltspolitik zwar nicht in Frage, kritisierte jedoch neben einer angeblich überstürzten Umsetzung der Reformen ohne hinreichende Anhörung der Betroffenen, dass der ausgeglichene Haushalt weniger das Ergebnis wirklicher Sparanstrengungen sei als das Resultat des Verkaufs zahlreicher Landesbeteiligungen an Unternehmen und sonstiger Vermögenswerte des Freistaats.

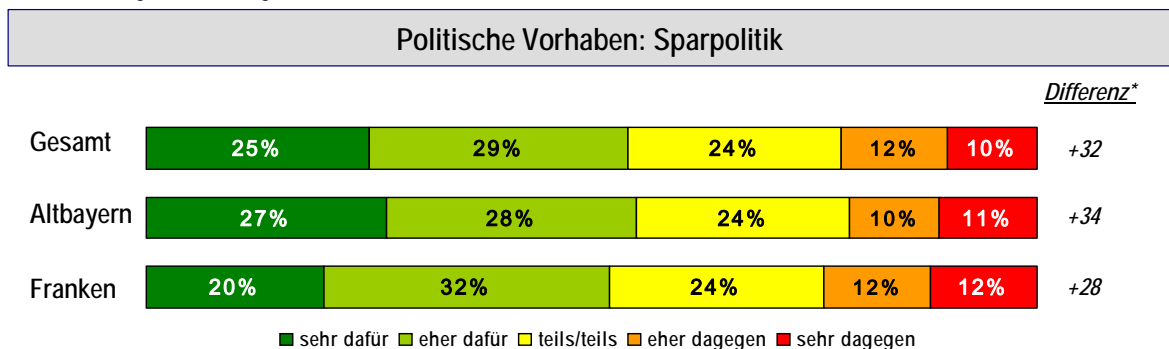
Die Mehrheit der Befragten ist mit der Sparpolitik der Landesregierung einverstanden. 54 Prozent sprechen sich für ihre Fortsetzung aus, wobei jeder Vierte sogar „sehr dafür“ ist (Abbildung 17). Die Unentschiedenen und Gegner einer Fortsetzung der Sparpolitik stellen mit jeweils knapp über 20 Prozent somit nur eine Minderheit dar. Hinter diesem eindeutigen Ergebnis stehen dabei ebenso klare Unterschiede in den nach soziodemographischen Merkmalen differenzierten Gruppen. Männer sind von der Sparpolitik wesentlich häufiger überzeugt als Frauen (64% gegenüber 46% Zustimmung). Eine besonders hohe Akzeptanz besteht bei den über 60-Jährigen (63%), während Jüngere die Fortsetzung der Sparpolitik weniger unterstützen – obwohl ein ausgeglichener Haushalt in erster Linie nachfolgenden Generationen zugute käme. Die Zustimmung zum weiteren Sparen nimmt schließlich mit höheren formalen Bildungsabschlüssen stetig zu.

Abbildung 17



Politische Vorhaben: Sparpolitik

Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Differenzen*



	Landtagswahlabsicht				
	Gesamt	CSU	SPD	FDP	B90/Grüne
sehr dafür	25%	30%	18%	51%	18%
eher dafür	29%	38%	26%	13%	27%
teils/teils	24%	20%	21%	14%	35%
eher dagegen	12%	6%	21%	6%	8%
sehr dagegen	10%	6%	14%	16%	12%
<i>Differenzen*</i>	+32%	+55%	+9%	+42%	+24%

*Differenz: („sehr dafür“ + „eher dafür“) – („eher dagegen“ + „sehr dagegen“)

Nennenswerte regionale Unterschiede lassen sich bei der Zustimmung zur bayerischen Sparpolitik nicht festmachen. Dafür sind die Unterschiede zwischen den Anhängern der Parteien zum Teil beträchtlich. Die meisten CSU-Sympathisanten sind von der Sparpolitik der Regierungspartei überzeugt (68%) und nur etwa jeder Zehnte spricht sich gegen deren Fortsetzung aus. Etwas weniger Zustimmung ist bei den FDP-Anhängern zu beobachten, bei denen aber immer noch 64 Prozent für weiters Sparen sind. Anders ist die Situation bei den

Sympathisanten der SPD und von Bündnis 90/ Die Grünen. Zwar sind auch bei diesen Gruppen noch 44 beziehungsweise 45 Prozent für eine Fortsetzung der Sparpolitik, doch gleichzeitig sprechen sich bei den SPD-Anhängern 35 Prozent dezidiert gegen diesen Politikansatz aus. Die Ablehnung bei den Sympathisanten von Bündnis 90/ Die Grünen ist zwar deutlich schwächer ausgeprägt (20%) als bei den SPD-Anhängern. Dafür machen bei den Grünen diejenigen, bei denen sich die Argumente für wie gegen die Fortsetzung der Sparpolitik die Waage halten, eine vergleichsweise große Gruppe aus (35%).

Selbst wenn die Sparpolitik der letzten Jahre mit Kritik begleitet wurde, lässt sich doch eine breite Zustimmung auch über Parteigrenzen hinweg feststellen. Hierfür ist vermutlich bedeutsam, dass mit dem ausgeglichenen Landeshaushalt und der vergleichsweise niedrigen Pro-Kopf-Verschuldung im Freistaat sichtbare Erfolge erzielt werden konnten. Mit ihnen kann die CSU im Wahlkampf durchaus punkten, und umgekehrt würde eine Strategie wenig ergiebig erscheinen, den Wählern eine Abkehr vom Sparkurs der letzten Jahre zu versprechen.

Der Bildungsbereich gehörte zu den Politikfeldern, auf denen die CSU in den zurückliegenden fünf Jahren mit die meisten Reformen umsetzte, auf denen in den Augen der Kritiker der Staatsregierung aber auch am meisten zu tun bleibt. Auch hier änderten die Christsozialen teilweise ihre politische Linie, beispielsweise mit der Entscheidung zugunsten einer achtjährigen Gymnasialzeit oder der Akzeptanz von Ganztagschulen. Deren Ermöglichung hatte das Kabinett bereits 2001 beschlossen, allerdings wird ihre Einrichtung erst etwa seit dem Jahr 2004 vorangetrieben. Zuletzt bekräftigte die Staatsregierung im Juni 2008 ihre Absicht, bis zum Schuljahr 2012/2013 in ganz Bayern flächendeckend und bedarfsorientiert Ganztagschulen anzubieten. Die Gründe für den Kurswechsel sind vielfältig: Erstens wurde die Betreuung von Kindern, bei denen beide Elternteile berufstätig sind, zuletzt stärker thematisiert als in der Vergangenheit. Zweitens wurde das achtjährige Gymnasium für viele Schüler spätestens ab der Mittelstufe de facto ohnehin zur Ganztagschule – allerdings zunächst noch ohne adäquate Betreuung und Versorgung etwa mit einem Mittagessen. Drittens unterstützt nun auch der Bund auf Betreiben der Großen Koalition die Einrichtung von Ganztagschulen finanziell.

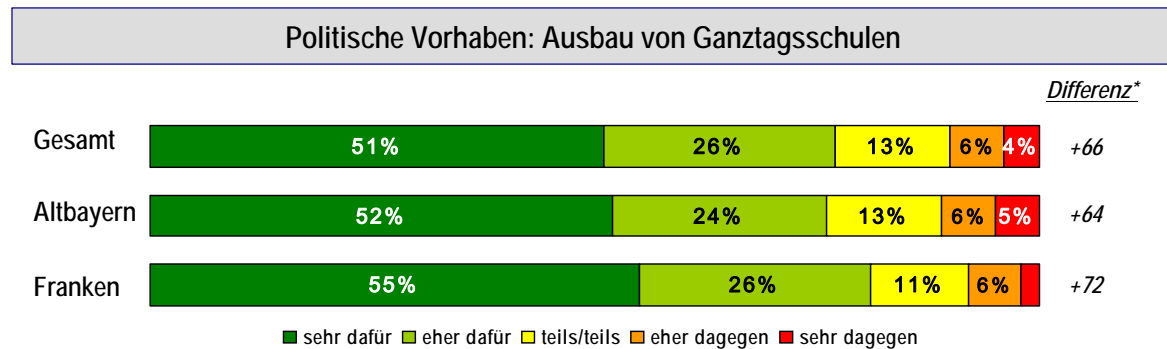
Mit dem Vorhaben, den Ausbau von Ganztagschulen voranzutreiben, kommt die Staatsregierung einem Wunsch der Bevölkerung entgegen. Über drei Viertel der Befragten sind für diese Veränderungen in der Schullandschaft Bayerns und nur etwa jeder Zehnte spricht sich dagegen aus (Abbildung 18). Die meisten Befragten haben zu diesem Vorhaben eine klare Meinung. Lediglich 13 Prozent zeigen sich unentschieden, was bemerkenswert ist, nachdem große Bevölkerungsteile auf Ganztagschulen nicht direkt angewiesen sind. Das Geschlecht und das Alter der Befragten spielen bei dieser Frage kaum eine Rolle.

Mit steigender formaler Bildung nimmt allerdings auch die Zustimmung zum Ausbau von Ganztagschulen bis zu einem Anteil von 84 Prozent bei hoch Gebildeten zu.

Abbildung 18

SRU **BACES** **Politische Vorhaben: Ausbau von Ganztagschulen**
SURVEY RESEARCH UNIT BAMBERG CENTER FOR EMPIRICAL STUDIES

Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Differenzen*



Landtagswahlabsicht

	Gesamt	CSU	SPD	FDP	B90/Grüne
sehr dafür	51%	44%	59%	50%	54%
eher dafür	26%	30%	18%	21%	25%
teils/teils	13%	13%	9%	21%	15%
eher dagegen	6%	9%	7%	4%	1%
sehr dagegen	4%	4%	7%	4%	5%
<i>Differenzen*</i>	<i>+66%</i>	<i>+61%</i>	<i>+63%</i>	<i>+63%</i>	<i>+73%</i>

*Differenz: („sehr dafür“ + „eher dafür“) – („eher dagegen“ + „sehr dagegen“)

Die regionalen Unterschiede in der Bewertung des Ausbaus von Ganztagschulen sind gering. In Franken gibt es geringfügig mehr Befürworter als in Altbayern. Auch die Differenzen zwischen den Parteianhängern sind nicht stark ausgeprägt. Der Anteil der Befürworter unter den CSU- und SPD-Anhängern ist mit 74 beziehungsweise 76 Prozent fast identisch, was insofern überrascht, als sich die CSU erst in den letzten Jahren und eher langsam für die Idee einer ganztätigen Betreuung von Kindern in Schulen geöffnet hat. Ebenfalls vergleichbar stark befürworteten Sympathisanten von FDP und Bündnis 90/ Die Grünen das Vorhaben, wobei die Zustimmung hier noch etwas größer ist als bei den CSU- und SPD-Unterstützern.

Über das Ziel, in Bayern den Ausbau von Ganztagschulen zu fördern, sind sich die meisten Befragten also einig. Dieser Ausbau wird von der Mehrheit der Befragten vermutlich schon wegen der Veränderungen der Arbeitswelt und der familiären Strukturen als überfällig betrachtet, um Kindern und Jugendlichen eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Politische

Kontroversen kann es hier folglich am ehesten bei der Frage geben, auf welche Art und in welcher Geschwindigkeit das Vorhaben realisiert werden soll.

Ähnlich der Frage nach einer Verlängerung der Betriebszeit der Kernkraftwerke begann die Diskussion um das Rauchverbot in Bayern mit einer bundespolitischen Entscheidung. Bayern zählte zu den Bundesländern, die die Vorgabe eines Rauchverbots in Gaststätten durch den Bund am strengsten ausgestalteten. So gilt das Rauchverbot im Freistaat auch in Lokalen mit Nebenräumen, die potentiell zu Raucherräumen erklärt werden könnten, sowie in allen öffentlichen Einrichtungen und Festzelten. Zwar wurde das Gesetz mit Zustimmung der Landtagsopposition verabschiedet, doch es bildete sich rasch ein breites Bündnis von politischen Parteien, Gastronomieverbänden und Raucheraktivisten, die gegen die Regelung angingen. Der bayerische Hotel- und Gaststättenverband berichtete von beträchtlichen Umsatzeinbußen in Restaurants und Kneipen, und die bayerische FDP hat die Forderung nach der Abschaffung des Rauchverbotes zu einem Eckstein ihres Wahlprogramms erklärt. Einige politische Beobachter werteten die strikte Regelung auch als einen der Gründe für das durchwachsene Abschneiden der CSU bei den Kommunalwahlen im März. Und auch wenn die bayerische Fassung des Rauchverbots in Gaststätten dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juli zufolge mit dem Grundgesetz vereinbar ist, ist wahrscheinlich, dass das Thema die Landespolitik auf absehbare Zeit immer wieder beschäftigen wird. Dies gilt erst recht, da Raucher und Gaststättenbetreiber zunehmend die juristischen Lücken in der Regelung nutzen, zum Beispiel durch die häufige Ausweisung von mitgliedspflichtigen „Raucherclubs“.

Es gibt kaum ein politisches Thema, bei dem hohe Prozentsätze der Befragten so dezidiert ihre Ansichten vertreten wie beim Beschluss der Staatsregierung zum Rauchverbot in Gaststätten. 70 Prozent der Teilnehmer sind entweder „sehr“ dafür oder „sehr“ dagegen (Abbildung 19). Über die Hälfte begrüßt das Rauchverbot „sehr“ (44%) oder zumindest „eher“ (10%). Nur ein Drittel spricht sich dagegen aus, darunter aber 23 Prozent der Befragten, die „sehr dagegen“ sind. Frauen (58%) äußern sich häufiger zugunsten des Rauchverbots als Männer (52%), was an der immer noch geringeren Zahl von Raucherinnen liegen könnte. Die eigene Betroffenheit durch das Rauchverbot könnte auch dafür verantwortlich sein, dass die Befragten mittleren Alters die bayerische Lösung zum Rauchverbot seltener begrüßen als die jüngeren und älteren Teilnehmer.

Unter den soziodemographischen Variablen weist die formale Bildung der Befragten erneut den stärksten Einfluss auf: Je höher sie ist, umso größer ist die Zustimmung zum Rauchverbot. Eine stärkere Informiertheit über die Risiken des Passivrauchens bei Personen mit höherer Bildung dürfte hier unter anderem eine Rolle spielen. Bei den Befragten mit niedrigen Bildungsabschlüssen, die nach wie vor die Mehrheit der Bevölkerung, aber auch

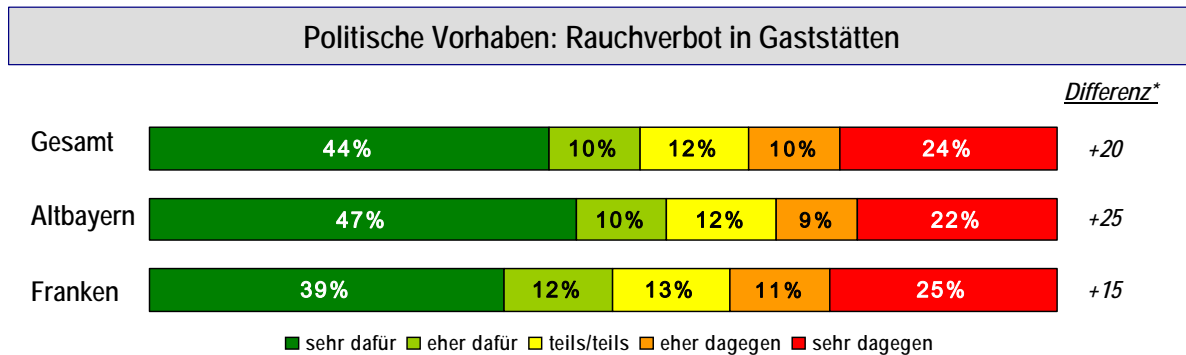
der Anhänger der CSU stellen, ist die Zustimmung zum Rauchverbot insgesamt weniger stark. Zwar ist auch in dieser Gruppe jeder Zweite für die Neuregelung, doch sind fast 40 Prozent dagegen. Bedenkt man die starke Emotionalisierung des Themas, die durch die unmittelbare Betroffenheit sowohl der Raucher als auch der Nichtraucher erklärbar wird, stellt dieses Vorhaben vor allem die großen Parteien vor eine nicht leicht lösbare Aufgabe. Zum einen müssen sie Schritte im Sinne der Gesundheitsvorsorge treffen, auf der anderen Seite laufen sie Gefahr, größere Teile ihres Wählerpotentials zu entfremden.

Abbildung 19



Politische Vorhaben: Rauchverbot in Gaststätten

Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Differenzen*



Landtagswahlabsicht

	Gesamt	CSU	SPD	FDP	B90/Grüne
sehr dafür	44%	48%	55%	40%	52%
eher dafür	10%	12%	8%	6%	11%
teils/teils	12%	11%	8%	8%	12%
eher dagegen	10%	11%	7%	19%	4%
sehr dagegen	24%	18%	23%	27%	21%
Differenzen*	+20%	+31%	+33%	0%	+37%

*Differenz: („sehr dafür“ + „eher dafür“) – („eher dagegen“ + „sehr dagegen“)

Die Anhänger von CSU und SPD sind mit deutlicher Mehrheit (60% beziehungsweise 63%) für das beschlossene Rauchverbot. Die prozentualen Anteile der Gegner sind mit 29 beziehungsweise 30 Prozent ebenfalls vergleichbar groß. Allerdings sind die besonders entschiedenen Gegner bei den Sozialdemokraten mit 23 Prozent häufiger vertreten als unter den Sympathisanten der CSU (18%). Die Zustimmung zum Rauchverbot ist bei den Unterstützern von Bündnis 90/ Die Grünen mit 63 Prozent ebenfalls groß. Die FDP-Anhängerschaft zeichnet sich unterdessen als einzige Partei durch einen hohen Anteil von Gegnern des Rauchverbots aus (46%). Die große Ablehnung bei den Liberalen dürfte dabei aber weniger aus gesundheitspolitischen Überlegungen resultieren als aus der Überzeugung,

dass staatliche Regelungen möglichst begrenzt sein sollten – und die bayerische Gesetzgebung zum Rauchverbot in Gaststätten ist eine besonders strikter Eingriff des Staates.

Das Rauchverbot in Gaststätten wird seit seiner Einführung kontrovers und emotional diskutiert. Nachdem in vielen Orten Raucherclubs ausgewiesen wurden und auch sonst der Protest gegen das neue Gesetz anwuchs, lag die Vermutung nahe, dass das relativ schlechte Abschneiden der CSU bei den Kommunalwahlen auch durch Anhänger der Christsozialen mit bedingt worden war, die mit dem Rauchverbot nicht einverstanden waren. Eine derartige Interpretation ist mit den vorliegenden Daten nicht ganz von der Hand zu weisen, auch wenn sie unter den Sympathisanten der CSU zunächst einmal eine mehrheitliche Zustimmung zum Rauchverbot anzeigen. Besonders groß ist aber wiederum die Ablehnung in jenen Gruppen der Wählerschaft, in denen die CSU traditionell ein überdurchschnittliches Potential hat, beispielsweise bei Menschen mit formal niedrigerer Bildung. Dort zusätzliche Wähler zu mobilisieren, wird ihr zumindest bei solchen Befragten derzeit erschwert gelingen, die die Haltung der Parteien zum Rauchverbot in Gaststätten bei ihrer Wahlentscheidung berücksichtigen.

Zusammenfassung: Die weitere Senkung der Arbeitslosigkeit bleibt für die meisten Menschen in Bayern trotz der erzielten Erfolge der letzten Jahre das dringlichste politische Problem. Das zweitwichtigste Politikfeld ist die Bildungspolitik, die in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich an Bedeutung zugelegt hat und bei der eine wachsende Unzufriedenheit mit den Leistungen der Staatsregierung besteht. Andere, wenngleich weniger wichtige politische Themen, sind für die Befragten Soziales, Wirtschaft und innere Sicherheit. Unterschiede zwischen den einzelnen Parteilagern sind bei den politischen Prioritäten feststellbar.

Die Staatsregierung erfährt bei einer Reihe von politischen Vorhaben der ablaufenden Legislaturperiode insgesamt Zustimmung von der Bevölkerung. Hierzu zählen der Ausbau des Angebots an Ganztagschulen im Freistaat, die Fortsetzung der eingeschlagenen Sparpolitik und auch das kontrovers diskutierte Rauchverbot. Keine klaren Mehrheiten gibt es in Bayern für oder gegen die Verlängerung der Betriebsdauer der Kernkraftwerke, wobei sich hier die klare Lagerbildung zwischen den Anhänger der bürgerlichen und der Mitte-Links-Parteien bestätigt. Weiterhin auf Ablehnung stößt der Vorschlag, ausländische Fachkräfte anzuwerben. Mit der Entscheidung, den Transrapid zum Münchner Flughafen nicht zu bauen, hat die CSU außerdem ein Thema aus dem Wahlkampf genommen, bei dem sie vermutlich in die Defensive geraten wäre. Zustimmung fand der Einsatz der Magnetschwebebahn, den die CSU als technologisches Leuchtturmprojekt verstanden wissen wollte, nicht einmal bei einer Mehrheit in ihren eigenen Reihen.

Bewertung der Spitzenkandidaten: Vorsprung für Beckstein

Die Wahrnehmung von Kandidaten gehört neben den Sachthemen zu den kurzfristigen Einflussfaktoren, die bedeutend für die Entscheidung eines Wählers sind. An die Persönlichkeit eines Politikers werden vom Wähler dabei unterschiedliche Anforderungen gestellt. Um im Wahlkampf erfolgreich zu sein, müssen die Bewerber zunächst Sympathie ausstrahlen. Viele Politiker beschäftigen deshalb Imageberater, die ihnen helfen, in der Öffentlichkeit in einem günstigen Licht zu erscheinen. Sympathie allein genügt jedoch nicht, um im komplexen Umfeld einer Wahl die Gunst der Wähler zu erhalten. Politiker müssen neben einem positiv bewerteten Auftreten vor allem den Eindruck vermitteln, dass sie Probleme kompetent lösen können und dabei tatkräftig zu Werke gehen. Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit in der politischen Arbeit und im Umgang mit politischen Freunden und Gegnern erhöhen zumindest auf lange Sicht die Wahlchancen ebenfalls. Insbesondere in Bayern mit seiner bodenständigen und zu einem beachtlichen Teil ländlichen Prägung scheint es für einen Politiker darüber hinaus wichtig zu sein, Bürgernähe auszustrahlen und den Eindruck zu vermitteln, dass er gut zu Bayern passt. Politiker aller Parteien bemühen sich deshalb um Volksnähe, was sie häufig auch durch Kleidung und Tonfall unterstreichen. Für einen dauerhaften politischen Erfolg ist schließlich auch der Rückhalt in der eigenen Partei ein wichtiger Faktor. Jeder Politiker benötigt für den Wahlkampf neben den personellen und finanziellen Ressourcen auch die moralische Unterstützung durch die Parteifreunde.

Das Image des Führungspersonals strahlt häufig auch auf die Bewertung der politischen Parteien ab. Für Wahlerfolge ist es von großer und in zunehmend von Medien dominierten Wahlkämpfen vermutlich auch zunehmender Bedeutung. Oft wird in diesem Zusammenhang von der Personalisierung von Politik und Wahlkämpfen gesprochen, worunter die gestiegene Bedeutung des politischen Personals für die Wahlentscheidung der Bürger im Gegensatz zu langfristigen Parteiorientierungen und Einstellungen zu bestimmten Sachthemen verstanden wird.

Bei der bayerischen Landtagswahl im September 2008 steht bei der CSU nach dem Rücktritt Edmund Stoibers als Ministerpräsident vor allem die neue Führungsspitze im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Zum einen befinden sich mit dem Posten des Parteivorsitzenden und dem des Ministerpräsidenten die beiden wichtigsten Ämter, die die CSU zu vergeben hat, erstmals seit zehn Jahren nicht mehr in der Hand einer Person. Zum anderen weist die Doppelspitze, bestehend aus einem protestantischen Franken und einem katholischen Niederbayern, landsmannschaftliche Unterschiede auf. Vor Edmund Stoibers Rücktritt bekleideten Günther Beckstein und Erwin Huber zudem unterschiedliche Positionen im Kabinett: Während sich Günther Beckstein in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem als

Vertreter einer konsequenten und konservativen Innenpolitik profilierte, wurde Erwin Huber stärker in die Nähe Edmund Stoibers und der Durchsetzung von dessen teils umstrittenen Reformen gerückt.

Die SPD wird zum zweiten Mal von Franz Maget in den Landtagswahlkampf geführt, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Landtag. Unter seiner Führung erzielten die bayerischen Sozialdemokraten bei der Landtagswahl im Jahr 2003 ihr schlechtestes Nachkriegsergebnis, was nicht wenige Kommentatoren auch mit Umfrageergebnissen begründeten, denenzufolge Franz Magets Persönlichkeitswerte in fast allen Belangen deutlich schlechter ausfielen als die seines damaligen Konkurrenten Edmund Stoiber. Auch in den zurückliegenden fünf Jahren gelang es Franz Maget in der Einschätzung von Beobachtern nur bedingt, sich einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen und eine glaubhafte Alternative zur CSU-geführten Staatsregierung aufzuzeigen. Trotz alledem scheinen sich für die bayerische SPD und ihren Spitzenkandidaten im Jahr 2008 mehr Chancen zu bieten als noch 2003, da sich die CSU nun nicht mehr gänzlich gegen die Bundesregierung in Berlin positionieren kann, was ihr bei der letzten Landtagswahl auf einem Höhepunkt der Unzufriedenheit mit der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder noch in die Hände gespielt hatte. Da das öffentliche Bild der CSU nach dem Führungswechsel und unter dem Einfluss eines durchwachsenen Ergebnisses bei der Kommunalwahl zudem Kratzer bekommen hatte, gab Franz Maget die Bildung einer Vierer-Koalition aus SPD, Grünen, FDP und Freien Wählern mit ihm als Ministerpräsidenten als Wahlziel aus.

Das Image der drei Hauptprotagonisten der Landtagswahl unterscheidet sich deutlich voneinander. Die besten Einschätzungen erhält Günther Beckstein, gefolgt von Erwin Huber und Franz Maget. Die vergleichsweise positiven Bewertungen für Günther Beckstein könnten mit dem Amtsbonus des bayerischen Ministerpräsidenten zusammenhängen. Ebenfalls nicht zu vernachlässigen ist jedoch die Tatsache, dass die CSU-Anhänger trotz der gesunkenen Zustimmung zu den Christsozialen nach wie vor die mit Abstand größte Befragtengruppe ausmachen. Allerdings werden Erwin Huber trotz dieser Mehrheit keine Bewertungen zuteil, die ähnlich gut sind wie die des Ministerpräsidenten. Günther Beckstein verfügt somit unabhängig von seinem Amts- und seinem Parteibonus über einen Vorsprung bei der Bewertung seiner Persönlichkeit.

Die besten Bewertungen erhalten die beiden CSU-Spitzenpolitiker bei der Frage, ob sie zu Bayern passen (Abbildungen 20 und 21). Dieses Attribut scheint dem Niederbayern Erwin Huber in einem geringfügig höheren Maße zugesprochen zu werden als dem Franken Günther Beckstein. Huber erreicht auf einer Skala von 1 („voll und ganz“) bis 5 („überhaupt nicht“) einen Mittelwert von 1,8, Günther Beckstein einen Mittelwert von 1,9. Der Unterschied zum SPD-Spitzenkandidaten Franz Maget ist bei dieser Frage besonders groß.

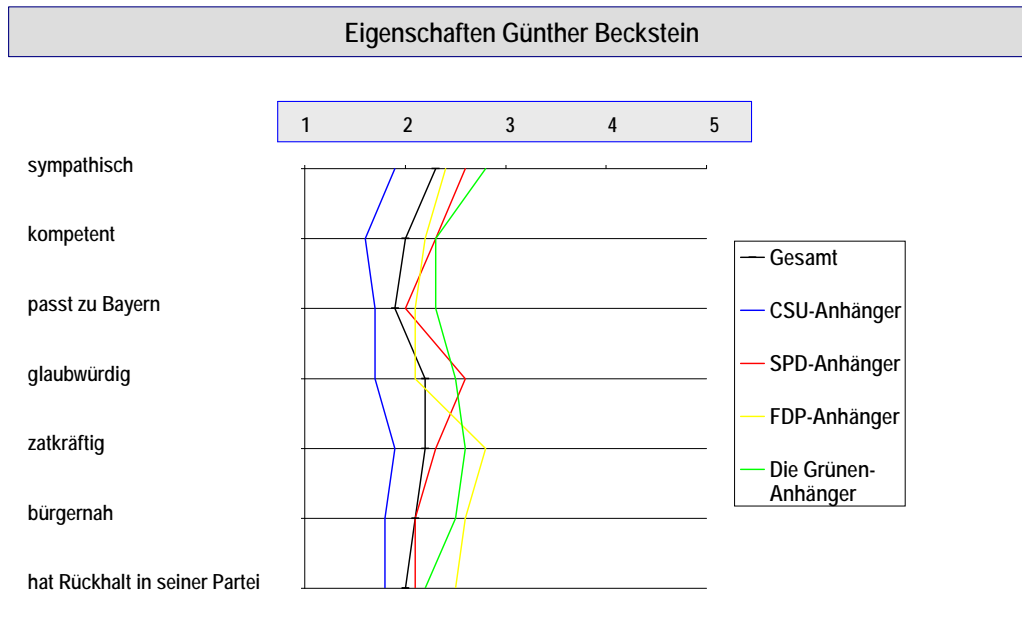
Trotz seiner Herkunft aus der Landeshauptstadt München erhält er hier den Mittelwert von 3,0, der für ihn gleichzeitig die ungünstigste Bewertung bei einer Eigenschaft überhaupt bedeutet (Abbildung 22).

Abbildung 20



Image von Spitzenpolitikern: Günther Beckstein

Basis: alle Befragte – Mittelwerte von 1 "voll und ganz" bis 5 "überhaupt nicht"



Im Hinblick auf den Rückhalt in der eigenen Partei schneiden alle drei Politiker ähnlich gut ab. Die beiden CSU-Politiker erreichen jeweils einen Wert von 2,0, der den von Franz Maget (2,2) aber nur geringfügig übertrifft. Offenkundig gehen die Befragten davon aus, dass die Spitzenpolitiker der beiden großen Parteien in Bayern von ihrem eigenen Lager stark unterstützt werden.

Die Einschätzungen von Günther Beckstein zeichnen sich vor allem durch konsistent gute Bewertungen bei allen Imagefragen aus. Besonders überzeugt sind die Befragten von seiner Kompetenz (2,0), er wird aber ähnlich deutlich als bürgernah (2,1), glaubwürdig und tatkräftig (jeweils 2,2) und schließlich nur unwesentlich seltener als sympathisch (2,3) wahrgenommen. Das Imageprofil von Erwin Huber ist hingegen von klareren Ausschlägen geprägt. Er unterscheidet sich in den Augen der Befragten zwar kaum von Günther Beckstein hinsichtlich seiner Tatkraft und den bereits erwähnten Eigenschaften "passt zu Bayern" und "Rückhalt in der Partei". Dafür überzeugt er die Befragten von seiner Kompetenz (2,4) und Bürgernähe (2,5) etwas weniger als der Ministerpräsident. Die größten Imageprobleme hat Erwin Huber indes bei den Fragen Glaubwürdigkeit (2,7) und Sympathie (2,8), wobei diese

vergleichsweise schlechten Bewertungen für Erwin Huber nicht nur dadurch zustande kommen, dass die Anhänger der Oppositionsparteien dem CSU-Parteivorsitzenden deutlich schlechtere Bewertungen geben als dem bayerischen Ministerpräsidenten. Auch die Sympathisanten der CSU nehmen Erwin Huber weniger sympathisch und glaubwürdig wahr als Günther Beckstein und differenzieren damit klar zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Parteivorsitzenden.

Von der Persönlichkeit von Franz Maget sind die Teilnehmer der Befragung insgesamt weniger überzeugt als von der von Günther Beckstein und auch der von Erwin Huber. Als größte Schwachstelle wird bei ihm, wie bereits berichtet, die Eigenschaft „passt zu Bayern“ gesehen, aber auch die Einstufungen bei anderen Eigenschaften wie Tatkraft, Sympathie und Kompetenz (jeweils 2,7) sowie Bürgernähe und Glaubwürdigkeit (2,6) bewegen sich durchgängig unter denen von Günther Beckstein und Erwin Huber. Zurückzuführen ist dieses Ergebnis nicht nur darauf, dass die Anhängerschaft der SPD nur eine Minderheit aller Befragten ausmacht. Der Oppositionsführer erhält auch in den eigenen Reihen schwächere Beurteilungen, als sie die Führungsspitze der CSU im eigenen Lager erreicht. So vergeben die Sympathisanten der SPD ebenfalls nur mäßige Bewertungen (2,4) etwa bei der Frage, ob Franz Maget zu Bayern passt. Weiterhin sind sie von seiner Tatkraft und Bürgernähe (jeweils 2,3) nur bedingt überzeugt.

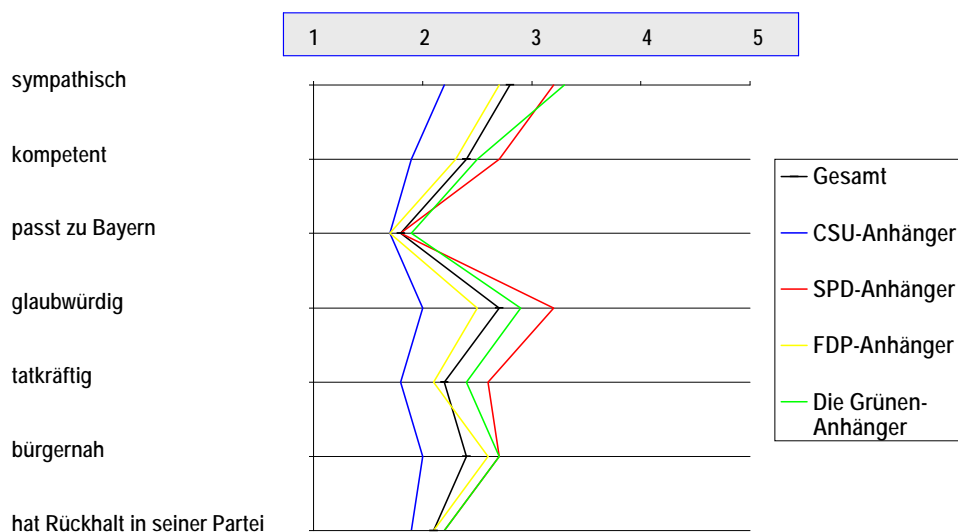
Abbildung 21



Image von Spitzenpolitikern: Erwin Huber

Basis: alle Befragte –Mittelwerte von 1 "voll und ganz" bis 5 "überhaupt nicht"

Eigenschaften Erwin Huber



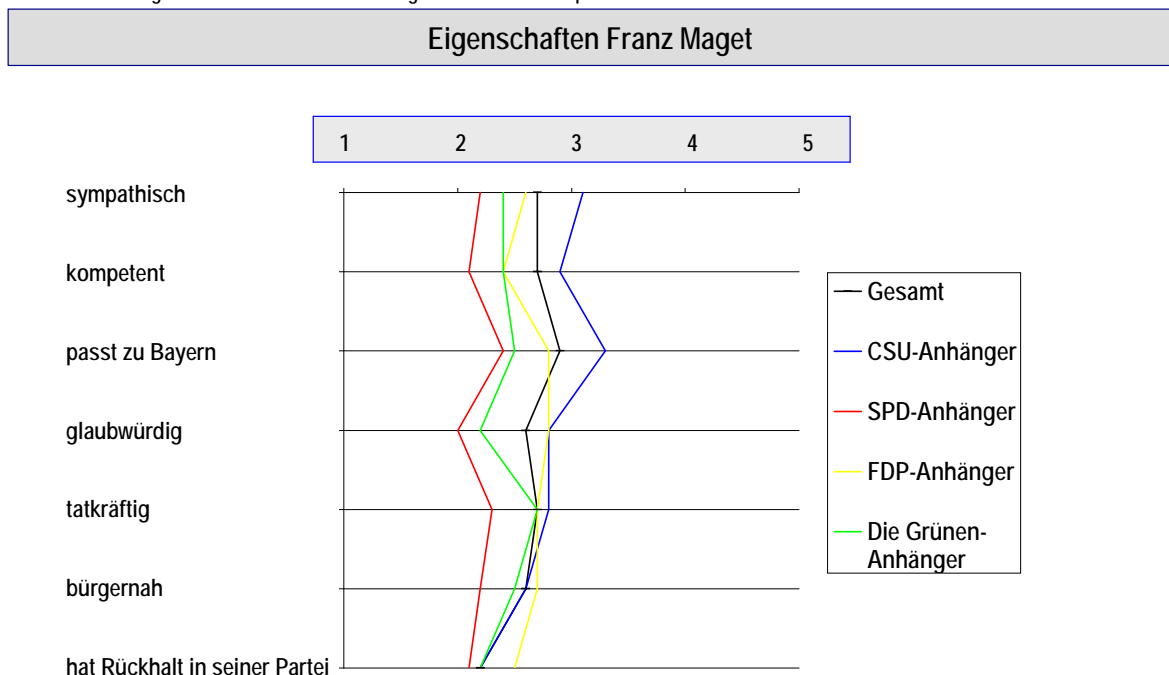
Trotz dieser Niveauunterschiede in der absoluten Bewertung der Eigenschaften der drei Spitzenpolitiker sind für ihre Gesamtbewertung jeweils verschiedene Eigenschaften von Bedeutung. Um zu identifizieren, welche Urteile über die Persönlichkeit von Günther Beckstein, Erwin Huber und Franz Maget jeweils ihre Gesamtbewertung ausmachen, wurden die Zusammenhänge zwischen den einzelnen abgefragten Eigenschaften und dem Skalometer überprüft, auf dem die Befragten ganz allgemein zwischen -5 und +5 angeben konnten, was sie von den einzelnen Politikern halten.

Abbildung 22



Image von Spitzenpolitikern: Franz Maget

Basis: alle Befragte – Mittelwerte von 1 "voll und ganz" bis 5 "überhaupt nicht"



Ob ein Spitzenpolitiker Rückhalt in seiner Partei hat, ist für seine Gesamteinschätzung weniger von Wichtigkeit als seine Charaktereigenschaften. Die Korrelationen zwischen der Eigenschaft „hat Rückhalt in seiner Partei“ und dem Personenskalometer von -5 bis +5 fallen sowohl für Günther Beckstein als auch Erwin Huber und Franz Maget eher schwach aus. Lediglich für Erwin Huber ist der Zusammenhang etwas stärker, was aber damit erklärt werden kann, dass er als einziger der drei Politiker auch Vorsitzender seiner Partei ist.

Für die Bewertung von Ministerpräsident Beckstein ist am bedeutendsten, ob ihn ein Befragter als sympathisch, kompetent und glaubwürdig wahrnimmt. Auch seine Tatkraft ist

von einem messbaren Einfluss auf das Gesamturteil, während insbesondere die Frage, ob Günther Beckstein zu Bayern passt, keine vergleichbar starke Wirkungskraft entfaltet. Für die Befragten liegt die Beurteilung ihres Ministerpräsidenten demnach weniger an seiner Identifikation mit dem Freistaat als an seiner sachpolitischen Arbeit und politischen Verlässlichkeit. Ein fast identisches Muster ergibt sich für Erwin Huber, wenngleich dessen Kompetenz noch etwas stärker bei seiner Gesamtbewertung ins Gewicht fällt. Bei beiden CSU-Politikern erklärt die Wahrnehmung aller insgesamt abgefragten Persönlichkeitseigenschaften knapp die Hälfte der Streuung im Antwortverhalten beim Personenskalometer von -5 bis +5 und erweist sich somit als ein sehr guter Indikator für das Bild, das die Befragten von Günther Beckstein und Erwin Huber insgesamt haben.

Das Erklärungspotential der persönlichen Eigenschaften in Bezug auf die Gesamtbeurteilung fällt bei Franz Maget geringer aus als bei den CSU-Politikern. Hinzu kommt, dass für seine Bewertung auch die Prioritäten zwischen den abgefragten Eigenschaften anders verteilt sind. Zwar ist auch bei Franz Maget die Wahrnehmung als sympathischer Politiker am wichtigsten, allerdings haben beispielsweise die Einschätzung seiner Glaubwürdigkeit und seiner Tatkraft weniger mit seiner Gesamtbeurteilung zu tun, als dies bei Günther Beckstein und Erwin Huber beobachtet werden konnte. Problematisch für den SPD-Herausforderer ist unterdessen, dass es für seine Gesamtbewertung eine erhebliche Rolle spielt, ob er bei der Eigenschaft „passt zu Bayern“ gut bewertet wird – genau hier erreichte Franz Maget aber seine schlechtesten Werte. Bislang ist nicht erkennbar, dass sich seine politische Kärnerarbeit als Oppositionsführer im Landtag in einem positiven Urteil der Befragten über die Persönlichkeit Franz Magets niederschlagen könnte, solange sie ihm nicht wirklich bescheinigen, zu Bayern zu passen.

Zusammenfassung: Die Eigenschaften Günther Becksteins werden im Vergleich zu denen von Erwin Huber und Franz Maget besser bewertet. Der Ministerpräsident gilt den Bayern insbesondere als kompetent, glaubwürdig und bürgernah und verfügt damit über ein Image, das sich für die CSU im Landtagswahlkampf günstig auswirken könnte. Becksteins Herausforderer Franz Maget erreicht dagegen eher mäßige Urteile und stößt in begrenztem Ausmaß auch unter den SPD-Anhängern auf Vorbehalte. Neben Defiziten bei Eigenschaften wie „Sympathie“ und „Tatkraft“ wirkt sich bei ihm negativ aus, dass er in der Meinung der Befragten nur eingeschränkt zu Bayern passt. Erwin Huber wird als CSU-Vorsitzender zwar als kompetent wahrgenommen, kommt aber auf schlechtere Beurteilungen als Günther Beckstein und erzielt bei den Eigenschaften „Sympathie“ und „Glaubwürdigkeit“ nur mittelmäßige Werte.

Beckstein bei Direktwahl des Ministerpräsidenten klar in Führung

Die Beobachtung, dass sich deutlich mehr Befragte zum Image und zur Beliebtheit von Günther Beckstein äußern als zur Persönlichkeit von Franz Maget, wurde größtenteils dadurch erklärt, dass der Spitzenkandidat der SPD einem Teil der bayerischen Bevölkerung nicht hinreichend bekannt ist. Eine solche Vermutung bestätigt sich bei der offenen Frage der Spitzenkandidaten, mit denen CSU und SPD bei der Landtagswahl antreten. 63 Prozent geben acht Monate vor der Wahl an, den CSU-Spitzenkandidaten namentlich zu kennen – beim Spitzenkandidaten der SPD war dies nur bei 32 Prozent der Fall. Diejenigen Teilnehmer, die angeben, die Kandidaten zu kennen, nennen in aller Regel dann auch den korrekten Namen. Es setzt sich dabei das Muster fort, dass Franz Maget auch in den eigenen Reihen ein Bekanntheits- und Vermittlungsproblem hat: Während über 70 Prozent der CSU-Anhänger ihren Spitzenkandidaten für die Landtagswahl namentlich kennen, beträgt dieser Anteil unter den Sympathisanten der SPD im Fall von Franz Maget nur rund 30 Prozent.

Auf die Nachfrage, welchen der beiden Spitzenkandidaten sich die Befragten als bayerischen Ministerpräsidenten wünschen, entscheiden sich 68 Prozent für Günther Beckstein und 78 Prozent für Franz Maget. 16 Prozent wollen keinen der beiden als Chef der Landesregierung (Abbildung 23). Die Spitzenkandidatur Günther Becksteins zählt damit klar zu den Aktivposten im Wahlkampf der CSU – bei aller möglichen Kritik an den sachpolitischen Entscheidungen der Staatsregierung in den vergangenen fünf Jahren. Die Zustimmung zu Günther Beckstein als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten ist in allen Regionen Bayerns stark. Eine differenzierte Betrachtung zeigt allerdings, dass der Wunsch nach einem Ministerpräsidenten Günther Beckstein in dessen Heimatregierungsbezirk Mittelfranken am häufigsten ausgeprägt ist (74%). Diese höheren Zustimmungswerte gehen jedoch nur zu einem geringen Teil auf Kosten der Unterstützung von Franz Maget (16%). Vielmehr verringert sich der Anteil derjenigen, die sich keinen der beiden Kandidaten als Ministerpräsidenten wünschen.

Günther Beckstein als Ministerpräsidenten unterstützen über 90 Prozent der CSU-Sympathisanten. Befürchtungen, dass Becksteins Nominierung von Teilen der Partei nicht mitgetragen werden könnte, erweisen sich demnach als unbegründet. Dem Ministerpräsidenten gelingt es außerdem, jeweils beachtliche Zustimmung auch in anderen Parteilagern zu erzielen. Dass sich Unterstützer der FDP zu 81 Prozent für ihn als Regierungschef aussprechen, ist noch erwartbar. Günther Beckstein würden als Ministerpräsidenten aber auch 41 Prozent der SPD- und immerhin noch ein Viertel der Grünen-Wähler bevorzugen. Seinen Herausforderer Franz Maget wünscht sich im Gegenzug nur eine verschwindend kleine Minderheit des CSU-Lagers als Ministerpräsidenten, und unter den eigenen Anhängern übertrifft er Günther Beckstein mit 42 Prozent nur knapp.

Abbildung 23



Direktwahl des Ministerpräsidenten

Günther Beckstein und Franz Maget sind die Kandidaten für das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten.
Wen von beiden hätten Sie nach der Wahl lieber als Ministerpräsidenten?

Basis: alle Befragte – Prozentangaben



	Landtagswahlabsicht				
	Gesamt	CSU	SPD	FDP	B90/Grüne
Günther Beckstein	68%	91%	41%	81%	25%
Franz Maget	17%	1%	42%	10%	35%
keiner von beiden	16%	8%	17%	9%	40%

Zusammenfassung: Bei einer Direktwahl des bayerischen Ministerpräsidenten könnte Günther Beckstein seinen Herausforderer Franz Maget klar distanzieren. Hinter ihm würden dabei nicht nur die Unterstützer der CSU stehen, sondern auch große Teile der Sympathisanten der SPD, der FDP und von Bündnis 90/ Die Grünen. Für Franz Maget ist bei dieser Analyse kritisch, dass er von den SPD-Anhängern nur unwesentlich häufiger als Ministerpräsident gewünscht wird als der direkte Konkurrent von der CSU.

Zukünftige Landesregierung: Wünsche sind anders als die Erwartung

Eine Mehrheit der Bayern wünscht sich für die Zeit nach der Landtagswahl im Herbst keine Alleinregierung der CSU mehr. Nur 43 Prozent geben auf die Frage, wer nach ihrer Meinung nach der Wahl – unabhängig vom Wahlergebnis – den Freistaat regieren sollte, an, dass sie eine erneute absolute Mehrheit der CSU bevorzugen würden (Abbildung 24). 57 Prozent sprechen sich für eine andere Konstellation aus, wobei dies in vielen Fällen nicht bedeutet, dass diese Befragten die CSU gerne in der Opposition sehen würden oder es in den Augen der Wähler eine klare Alternative gäbe. Vielmehr erhoffen sich nur 13 Prozent eine SPD-geführte Staatsregierung in Form einer Alleinregierung, einer rot-grünen Koalition oder eines Dreierbündnisses mit der FDP oder der Linken. Neben den Teilnehmern, die eine absolute Mehrheit der CSU wünschen, gibt es weitere 21 Prozent, die zwar eine Koalition für die beste Regierung nach dem 28. September halten, aber eine unter Führung der CSU. Ein schwarz-gelbes Bündnis genießt in dieser Wählergruppe die größten Sympathien, gefolgt von Schwarz-Rot und Schwarz-Grün. Koalitionen mit mehr als zwei Partnern wie etwa ein „Jamaica“-Bündnis aus CSU, Grünen und FDP oder die vom SPD-Spitzenkandidaten Franz Maget ins Gespräch gebrachte Regierung aus SPD, Grünen, FDP und Freien Wählern gehören nur für sehr wenige Befragte zu den favorisierten Konstellationen.

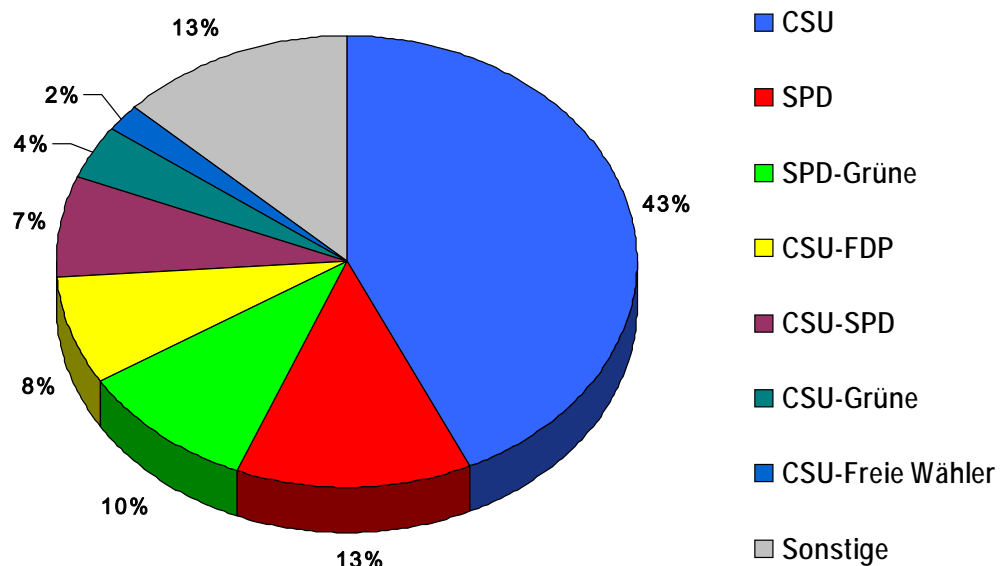
Abbildung 24



Gewünschte Regierung /1

Basis: alle Befragte – Prozentangaben

Welche Partei oder welche Parteien sollten Bayern nach der nächsten Landtagswahl regieren?



Die Unterschiede zwischen den einzelnen soziodemographischen Teilgruppen der Wählerschaft liegen bei der Frage nach der gewünschten Regierung größtenteils in der Verteilung der Parteianhänger begründet. So dürfte der überdurchschnittlich starke Zuspruch zu einer erneuten Alleinregierung der CSU bei Befragten über 60 Jahren mit der insgesamt größeren Unterstützung für die CSU in dieser Altersgruppe zusammenhängen, die unterdurchschnittliche Zustimmung zu einer CSU-geführten Staatsregierung unter hoch Gebildeten aber mit besseren Werten für SPD und Bündnis 90/ Die Grünen bei diesen Wählern. Gleiches gilt für die ohnehin geringen Unterschiede zwischen Altbayern und Franken.

Abbildung 25



Gewünschte Regierung /2

Basis: alle Befragte – Prozentangaben

Welche Partei oder welche Parteien sollen nach der Landtagswahl die Regierung bilden?

	Gesamt	CSU	SPD	FDP	B90/Grüne
CSU	43%	78%	10%	36%	5%
SPD	13%	1%	41%	2%	4%
SPD-Grüne	10%	0%	24%	0%	45%
CSU-FDP	8%	10%	6%	48%	2%
CSU-SPD	7%	4%	8%	3%	2%
CSU-Grüne	4%	3%	2%	0%	26%
CSU-Freie Wähler	2%	2%	0%	2%	0%
SPD-FDP	0%	0%	1%	2%	0%
CDU-FDP-Grüne	0%	0%	1%	0%	0%
SPD-FDP-Grüne	1%	0%	1%	5%	2%
SPD-Linke-Grüne	1%	0%	2%	0%	0%
andere	11%	2%	4%	2%	14%

Aufschlussreich ist indes der Blick auf die einzelnen Parteilager: Erwartungsgemäß wünscht sich eine große Mehrheit der Sympathisanten der CSU eine erneute absolute Mehrheit für ihre Partei, allerdings hoffen auch immerhin 20 Prozent auf eine von der CSU geführte Koalitionsregierung (Abbildung 25) – entsprechend könnte diese nicht zu vernachlässigende Gruppe ihre Stimmen am 28. September einer der kleinen Parteien geben, um die CSU in eine Koalition zu zwingen. Unter den SPD-Anhängern ist der Wunsch nach einer SPD-Alleinregierung ebenfalls am stärksten, ein Viertel wünscht sich indes eine rot-grüne Regierung in Bayern. Die Unterstützer der Grünen teilen diesen Wunsch, über ein Viertel von ihnen gibt jedoch auch an, nicht ein Bündnis mit der SPD, sondern mit der CSU vorzuziehen.

Zwar äußern unter den CSU-Sympathisanten die wenigsten Sympathie für ein solches schwarz-grünes Zusammengehen, aber zumindest bei der Anhängerschaft der Grünen zeigt sich ein wahrnehmbarer Teil für diese Variante offen. Vermutlich noch gestiegen ist dieser Prozentsatz nach dem aus Grünen-Sicht durchaus erfolgreichen Abschluss der schwarz-grünen Koalitionsverhandlungen in Hamburg. Die Anhänger der FDP sprechen sich zur Hälfte für eine Koalition mit der CSU aus und zeigen zu Bündnissen mit der SPD oder den Grünen nur wenig Neigung. Über ein Drittel der Befragten, die eine Wahlabsicht zugunsten der Liberalen äußern, hofft allerdings nach eigenem Bekunden eigentlich auf eine Fortsetzung der CSU-Alleinregierung. Hier könnte mit hineinspielen, dass die FDP derzeit auch Wähler anzieht, die emotional eigentlich eine gewisse Nähe zur CSU haben. Für die Christsozialen zeigt sich im Umkehrschluss, dass diese Wähler bis zur Wahl auch zurück zu gewinnen sind.

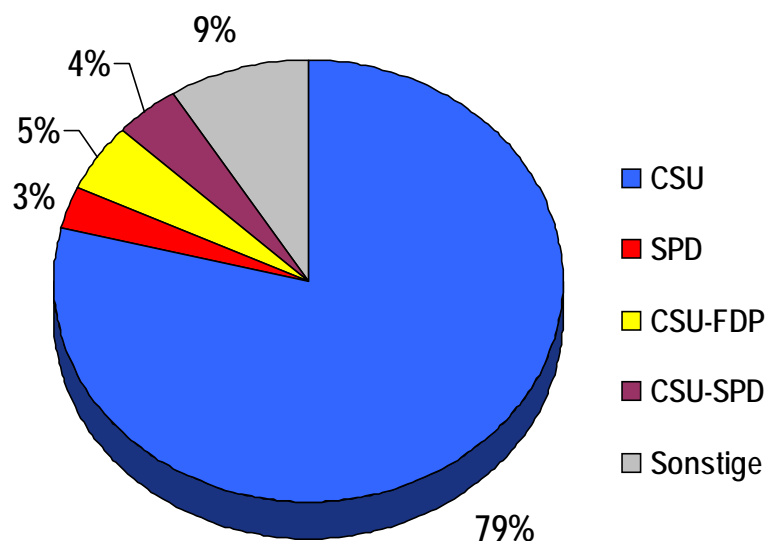
Abbildung 26



Erwartete Regierung /1

Basis: alle Befragte – Prozentangaben

Welche Partei oder welche Parteien werden nach Landtagswahl die Regierung bilden?



Auch wenn sich eine Mehrheit der Befragten keine absolute Mehrheit der CSU mehr wünscht, war die Erwartungshaltung über den Ausgang der Wahl gut ein halbes Jahr vor dem Urnengang doch eine andere. Fast 80 Prozent gingen zum Zeitpunkt der Befragung davon aus, dass die CSU ihre dominierende Stellung behaupten und nach der Landtagswahl ohne Koalitionspartner weiter regieren kann (Abbildung 26). Mit einer SPD-geführten Staatsregierung rechneten weniger als zehn Prozent der Teilnehmer. Die Überzeugung vom

Sieg der CSU im Herbst findet sich bei allen soziodemographischen Gruppen, in Altbayern wie in Franken und auch in allen Parteilagern. Selbst unter den Anhängern der Oppositionsparteien glaubt nur ein einstelliger Prozentsatz, dass in Bayern ein kompletter Regierungswechsel hin zu einer SPD-geführten Regierung möglich ist (Abbildung 27).

Abbildung 27

Erwartete Regierung /2

Basis: alle Befragte – Prozentangaben

Welche Partei oder welche Parteien werden Bayern nach der nächsten Landtagswahl regieren?

	Gesamt	CSU	SPD	FDP	B90/Grüne
CSU	79%	81%	78%	65%	85%
SPD	3%	3%	7%	0%	0%
CSU-FDP	0%	0%	0%	0%	0%
CSU-SPD	5%	5%	4%	14%	5%
CSU-Grüne	4%	2%	5%	16%	1%
SPD-FDP	1%	2%	2%	0%	1%
CSU-FDP-Grüne	0%	0%	0%	0%	0%
SPD-FDP-Grüne	0%	0%	0%	4%	0%
andere	8%	7%	4%	1%	8%

Zusammenfassung: Zum Befragungszeitpunkt gingen die meisten Teilnehmer von einer Fortsetzung der CSU-Alleinregierung nach der Landtagswahl im Herbst aus. Eine Mehrheit der Befragten wünscht sich für die nächste Legislaturperiode jedoch keine absolute Mehrheit der CSU mehr. Der Zuspruch für eine SPD-geführte Staatsregierung ist dabei sehr begrenzt, vielmehr werden unterschiedliche Koalitionsvarianten unter Führung der CSU bevorzugt. Unter den Anhängern der Grünen stößt ein schwarz-grünes Bündnis nach der Landtagswahl auf eine gewisse Sympathie, die die Wähler der CSU aber nicht teilen.

Wahlabsicht: CSU muss um absolute Mehrheit kämpfen

Das Ergebnis der Landtagswahl von 2003 stellte in mehrererlei Hinsicht ein Ausnahmeresultat dar. Der CSU gelang es vor fünf Jahren, mit 60,7 Prozent der Stimmen in der Wählerschaft eine Zustimmung wie zuletzt in den 70er-Jahren zu erreichen und mit der Zwei-Drittel-Mehrheit im Maximilianeum eine Machtfülle, über die zuvor noch keine Partei Bayerns verfügte. Für die bayerische SPD brachte der Urnengang erstmals in der Nachkriegszeit ein Ergebnis von unter 20 Prozent; die Sozialdemokraten konnten noch dazu keinen einzigen Stimmkreis direkt gewinnen. Die Grünen als zweite Oppositionspartei erzielten mit 7,7 Prozent hingegen ihr bislang bestes Resultat. Alle anderen Parteien scheiterten an der 5%-Hürde, darunter die Freien Wähler knapp mit 4,4 Prozent und die FDP deutlich mit 2,6 Prozent. Die Landtagswahl 2008 steht nun jedoch unter anderen politischen Voraussetzungen wie einer veränderten bundespolitischen Konstellation und einer neuen Führungsspitze der CSU.

Die politische Stimmungslage in Bayern Anfang des Jahres 2008 hat sich gegenüber dem Wahlergebnis von 2003 deutlich verschoben. Die Zustimmung zur CSU fällt wesentlich geringer aus und es scheint im Bereich des Möglichen zu liegen, dass sie ihre jahrzehntelang gehaltene absolute Mehrheit verliert. Rechnet man die Angaben der Teilnehmer auf die Frage, welcher Partei sie im September ihre Stimme geben wollen, unter Berücksichtigung unter anderem der Rückerinnerung an die Stimmabgabe bei der letzten Landtagswahl in eine Projektion um, lag die CSU zum Erhebungszeitpunkt bayernweit bei 47 Prozent (Abbildung 28). Für die SPD wollten sich 20 Prozent der Wähler entscheiden und acht Prozent für Bündnis 90/ Die Grünen. Gute Chancen auf einen Einzug in den bayerischen Landtag haben auch die FDP und die Freien Wähler: Acht beziehungsweise sieben Prozent der Befragten äußerten eine Entscheidung zugunsten dieser Parteien, die damit im Fall der FDP das erste Mal seit 1994 wieder und im Fall der Freien Wähler das erste Mal überhaupt im Parlament vertreten wären. Ob die CSU bei einem solchen Wahlausgang dennoch weiter allein in Bayern regieren könnte, würde vom Abschneiden der Partei Die Linke abhängen. Die Projektion sieht sie mit fünf Prozent auf der Kippe. Würde ihr der Sprung über die Marke von fünf Prozent gelingen, wäre die CSU mit 47 Prozent geringfügig schwächer als die anderen Landtagsparteien mit zusammen 48 Prozent und müsste Verhandlungen über die Bildung einer Koalitionsregierung aufnehmen. Alle sonstigen Parteien würden mit zusammengenommen fünf Prozent an der 5%-Hürde scheitern, darunter Parteien wie die ÖDP oder die Republikaner, die bei bayerischen Landtagswahlen zuletzt Ergebnisse zwischen ein und zwei Prozent erzielten.

Für eine absolute Mehrheit der Sitze im Maximilianeum würden diesen Zahlen zufolge auch etwas weniger als die 50 Prozent der Stimmen ausreichen, die sich die CSU zum Wahlziel

gesetzt hat. Auf die Frage nach ihrer Wahlabsicht bei der Wahl im Herbst antworteten insgesamt gut drei Viertel der Befragten. Der Rest wusste keine Antwort, verweigerte sie oder erklärte, überhaupt nicht an der Wahl teilnehmen zu wollen. Dies spricht sowohl dafür, dass sich viele Wähler erst im späteren Verlauf des Wahlkampfes zugunsten einer Partei entscheiden werden, als auch für eine Wahlbeteiligung, die trotz des engen Rennens zwischen der CSU und der Opposition nicht an das hohe Niveau anknüpfen wird, das im Freistaat bei Landtagswahlen noch bis in die 1980er-Jahre hinein erreicht werden konnte.

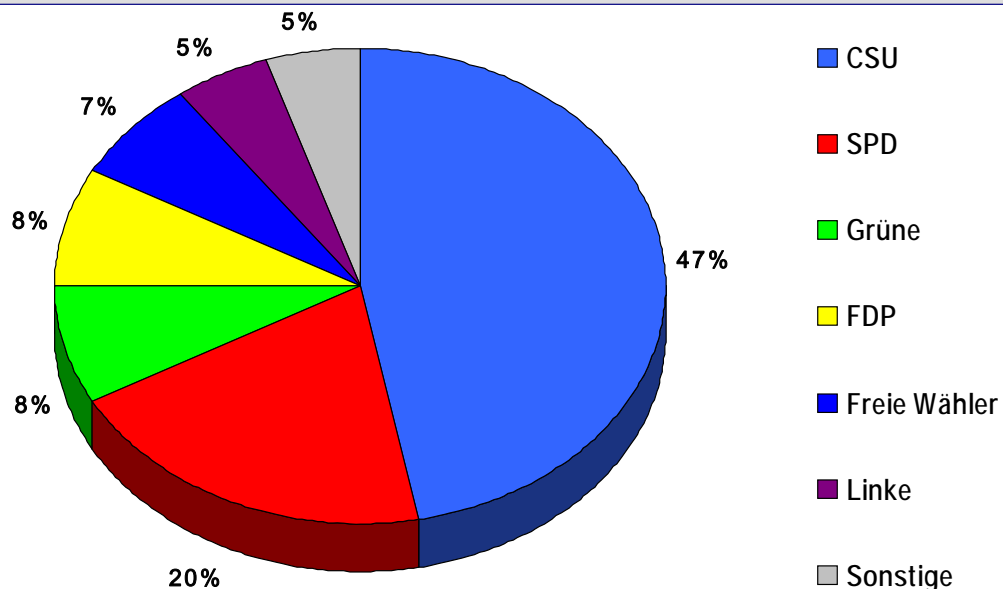
Abbildung 28



Projektion des Wahlverhaltens

Basis: alle Befragte – Prozentangaben

Wenn wir schon am nächsten Sonntag Landtagswahl in Bayern hätten, für welche Partei würden Sie sich da entscheiden?



Von den drei derzeit im Landtag vertretenen Parteien haben im Wesentlichen nur die Grünen Aussichten auf einen prozentualen Zuwachs. Ihren für bayerische Verhältnisse schon vor fünf Jahren hohen Stimmenanteil könnten sie den Zahlen zufolge trotz der Gewinne mehrerer kleiner Parteien nochmals leicht um 0,3 Prozentpunkte steigern und auch die Größe ihrer Landtagsfraktion bei 15 Mandaten konstant halten. Drastische Verluste in einem Landtag mit sechs Fraktionen hätte die CSU zu verzeichnen, die 13,7 Prozentpunkte und von ihren 124 Landtagssitzen 35 verlieren würde. Die SPD würde ihr Allzeit-Tief von 2003 nicht überwinden und läge mit einem minimalen Plus von 0,4 Punkten noch immer klar unter ihrem selbst gesteckten Wahlziel von 25 Prozent. Da neue Parteien ins Maximilianeum einzögen, würde die SPD-Landtagsfraktion trotz des leichten anteiligen Zugewinns um

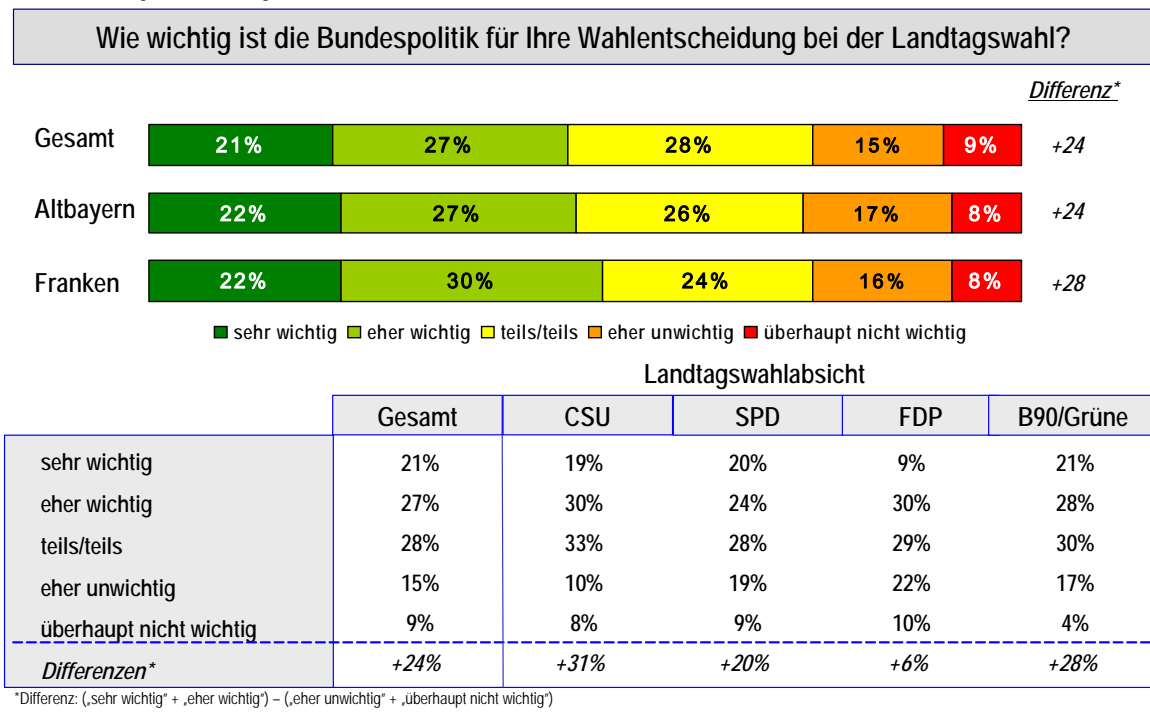
nochmals drei Mandatsträger auf 38 Abgeordnete schrumpfen. Mit 15 Sitzen ebenso stark wie die Grünen wäre die FDP, die von allen Parteien gegenüber der letzten Wahl am stärksten gewinnen würde, nämlich 5,3 Prozentpunkte. Fünftstärkste Kraft wären mit einem Zuwachs von 2,6 Prozent und 13 Abgeordneten die Freien Wähler. Die Linke würde, einen Einzug in den Landtag vorausgesetzt, zehn Abgeordnete stellen. Ein Vergleich mit der Wahl von 2003 ist bei ihr nicht möglich, da die damalige PDS vor fünf Jahren nicht angetreten war.

Abbildung 29



Wichtigkeit der Bundespolitik für die Wahlentscheidung

Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Differenzen*



Dass hinter der Verschlechterung der Werte für die CSU tiefer gehende Gründe stehen dürften als kurzfristige Stimmungen in der Bevölkerung, deutet eine Gegenüberstellung der Wahlabsichten für die Landtags- und für eine Bundestagswahl an: Die Ergebnisse der CSU lagen bei Wahlen zum bayerischen Landtag in der Regel immer besser als die Resultate bei Wahlen zum Bundestag. Die jetzt erhobenen Daten zeigen jedoch, dass dieser „Landesbonus“ in der bekannten Form nicht mehr vorhanden ist. Aktuell würden sich mehr Befragte für die CSU bei einer Bundestagswahl entscheiden als bei einer Landtagswahl. Ein Vergleich von Projektionen kann aus methodischen Gründen nicht erfolgen, so dass diese Beobachtung nur auf den Rohdaten zur Wahlabsicht beruht. Die Wahrscheinlichkeit ist dennoch sehr hoch, dass die derzeitige landespolitische Wahrnehmung der CSU ihr im Moment – und anders als früher – keinen Vorteil mehr einbringt. Für diese Interpretation

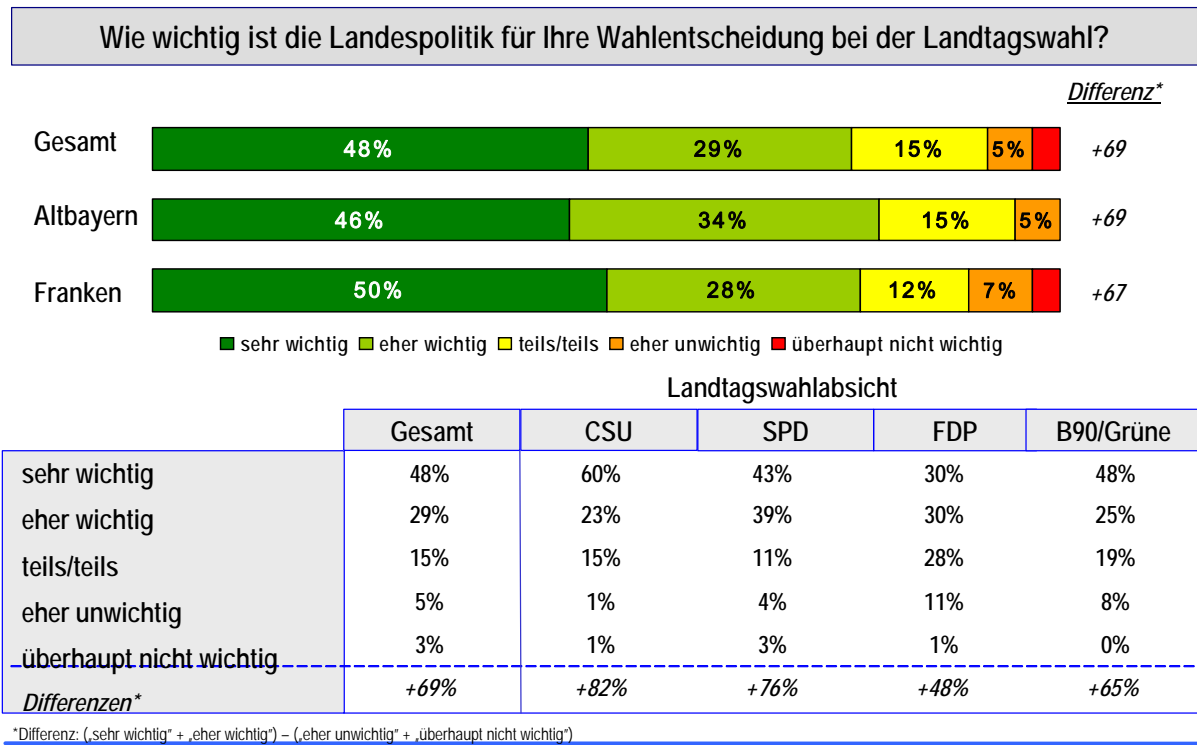
spricht, dass nur eine Minderheit von 48 Prozent angibt, für ihre Wahlentscheidung im September sei auch die Bundespolitik „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“ (Abbildung 29), hingegen aber 77 Prozent äußern, für ihre Wahl wäre die Landespolitik von großer Relevanz (Abbildung 30). Die möglichen CSU-Verluste kommen also in einem Umfeld zustande, in dem sich die Wähler sehr viel stärker an der Landes- als an der Bundespolitik orientieren.

Abbildung 30



Wichtigkeit der Landespolitik für die Wahlentscheidung

Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Differenzen*



Auch die SPD erreicht auf Landesebene geringfügig weniger Unterstützung als auf Bundesebene. Allerdings ist der Unterschied deutlich schwächer ausgeprägt als bei der CSU. FDP und Grüne können in etwa gleich viele Befragte bei der Frage nach der Wahlabsicht bei der Landtagswahl erreichen wie bei der Frage nach der Wahlabsicht für die Bundestagswahl. Bei allen drei Parteien fällt jedoch auf, dass ihre Anhänger der Landespolitik weniger Bedeutung für ihre voraussichtliche Wahlentscheidung am 28. September beimessen als die Unterstützer der CSU. Nach derzeitigem Stand wird demnach also vor allem das Wahlergebnis der Christsozialen von landespolitischen Erwägungen der Wähler abhängen. Zwar ist dies bis zu einem gewissen Grad zu erwarten, da die CSU ihrem Selbstverständnis nach immer auch eine starke bayerische Regionalpartei war. Die Zahlen legen aber auch nahe, dass sich eine gewisse Unzufriedenheit mit der Landesregierung auf bestimmten

Politikfeldern nicht durch das Aufgreifen bundespolitischer Fragestellungen ausgleichen lassen wird.

Die Daten zeigen auf, dass die Zeiten des Drei-Parteien-Systems im Freistaat fürs Erste vorbei sein könnten, aber auch, dass die bisher im Landtag vertretenen Parteien noch immer starken Rückhalt in den Bevölkerungsgruppen und – mit Einschränkungen – den Regionen genießen, in denen sie von jeher gute Ergebnisse erreichen. Trotz ihrer absoluten Verluste bewahrt sich zum Beispiel die CSU noch immer eine überdurchschnittliche Unterstützung bei Männern, älteren und formal weniger gebildeten Wählern. Die SPD wird etwas öfter von weiblichen als von männlichen Befragten und generell von jüngeren Teilnehmern als bevorzugte Partei genannt. Ihr Profil hat sich vermutlich aufgrund der Partei Die Linke verändert, die zahlreiche insbesondere niedriger gebildete und auch ältere Sozialdemokraten von ihr abgezogen hat. Bündnis 90/ Die Grünen sind unter den Wählern zwischen 40 und 60 Jahren sowie unter hoch Gebildeten am stärksten.

Während Wahlen in anderen Bundesländern die Grünen als Partei ausgewiesen haben, die aufgrund von guten Ergebnissen in dieser und niedrigeren Ergebnissen in den anderen Altersgruppen mit dem Problem einer „Ein-Generationen-Bewegung“ zu kämpfen hat, zeigt sich für Bayern ein anderes Bild: Hier kommen die Grünen auch unter jüngeren Wählern auf zweistellige Zustimmungsraten und stoßen selbst unter Wählern über 60 Jahren auf beachtlichen Rückhalt. Der Partei dürfte es demnach in Bayern gelungen sein, sich auf absehbare Zeit zu etablieren und als eine politische Kraft zu profilieren, die zum Freistaat passt – was sich auch an ihrem Spitzenpersonal festmachen lässt. Die Nominierung von Sepp Daxenberger etwa wird vermutlich dazu beitragen, den bayerischen Grünen ein Image zu geben, das sie durchaus auch für bürgerliche und wertkonservative Wähler akzeptabler macht. Dass diese bereits jetzt einen Teil der Anhängerschaft der Grünen in Bayern ausmachen, wurde beispielsweise schon an ihren Koalitionswünschen deutlich.

Eine im Vergleich zu anderen Wahlen eher untypische Wählerstruktur hat die bayerische FDP. Zwar spricht sie mehr Männer als Frauen an, wie es auch andernorts zu beobachten ist, aber dafür weniger jüngere als vielmehr ältere und in einem beachtlichen Umfang nicht nur hoch, sondern auch formal niedrig gebildete Unterstützer. Plausibel scheint hier die Erklärung, dass es sich bei diesen älteren und weniger gebildeten Teilgruppen der Wählerschaft zum Teil um ehemalige CSU-Anhänger handelt, die in der FDP eine Wahlalternative im bürgerlichen Lager sehen. Ähnliches gilt für die Unterstützung der Freien Wähler durch niedrig gebildete Befragte. Die Linke in Bayern schließlich rekrutiert ihre Anhänger vor allem unter Männern, Wählern der älteren Altersgruppen und formal niedrig Gebildeten – auch hier dürfte es sich um Personen handeln, die mit der SPD zuvor teils lange

Zeit eine der beiden Volksparteien gewählt haben und die mit deren aktueller Politik oder ihrem Erscheinungsbild unzufrieden sind.

Die Wahl eines fränkischen Ministerpräsidenten bedeutet für die CSU bislang nicht, dass sich ihre Hochburgen in Bayern vom Süden in den Norden verlagern würden. Eine Auswertung der Wahlabsicht der befragten Wahlberechtigten nach regionaler Herkunft legt offen, dass die Partei in Altbayern nach wie vor stärker ist als in Franken, wenngleich auch im vermeintlichen Stammland Oberbayern am 28. September empfindliche Verluste möglich scheinen. Und trotzdem mit Günther Beckstein, Joachim Herrmann und Markus Söder bekannte Politiker aus Mittelfranken in der Staatsregierung an prominenter Stelle vertreten sind, wird der Regierungsbezirk nicht zur neuen CSU-Hochburg in Franken. Auch bedingt durch eine in der Region Nürnberg überdurchschnittlich starke SPD erzielen die Christsozialen hier nur eine Zustimmung, die etwa im bayernweiten Mittel und beispielsweise noch unter der in Oberfranken bleibt. Für die SPD bleibt Franken wie angesprochen ein günstigeres Terrain als der Süden Bayerns, und auch die Linke kann in den drei fränkischen Regierungsbezirken, aus denen eine beachtliche Zahl ihrer Funktionäre auf Landes- und Bundesebene stammt, punkten. Die Grünen entsprechen mit der Nominierung des Oberbayern Sepp Daxenberger zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl ihrem regionalen Schwerpunkt in Altbayern, wo fast doppelt so viele Befragte wie in den anderen Landesteilen bekunden, bei der Landtagswahl für Bündnis 90/ Die Grünen stimmen zu wollen. Keine ausgeprägten regionalen Hochburgen im Nord-Süd-Vergleich haben die FDP und die Freien Wähler.

Zusammenfassung: Die CSU steht bei der Landtagswahl 2008 vor deutlichen Verlusten gegenüber ihrem Wahlergebnis aus dem Jahr 2003. Unter den Oppositionsparteien im Landtag können von der Schwäche der CSU nur die Grünen profitieren, die mittlerweile auch bürgerliche Wähler zu einem gewissen Grad erreichen. Der Einzug der FDP und der Freien Wähler in den bayerischen Landtag ist wahrscheinlich, der Einzug der Linken möglich. Bei ihrer Wahlentscheidung orientieren sich die Wähler, darunter überdurchschnittlich stark die Anhänger der CSU, an der bayerischen Landespolitik. Der Amtsantritt eines Ministerpräsidenten aus Franken wird die regionalen Strukturen der Wahlergebnisse der CSU, wenn überhaupt, nur geringfügig verändern.

Wählerbewegungen: CSU verliert an fast alle anderen Parteien

Gegenüber der Landtagswahl von 2003 verliert die CSU Wähler in mehreren Bevölkerungsgruppen. Zwar erreicht sie noch rund drei Viertel ihrer damaligen Unterstützer, die auch bei einer jetzigen Befragung angeben, im Herbst wieder ihre Stimme der CSU geben zu wollen, aber ein gutes Viertel der letztmaligen Wähler äußert mittlerweile eine Präferenz für eine andere Partei oder möchte überhaupt nicht mehr zur Wahl gehen. Die potentiellen Verluste der CSU verteilen sich dabei auf drei Hauptrichtungen: den Rückfluss von Wählern, die bei der Ausnahmewahl 2003 die CSU unter besonderen Umständen und oftmals auch zum ersten Mal gewählt haben, auf Wechselwähler innerhalb des bürgerlichen Lagers und auf frühere Sympathisanten, die einer Wahl derzeit fern bleiben würden.

Eines der besonderen Vorzeichen, unter denen die Landtagswahl von 2003 stand, war die negative Bewertung der damaligen rot-grünen Bundesregierung durch die bayerische Bevölkerung. Hinzu kam, dass mit Edmund Stoiber ein Jahr zuvor ein bayerischer Kanzlerkandidat nur äußerst knapp im Rennen um den Einzug ins Kanzleramt gescheitert war. Der CSU gelang es in diesem Umfeld, über ihre klassischen Wählerschichten hinaus enttäuschte Wähler der Sozialdemokraten für sich zu gewinnen und selbst ein Ergebnis von über 60 Prozent einzufahren, während die SPD auf unter 20 Prozent abrutschte. Auswertungen zu Wählerbewegungen im Vorfeld der Landtagswahl 2008 zeigen, dass ein gewisser Prozentsatz der CSU-Wähler von 2003 zur SPD wechselt, und die Annahme liegt nahe, dass es sich bei diesen Wechslern zu einem Großteil um jene „Ausnahmewähler“ von der letzten Landtagswahl handelt. Die SPD kompensiert mit diesen Zugewinnen von der CSU ihre Verluste an Die Linke und bleibt so insgesamt auf einem konstanten, wenn auch niedrigen Niveau.

Das starke CSU-Ergebnis von 2003 brachte auch mit sich, dass andere Parteien aus dem im weiteren Sinn bürgerlichen Lager – die FDP, die Freien Wähler oder auch die ÖDP – vor fünf Jahren nur geringe Chancen auf einen Einzug in den bayerischen Landtag hatten. Die Daten zur Wahlabsicht zeigen auf, dass sich diese Situation im Jahr 2008 geändert hat: FDP und Freie Wähler haben gute Aussichten, im Herbst den Sprung über die 5%-Hürde zu schaffen. Zwar mobilisieren insbesondere die Liberalen die meisten ihrer Unterstützer vom letzten Mal, entscheidend für einen Landtagseinzug könnten aber diejenigen ehemaligen CSU-Wähler sein, die dieses Mal FDP und Freie Wähler als Alternative zu den Christsozialen sehen. Die Wählerwanderungsanalysen zeigen, dass es etwa der FDP gelingt, in einem Ausmaß in die CSU-Wählerschaft von 2003 vorzustoßen, das für ein Ergebnis von fünf Prozent und mehr ausreichen dürfte. Weiter verfestigen wird sich dieser Trend vermutlich mit der Ankündigung der Liberalen, nach der Landtagswahl für eine Koalition mit der CSU zur Verfügung zu stehen, wenn es das Wahlergebnis erforderlich mache.

Die Freien Wähler, die sich bisher noch nicht endgültig zu möglichen Koalitionsmodellen in Bayern geäußert haben, profitieren zum Erhebungszeitpunkt im Gegenzug noch nicht so stark von enttäuschten bürgerlichen Wählern: Der Wählerstrom von der CSU zu den Freien Wählern fällt nicht so stark aus wie der zur FDP, dafür erreichen die Freien Wähler in begrenztem Ausmaß auch Unterstützer von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen. Auch an letztere verliert die CSU in kleinen Mengen Stimmen, wenngleich die Strategie der Grünen, durch ein nicht dezidiert linkes Wahlprogramm auch für bürgerliche Wähler attraktiv zu werden, bislang nur teilweise aufgeht. Dass die CSU-Verluste insgesamt neben dem Rückfluss ehemaliger SPD-Wähler zu den Sozialdemokraten also besonders Verschiebungen im Kräfteverhältnis des bürgerlichen Lagers geschuldet sind, wird von der Beobachtung gestützt, dass die CSU so gut wie keine Anhänger an Die Linke verliert. Die Partei gewinnt vor allem frühere SPD- und Nichtwähler und Sympathisanten von Splittergruppierungen.

Problematisch für CSU und SPD in Bayern ist, dass sie nicht nur Unterstützer an kleinere Parteien verlieren, sondern ein Teil ihrer Wählerschaft von 2003 momentan Wahlenthaltung üben würde. Insbesondere trifft dies für die Christsozialen zu, bei denen fast ein Fünftel ihrer Wähler von vor fünf Jahren aktuell keine Antwort auf die Frage weiß, für welche Partei sie bei einer Landtagswahl stimmen würden. Bei der SPD ist dieser Prozentsatz unter den Unterstützern von 2003 ebenfalls zweistellig, allerdings können die Sozialdemokraten diese Abgänge wie berichtet dadurch in eingeschränktem Umfang ausgleichen, dass sie einige frühere CSU-Anhänger gewinnen. Dies ist für die großen Parteien indes auch eine Chance, haben sie doch noch die Möglichkeit, diese Personen bis zum Wahltermin für sich zu gewinnen.

Die Einbußen der CSU sind nicht auf bestimmte Teile der Wählerschaft begrenzt. Stimmen geben die Christsozialen unter Männern wie Frauen und Befragten aller Alters- und Bildungsgruppen ab. Es fällt dennoch auf, dass ein beachtlicher Teil der Verluste auch bei denjenigen ihrer bisherigen Unterstützer zustande kommt, auf die sich die CSU lange Zeit am stärksten verlassen konnte: ältere Wähler. Bei ihnen ist die Neigung überdurchschnittlich oft zu finden, ihre Stimme einer anderen Partei aus dem bürgerlichen Lager zu geben, wobei die so genannte Haltequote der CSU in diesem Wählersegment noch leicht unter der in anderen Teilgruppen der Wählerschaft liegt.⁴ Der häufig zu beobachtende Wechsel von älteren CSU-Wählern zur FDP und auch zu den Freien Wählern deutet an, dass diese Befragten nicht ihre grundlegende politische Orientierung ändern und etwa zunehmend erreichbar werden

⁴ Ein ähnliches Muster zeigte sich beispielsweise bei den Stimmverlusten der bürgerlich-konservativen ÖVP bei den österreichischen Parlamentswahlen im Herbst 2006. Auch hier konnte eine Änderung der Wahlentscheidung oder eine Wahlenthaltung bei den Stammwählern der Partei nicht durch Zugewinne in anderen Wählerschichten ausgeglichen werden.

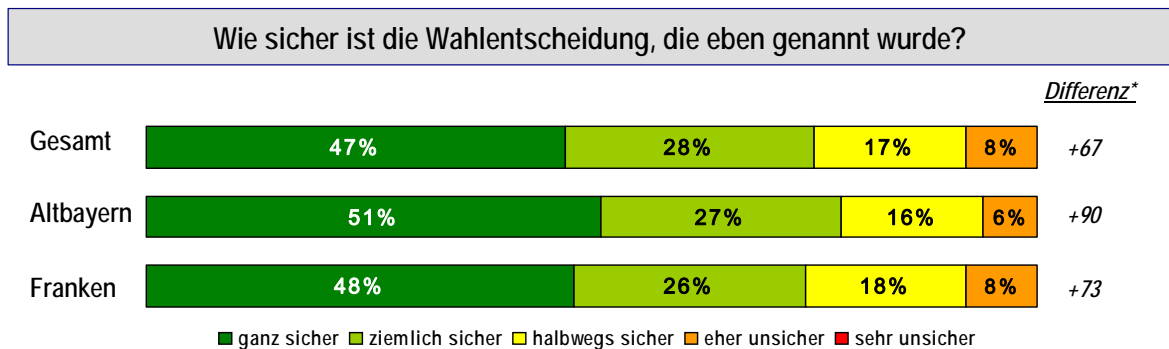
für Parteien aus dem anderen politischen Lager wie die SPD oder auch die Linke. Dennoch zeigt ihre steigende Wechselbereitschaft an, dass die Landtagswahl 2008 für die CSU nicht nur Verluste in volatilen Wählersegmenten mit sich bringen könnte, in denen die Christsozialen 2003 in einer Sonderkonstellation gepunktet haben, sondern auch in ihrer Stammwählerschaft eine messbare Unzufriedenheit besteht.

Abbildung 31



Sicherheit der Wahlentscheidung

Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Differenzen*



	Landtagswahlabsicht				
	Gesamt	CSU	SPD	FDP	B90/Grüne
ganz sicher	47%	53%	36%	47%	42%
ziemlich sicher	28%	31%	24%	23%	34%
halbwegs sicher	17%	13%	25%	16%	16%
eher unsicher	6%	3%	12%	10%	5%
sehr unsicher	2%	0%	3%	4%	3%
Differenzen*	+67%	+81%	+44%	+56%	+68%

*Differenz: („ganz sicher“ + „ziemlich sicher“) – („eher unsicher“ + „sehr unsicher“)

Positiv ist für die CSU zu vermerken, dass sich bei ihr deutlich mehr Wähler mit einer bereits feststehenden Wahlentscheidung finden als bei den anderen Parteien. Dies ist insofern ein günstiges Signal, als die Wahrscheinlichkeit für sie derzeit geringer ist als für die Opposition, auf absehbare Zeit noch weiter an Unterstützung in der Bevölkerung zu verlieren. Im Umkehrschluss bedeutet dies eine gewisse Chance, zu den aktuellen 47 Prozent Wähleranteil der Projektion wieder Sympathisanten hinzuzugewinnen und damit das Wahlziel „50 plus x“ doch noch zu erreichen. 84 Prozent der Teilnehmer, die eine Wahlabsicht zugunsten der CSU angeben, sagen, ihre Entscheidung sei bereits „ganz sicher“ oder „ziemlich sicher“ (Abbildung 31). Ihre Wähler noch nicht fest an sich gebunden hat insbesondere die SPD, von deren Anhängern erst 60 Prozent meinen, ihre Wahlentscheidung sei mit großer Sicherheit getroffen. Von den kleineren Parteien sind sich bei den Freien Wähler mit über 90 Prozent die meisten der aktuellen Sympathisanten sicher, ihre

momentane Parteipräferenz bis zum Wahltag im September nicht mehr zu ändern; bei den Grünen, der FDP und der Linken bewegt sich der Wert bei rund drei Viertel der gegenwärtigen Anhängerschaft. Eine Unterteilung nach soziodemographischen Gruppen bringt kaum Unterschiede, lediglich ältere Befragte mit einer langen Wahlerfahrung zeigen sich erwartungsgemäß im Mittel etwas sicherer bei ihrer Wahlentscheidung als jüngere Altersgruppen.

Zusammenfassung: Gewinner der Wählerbewegungen zwischen den Landtagswahlen von 2003 und 2008 sind vor allem die kleinen Parteien. An sie geben sowohl die CSU als auch die SPD Wähler ab. Beide Volksparteien stehen zudem vor dem Problem, dass sie einen zweistelligen Prozentsatz ihrer Unterstützer von 2003 in die Wahlenthaltung verlieren. Für einen Teil der CSU-Anhängerschaft sind die FDP und die Freien Wähler ernstzunehmende Alternativen im bürgerlichen Lager. Die Freien Wähler können darüber hinaus auch SPD-Wähler von 2003 an sich binden und haben als Kraft zwischen dem linken und dem bürgerlichen Lager Erfolg. Die Sozialdemokraten gleichen die Verluste von Wählern an die kleinen Parteien zumindest aus, weil Sympathisanten zu ihnen zurückkehren, die vor fünf Jahren in einer Ausnahmesituation für die CSU gestimmt haben. Die Unterstützer, die der CSU trotz ihrer Einbußen unter Stamm- wie Wechselwählern bleiben, sind sich ihrer Wahlentscheidung von allen Parteianhängern am sichersten.

Schlussfolgerungen

Die Landtagswahl am 28. September könnte für die bayerische Landespolitik eine Zäsur bringen. Erstmals seit Jahrzehnten scheint es möglich, dass die CSU ihre absolute Mehrheit verliert und im Freistaat eine Koalitionsregierung an die Macht kommt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist wahrscheinlich, dass in der nächsten Legislaturperiode mehr Fraktionen im Maximilianeum vertreten sein werden als in den zurückliegenden fünf Jahren. Neben CSU, SPD und Grünen könnte die FDP ihre landespolitische Rückkehr schaffen, und mit den Freien Wählern und der Linken versuchen zwei weitere Gruppierungen, sich im bayerischen Parteiensystem zu etablieren. Ein Landesparlament mit vier, fünf oder sechs Fraktionen und eine Regierung, die sich darin auf eine Kooperation unterschiedlicher politischer Kräfte stützt – in Bayern würde das Realität, was in anderen deutschen Bundesländern schon seit längerem Normalität ist.

Für die CSU wäre das Ende ihrer Alleinregierung nicht nur ein Schlag für das Selbstverständnis der Partei eine der „erfolgreichsten Parteien Europas“, sondern brächte strategische und mittelfristig wohl auch personelle Konsequenzen mit sich. Nicht nur ihre Machtfülle in Bayern wäre durch den Zwang zu einer Koalitionsbildung deutlich beschnitten. Auch im Bund könnte die Partei nach einem hohen Stimmenverlust in Bayern nicht mehr so selbstbewusst auftreten wie früher – und das, obwohl die CSU in der Großen Koalition schon jetzt Probleme hat, ihre eigene Position immer klar herauszustellen.

Auch wenn der Erhebungszeitpunkt der hier ausgewerteten Daten acht Monate vor der Landtagswahl lag, kann davon ausgegangen werden, dass die berichteten Grundtendenzen Bestand haben. In manchen Punkten weisen neuere Daten darauf hin, dass sich einige davon sogar noch verstärkt haben dürften, so zum Beispiel der Wunsch nach einem Ende der Alleinregierung der CSU und der Wechsel von Wählern von den großen zu den kleinen Parteien.

Die gestiegene Bereitschaft der bayerischen Bevölkerung, andere Parteien als die CSU zu unterstützen, hängt sowohl mit Personen als auch mit Sachthemen zusammen. Außerdem spricht Einiges dafür, dass die sich andeutenden Verluste der CSU mehr auf die Unzufriedenheit mit der Landesregierung zurückzuführen sind als auf die Einschätzung der Wähler, die anderen Parteien könnten die anstehenden Probleme besser lösen. Eine solche Interpretation der Zahlen wird dadurch gestützt, dass die beiden bisherigen Oppositionsparteien im Landtag, die SPD und Bündnis 90/ Die Grünen, selbst nicht oder nur in geringem Umfang von den potentiellen Einbußen der Regierungspartei profitieren.

Der Rücktritt von Edmund Stoiber hat der CSU nicht langfristig geschadet. Nur eine Minderheit der Bayern bedauert seinen Rückzug als Ministerpräsident und Parteivorsitzender noch, und mit Günther Beckstein hat die CSU einen respektierten und anerkannten Nachfolger als Regierungschef gefunden. Becksteins Arbeit wird von den meisten Menschen gut bewertet; den direkten Vergleich gegen seinen Herausforderer Franz Maier gewinnt er klar. Den personellen Wechsel ihrer Führungsspitze hat die CSU demnach gut bewältigt, auch wenn sich die Zustimmungswerte zu Erwin Huber als neuem Vorsitzenden auf einem geringeren Niveau bewegen.

Vermutungen, nach denen die Nominierung Günther Becksteins zum Ministerpräsidenten der CSU vor allem einen Bonus im nördlichen Teil des Freistaats bringen würde, lassen sich anhand der vorliegenden Daten nicht belegen. Zwar erreicht Edmund Stoibers Nachfolger in Franken noch einmal geringfügig bessere Beurteilungen als in Altbayern. Dies schlägt sich bislang aber nicht in einer erkennbar stärkeren Unterstützung der CSU nieder, deren Hochburgen im südlicheren Teil Bayerns verbleiben. Die Persönlichkeitswerte Günther Becksteins sind absolut betrachtet indes in ganz Bayern so gut, dass sich der Wunsch nach ihm als Ministerpräsident, wie er von einer großen Mehrheit der Wähler geteilt wird, im Landtagswahlkampf durchaus zu einem entscheidenden Faktor entwickeln könnte. Dies gilt umso mehr, als das Ergebnis einer Projektion der Wahlabsicht zeigt, dass die absolute Mehrheit der CSU am Ende an Zehntelprozentpunkten entschieden werden könnte.

Neben dem Themenkomplex „Wirtschaft und Arbeit“ hat sich die Bildungspolitik zu dem Politikfeld entwickelt, auf dem die bayerischen Wähler die größten Probleme sehen. Für die CSU ist dies problematisch, nachdem ihr verschiedene Umfragen der jüngeren Zeit zwar attestieren, dass ihr die Wähler mehrheitlich noch die Kompetenz in Wirtschaftsfragen zuschreiben, sie aber beim Thema „Bildung und Schule“ an Vertrauen verloren hat. Dabei hat vermutlich das Ansehen der CSU in der Bildungspolitik ebenso infolge der Probleme nach der Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre Schaden genommen wie durch die Art und Weise, in der die Reform umgesetzt wurde.

Andere Sachthemen wie der Bau der Münchner Transrapidstrecke und die Einführung eines strikten Rauchverbots in Gaststätten bestimmen mittlerweile zwar nicht mehr die öffentliche Diskussion, aber auch bei ihnen hat die CSU jeweils Teile ihrer Wählerschaft verstimmt. Mit der wirtschaftlichen Situation Bayerns und der niedrigen Arbeitslosenquote etwa existieren auch politische Gebiete, auf denen die CSU punkten kann. Die Daten legen allerdings nahe, dass die Bürger hier eine klare Erwartungshaltung an die Staatsregierung haben, die sie in ihre Wahlentscheidung genauso mit einbeziehen wie die rückblickende Bewertung des Erreichten. Der Abbau von wirtschaftlichen und infrastrukturellen Ungleichheiten zwischen den Regierungsbezirken ist hier eine relevante Sachfrage.

Trotz der Probleme der CSU gelingt es der bayerischen SPD nicht, sich gegenüber ihrem Tief von 2003 deutlich zu verbessern. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Ihr Spitzenkandidat Franz Maget erhält durchgängig schlechtere Beurteilungen als Ministerpräsident Günther Beckstein, ihr Führungspersonal ist einem beachtlichen Teil der Bayern nicht bekannt, die Chancen der SPD auf eine Beteiligung an der Macht werden von den Wählern als außerordentlich gering eingeschätzt und schließlich kommt auch von der Bundesebene wie schon vor fünf Jahren politischer Gegendwind. Dies alles schlägt sich in einer Gesamtbewertung durch die bayerische Bevölkerung nieder, die immer noch deutlich unter dem Urteil zur CSU liegt. Momentan sieht es nicht danach aus, dass den Sozialdemokraten im Freistaat ein Wahlergebnis gelingen könnte, das sich deutlich über dem Resultat der letzten Landtagswahl bewegt. Zwar hat die Bayern-SPD durchaus populäre Kommunalpolitiker wie den Münchner Oberbürgermeister Christian Ude in ihren Reihen. Solange er sich aber – wie die meisten seiner Kollegen – einem Wechsel in die Landespolitik verweigert, ist nicht erkennbar, welche Themen oder Persönlichkeiten der SPD auf Landesebene kurzfristig helfen könnten, Wähler über ihre Stammanhängerschaft hinaus für sich zu gewinnen. Unter diesem Aspekt erscheint der allmähliche Generationswechsel, den der Parteivorsitzende Ludwig Stiegler angekündigt hat, als ein notwendiger und richtiger Schritt.

Die Landtagswahl könnte den kleinen Parteien deutliche Stimmenzuwächse bringen. Die Grundlage für einen möglichen Erfolg ist bei Grünen, FDP, den Freien Wählern und der Linken aber unterschiedlich. Den bayerischen Grünen ist es gelungen, durch gemäßigte Positionen und ein attraktives Spitzenpersonal auch liberale und wertkonservative Wählerschichten anzusprechen, die der Partei in anderen Bundesländern eher fern stehen. Eine Steigerung des schon damals guten Landtagswahlergebnisses von 2003 ist wahrscheinlich.

Sollten hingegen FDP und Freie Wähler den Sprung über die Hürde von fünf Prozent schaffen, hätten sie dies nicht so sehr einem nachhaltigen Zuspruch der Wählerschaft zu ihrer Programmatik und ihren Kandidaten zu verdanken. Beide Parteien haben zumindest bislang noch eher Erfolg als Alternativen zur CSU im bürgerlichen Lager beziehungsweise ganz allgemein für Wähler, die von CSU und SPD gleichermaßen enttäuscht sind. Gut möglich scheint dabei, dass die momentanen Umfragewerte das Potential der kleinen Parteien noch unterschätzen. Vor allem die Freien Wähler verfügen über eine solide Verankerung in der bayerischen Gemeindepolitik, und das gute Ergebnis bei den Kommunalwahlen im März deutete bereits an, dass sich die Partei inzwischen eine belastbare Unterstützerbasis geschaffen hat.

Auch, weil FDP und Freie Wähler Anhänger der großen Parteien hinter sich sammeln können, die von den politischen Entwicklungen enttäuscht sind, ist momentan noch nicht absehbar, ob Die Linke in den bayerischen Landtag einziehen wird. Trotzdem verfügt die Partei im Freistaat über das notwendige Potential, das zu einem Gutteil aus früheren Sympathisanten der Sozialdemokraten besteht.

Ob Bayern am 28. September wirklich eine Landtagswahl erleben wird, bei der die politischen Machtverhältnisse neu sortiert werden, hängt nach derzeitigem Stand wesentlich davon ab, ob es der CSU doch noch gelingen wird, Anhänger an sich zu binden, die ihr in den letzten fünf Jahren den Rücken gekehrt haben. Mit Günther Beckstein verfügt sie über einen starken Spitzenkandidaten, der jedoch einen Wahlkampf in einem Umfeld führen muss, welches von den Sachthemen her eher ungünstig für die CSU sowie von einer Stimmung in der Bevölkerung geprägt ist, die sich gegen weitere fünf Jahre der Alleinregierung wendet. Gleichwohl haben Wahlkämpfe in der Vergangenheit gezeigt, dass es der CSU schon öfter gelungen ist, Stimmungen auf den letzten Metern noch zu verändern. So ist nach wie vor möglich, dass im Freistaat nach der Wahl politisch Vieles beim Alten bleibt. Die Aufgabe, vor der die CSU als Regierungspartei in den nächsten Wochen steht, ist allerdings auch für ihre Erfahrungen ungewohnt groß.

Über die Autoren:

Dr. Zoltán Juhász ist Geschäftsführer des Bamberger Centrums für Empirische Studien an der Universität Bamberg.

Johannes Kimmel ist Mitarbeiter am Bamberger Centrum für Empirische Studien und Mitbegründer der Politikberatung „Pragma“.